





Neue Proletarität?



Linke, Krise und revolutionäres Subjekt

Nazis als Medienstars



Editorial

"1994 — Jetzt geht's los!" verkündete enthusiastisch die Zeitschrift "wildcat" ihrer LeserInnenschaft im Editorial einer Ausgabe zum Jahreswechsel. Verschiedenste ausländische GenossInnen hätten sich bei der Redaktion gemeldet und von einer *"neuen Epoche"*, einem *"qualitativen Sprung"*, von *"Verhältnissen wie '68"* gesprochen. Das Kapital — in der Defensive — spiele bloß mehr *"auf Zeit, denn es muß verhindern, daß sich die Kämpfe immer offensiver über die Gesetze der Ökonomie und Konkurrenz hinwegsetzen"*. Nun komme es ultimativ darauf an, *"daß wir uns nicht in linken Themen wie 'Anti-Faschismus' und 'Anti-Rassismus' einigeln, sondern auf allen Ebenen mit den sozialen Kämpfen verbinden."*

Wir lesen solche Zeilen mit einer gewissen Melancholie, würden doch auch wir liebend gerne als Verkünder des Anbruchs revolutionärer Zeiten auf den Plan treten. Uns wollen sich zur laufenden Jahresziffer aber partout keine optimistischen Gedanken einstellen. Eher schon verbinden wir damit die Befürchtung, daß ein Großteil der Linken auf die parlamentarischen Prozeduren des "Wahljahres" doch noch mit Wahlfieber reagieren wird — sei es von Hoffnungen getragen oder "antifaschistisch" motiviert (Der Beitrag zum "Wahljahr 94" in diesem Heft analysiert, warum beides fehl am Platze ist).

Die inzwischen erfolgten Tarifabschlüsse belegen, wie wenig der "wildcat"-Optimismus den hiesigen Realitäten entspricht. Das Stichwort lautet: Flexibilisierung. Was u.a. in der "taz" als Chance auf neue Lebensentwürfe gefeiert wurde, erweist sich als Mittel des Kapitals, offensiv mit der Krise umzugehen. Angestrebt ist vor allem die (tendenzielle) Angleichung der Metropolen-Lohnkosten ans Weltniveau. Die Gewerkschaften nehmen den Verlust ihrer bisherigen Rolle an und machen sich zum Sachverwalter einer regulierten Deregulierung der Arbeitsbeziehungen. Diese Entwicklung wird im Heft zweifach thematisiert: einmal aus dem Blickwinkel der aktuellen Tarifabschlüsse ("Standortfähige Gewerkschaften"), dann vor dem Hintergrund einer Abwägung der Tendenzen zu faschistischen und zu marktwirtschaftlichen Krisenlösungen ("Flexi ins Jahr 2000").

Auch dort, wo — wie in Bischofferode — bisher unübliche Protestformen auftauchen, hält die transportierte Forderung nach staatlichen Lösungen der sozialen Probleme kein fortschrittliches, sondern eher ein nationalistisches Potential bereit. Es ist bestenfalls hilflos, wie da auf Transparenten propagandistisch "unser Kali" mit "Brot für die Welt" zusammengezwungen wird. Die Forderung nach staatlichen Lösungen, mag sie auch — wie von der SPD — als "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" formuliert werden, leitet in der gegenwärtigen Debatte hin zu staatskapitalistischen Modellen wie z.B. denen eines "Reichsarbeitsdienstes". Zusammenhänge von Zwangsarbeit und Arbeitszwang erläutert im Heft ein Vergleich der Entwicklungen nach 1929 und um 1994.

Vor dem Hintergrund solcher Analysen diskutieren wir Karl Heinz Roths These, die Linke könne und solle ihr Projekt an einer "neuen Proletarität" orientieren. Im Zentrum des Einspruches steht die Kritik, daß Roth die nationalistische Dynamik als entscheidende Form der aktuellen Krisenentwicklung verkennt. Analysiert er einige Entwicklungsmomente sehr überzeugend, so erscheint seine implizite These vom tendenziell absterbenden Nationalstaat problematisch. Die Sichtweise, *"transnationale Konzernkonglomerate"* sprengten nationale Hüllen, halten wir ebenso für einen Mythos wie die von ihm vorausgesetzte *absolute* (nicht *tendenzielle)* weltweite Angleichung der Kampf- und Lebensbedingungen. Die Dynamik wachsender nationaler (und internationaler Block-) Konkurrenzen auf der Kapitalseite, wie eine nationalistische "Krisenbewältigung" der Metropolenbevölkerung erscheint da viel wahrscheinlicher — für Deutschland zumal. Gerade die Analyse sozialer Prozesse führt uns dazu, Themen des Antifaschismus und -rassismus in den Mittelpunkt zu rücken. Dies steht der von Roth ausgesprochenen Forderung, die Linke solle ihren Antirassismus als offensive soziale Strategie formulieren, in der Konsequenz exakt entgegen.

Mit einer Hypothek der kommunistischen Bewegung, die die theoretische Verkopplung der "ideologischen" und "ökonomischen" Seiten von Krisenentwicklung betrifft, beschäftigt sich ein historischer Beitrag zum Heftschwerpunkt. Rosa Luxemburgs beliebte Schriften zu Massenstreik und Demokratiefragen seien, so die These der (Gast-)AutorInnen, nur im Lichte ihrer ökonomistischen Zusammenbruchstheorie adäquat zu rezipieren.

Zwei weitere Beiträge in dieser Bahamas setzen sich mit der Diskussion um den Film "Beruf Neonazi" auseinander. Eine zentrale Frage der breiten öffentlichen Debatte wird für unsinnig erklärt: der Disput darum, ob über Neonazis ein unkommentierter Dokumentarfilm veröffentlicht werden dürfe. Nicht, daß distanzierende Kommentare fehlten, sondern *wie* filmische Ausdrucksmittel genutzt würden, mache "Beruf Neonazi" zum Werbefilm — so die These. Der zweite Text untersucht die Struktur der öffentlichen Debatten. Das von Verteidigern des Films vielgescholtene "staatliche zensierende Eingreifen" wird im Ergebnis als Propagierung von kommentierten Aufführungen, damit als verdecktes Featuren des Filmes bewertet. Untersucht werden Denkfiguren wie die vom "mündigen Bürger", dem das eigene Urteil — von Althans fasziniert zu sein — nicht genommen werden dürfe...

Analysiert werden auf den folgenden Seiten außerdem der NATO-Gipfel und sein Ergebnis, das ostgewandte Angebot einer "Partnerschaft für den Frieden". Der Kompromiß wird als Erfolg eines — nach Jugoslawien erneut — offensiven Auftretens einer separaten deutschen außenpolitischen Linie gewertet. Sie konnte gegenüber den USA das Thema "NATO-Beitritt östlicher Staaten" nicht nur offenhalten, es ist jetzt sogar der Weg geebnet, über EU und WEU-Zusammenarbeit solche Beitritte geradezu zu erzwingen. Ein Kommentar wertet die deutsche Debatte um den "Russenhitler Schirinowski" als Propagandamittel, eine solche antirussische Außenpolitik zu rechtfertigen. Die Figur *"der Russe als Hitler"* diene außerdem einer perfiden Form deutscher Geschichtsentschuldung. Zugleich wird allerdings davor gewarnt, die vorgetragene Analyse deutscher Debatten dürfe nicht dagegen ausgespielt werden, sich dem Phänomen faschistischer Ideologie und ideologischer rot-braun-Übergänge in Rußland ernsthaft zu stellen.

Soweit in Kürze zu Inhalten einer Frühjahrsnummer, die wenig Aufbruch zu verheißen vermag. Eine Spende hat uns übrigens die Erstellung erleichtert und die Satzqualität verbessert — auf diesem Wege Grüße an D. Zum Sommer erscheint im Juni Bahamas Nr. 14, Redaktionsschluß für eingesandte Beiträge ist der 20. Mai.

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Karolinenstr. 21, Hs 2, 20357 Hamburg , Tel. 040/ 43 88 46
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

Zu: "Beruf Neonazi"

Neue Proletarität? – Krise, Linke und revolutionäres Subjekt

Diskussion

Abo

Hiermit bestelle Ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr! Für je 5 Exemplare gibt es eines Gratis dazu.

Abobeginn mit nr.: ...... Ich will ...... Exemplare/ ...... mal 5+1 Exemplare

Name: ☐ Ich will ein Förderabo für 30 DM

Strasse: ☐ Ich zahle per Einzugsermächtigung

PLZ/Ort: ☐ Ich habe das Geld überwiesen

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen.

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Ort/Datum: Unterschrift:

Standortfähige Gewerkschaft

Tarifabschlüsse: Regulierte Deregulierung

Was kaum für möglich gehalten wurde, hat sich auch in der Krise bewährt: eine neue Sozialpartnerschaft für den "Standort Deutschland". Weder das Ende der Tarifautonomie noch das der Gewerkschaften steht an, sondern deren Bereitschaft, auch künftig alles zu tun, dem deutschen Standort seine Verwertungsbedingungen zu garantieren. Zugleich hat die IG Metall Mobilisierungsfähigkeit bewiesen. Zahlreiche Warnstreiks (ganztägig ohne Bezahlung) dokumentierten, daß die Bereitschaft, nicht jede Verschlechterung zu akzeptieren, da ist, und gaben dem Kapital Einblick in die Grenzen des den Gewerk-schaf-tern Zumutbaren. Sie erlaubten der IG Metall, ihre ordnungspolitische Rolle in Krisenzeiten unter verschlechterten Rahmenbedingungen unter Beweis zu stellen. Dies ist nicht selbstverständlich, wie der Niedergang des gewerkschaftlichen Einflusses in Europa von Schweden bis Spanien zeigt.

Sicherlich, verändert hat sich die Richtung der Verteilung von Plus über Null auf Minus: vom kollektiven Flächentarifvertrag zum kollektiv regelnden Tarifvertrag, der kollektiv regelt, daß und wie künftig seine Ausnahme, seine Öffnung für schlechtere Vereinbarungen, zur Regel wird. Daß dies so reibungslos über die Bühne geht, macht Gewerkschaften nicht überflüssig, sondern weiterhin wertvoll.

Ein Blick auf den Tarifvertrag der Metallindustrie lohnt sich deswegen, weil er mehr noch als der der chemischen vom Jahresanfang diese Zeichen gesetzt hat. Er bedeutet im einzelnen:

* *Den Einstieg in die Minusrunde.* Fünf Monate Lohnpause und 2% Erhöhung für die übrigen sieben Monate ergeben im Jahresschnitt 1,16% mehr Lohn. Abzüglich der Kürzungen beim Weihnachtsgeld (-0,76% im Jahr), beim Urlaubsgeld, das für drei Jahre bis 1996 eingefroren wurde (-0,21% im Jahr) und der Nichtanrechnung der Überstundenzuschläge auf das Weihnachtsgeld (-0,17%) verbleiben durchschnittlich 0,02% Erhöhung. Zunächst einmal also eine klassische Nullrunde – die zur Minusrunde wird, wenn man hinzurechnet (bzw. abzieht), daß seit dem letzten Jahr in den Betrieben konsequent übertarifliche Sondervereinbarungen abgebaut werden. Und er wird bei derzeit 3,5% Inflationsrate den größten Reallohnverlust in der Geschichte der BRD zur Folge haben.

* *Die tariflich gesicherte Öffnung des Tarifvertrags*, indem er möglich macht, daß durch eine "freiwillige Betriebsvereinbarung" die Arbeitszeit von 36 auf 30 Wochenstunden gesenkt wird (bei Lohnausgleich von maximal 35%). Der alte Vertrag erlaubte schon, die Arbeitszeit für 18% der Beschäftigten auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich auszudehnen. Damit, schreibt die FAZ, hat die IG Metall *"betrieblichen Öffnungsklauseln zugestimmt – zumindest in bestimmtem Umfang – die die Festlegung von Arbeitszeit und Entlohnung aus ihrer Macht und Verfügungsgewalt entlassen".*

* *Die Fortsetzung der Flexibilisierung.* Sie besteht in der Festlegung von unterschiedlichen tariflichen Jahresarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden; für alle, die tatsächlich eine tariflich festgesetzte Arbeitszeit von 36 Stunden haben, bedeutet es, daß je nach Auslastung die Arbeitszeit erheblich schwanken kann. Der Ausgleichszeitraum für die ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die Tage und Wochen beträgt in Zukunft 12 Monate (nachdem er noch 1984 zwei Monate und 1988 sechs Monate betrug). Bei konsequenter Anwendung liegen hier erhebliche Sparpotentiale, weil mit einer Ausdehnung des Arbeitstages auf 9 oder 10 Stunden der Mehrarbeitszuschlag von 25% entfällt (der Normalarbeitstag bei gleichmäßiger Verteilung der 36-Stunden-Woche liegt bei 7,2 Stunden, alles darüberhinaus wäre Mehrarbeit). Diese Flexibilisierung, die von der IG Metall als beschäftigungssichernder Erfolg verkauft wird, ist in Wirklichkeit keiner. Nur wenige Unternehmen werden für die gesamte Belegschaft die Arbeitszeit auf 30 Stunden verringern (nur dann darf es laut Vertrag keine betriebsbedingte Kündigung geben). Attraktiver ist die zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit für Teile des Betriebes jeweils bei geringer Auslastung. In diesem Fall besteht bei verminderter Arbeitszeit ausdrücklich kein Kündigungsschutz. Dafür haben die Unternehmen eine Alternative zur teureren Kurzarbeit.

* *Die Lohnkürzung durch Absenkung der Sonderzahlungen.* Zwar hat die IG Metall ihren größten Erfolg durch Hartnäckigkeit bei der Frage des Urlaubsgeldes erreicht – der Schlüssel sowohl zur hohen Zustimmung zum Streik als auch zur geringen Negativresonanz auf den Abschluß. Das Einfrieren der Berechnungsgrundlage für das Urlaubsgeld auf den jetzigen Stand für drei Jahre regt niemanden auf, weil davon ausgegangen wird, daß in diesem Zeitraum "Nullrunden" anstehen. Aus dem radikal vorgetragenen Angriff auf das Urlaubsgeld wurde ein abgemilderter Eingriff in die Weihnachtsgeldregelung, die gar nicht gekündigt war und zur Verhandlung anstand. 10% Minus (von 60 auf 50% eines 13. Monatslohns für 1996) ohne Berechnung der Mehrarbeitszuschläge für drei Jahre setzen hier den Maßstab neu.

Alles flexi...

Bereits beim 2%-Chemieabschluß Anfang Januar 1994 wurden die Weichen gestellt: Lohnsenkungen für Neueingestellte (zwischen 92,5% und 95% des Normallohns) und Langzeitarbeitslose (90%) bedeuteten den unspektakulären Abschied vom gewerkschaftlichen Tabu untertariflicher Bezahlung. Abweichungen von der tariflichen Regelarbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden in der Woche – ohne Lohnausgleich oder Überstundenzuschläge – sind möglich, wenn es ein "Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat" gibt. Der Tarifvertrag setzt also die Obergrenze, deren Unterschreiten auf die betriebliche Ebene verlagert ist, wo bekanntlich sowohl der konkrete Entlassungsdruck als auch die Standortkonkurrenz zur Absenkung der Normen führt. Der positive Kommentar des IG Chemie-Vorsitzenden Rappe zum neuen Arbeitszeitgesetz, das die Wochenarbeitszeit von 48 auf 60 Stunden ausdehnt und die Beschränkung der Sonntagsarbeit radikal beseitigt, sowie seine Äußerung, in Zukunft nur noch die Jahresarbeitszeit in Flächentarifverträgen zu vereinbaren und deren Aufteilung auf Tage und Wochen den Betriebsparteien zu überlassen, dürfte die Zukunft der Tarifpolitik recht präzise beschreiben.

Die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen hat bereits zu tariflich nicht erlaubten Regelungen der Betriebsräte geführt. 1993 ist es geradezu zu einem Lohnsenkungs-Wettlauf gekommen, der – da durch die Gewerkschaften lieber verschwiegen als kritisiert – kaum zu überblicken ist. In der ersten Runde wurden auf betrieblicher Ebene nahezu alle Vereinbarungen über außertarifliche Zusatzleistungen (von Essens-, Bus- und Kurzarbeitszuschüssen) radikal abgebaut. In einer zweiten Runde wurden dann Kostensparprogramme vereinbart, die teils tarifvertragliche Regelungen unterliefen.

Diese Entwicklung verdeutlicht, daß es einen erheblichen Druck durch Betriebsräte auf die Gewerkschaften gibt, Tarifverträge mit größeren betrieblichen Spielräumen zu versehen. Dramatisch ist, daß diese genau das nicht thematisieren, sondern zunehmend durch tariflich vereinbarte Öffnungsklauseln aufzufangen versuchen.

Kein Wunder, daß die Bundesregierung bereits nach dem Chemieabschluß angekündig hat, gesetzliche Pläne zur Durchsetzung von Tariföffnungsklauseln fallen zu lassen, "weil die tarifpolitische Erstarrung der letzten Jahre zugunsten einer neuen Flexiblität aufgebrochen" sei (FR, 14.1.94). Das Metallergebnis dürfte sie darin vorläufig bestätigt haben.

Der Paradigmenwechsel ist offenkundig. Hieß es bei der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche 1984 noch, daß Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze schaffe, lautet die Formel 1994, daß Lohnverzicht und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich Arbeitsplätze sichere. Das in dieser Tarifrunde von Gewerkschaften selbst strapazierte Bild von 4 Millionen Arbeitslosen, die mit am Verhandlungstisch säßen, meint also nicht die Arbeitslosen, sondern zielt auf die Nachgiebigkeit derjenigen, die noch in Arbeit sind.

Nationalistische Gewerkschaftstöne

"Der Flächentarifvertrag wurde erhalten und zugleich reformiert", registrierte die FAZ erstaunt die neue Flexibilität der Gewerkschaften. *"Zum deutschen Modell der kollektiven Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt sind auch vernünftige andere Vorstellungen denkbar. Wer aber die Tarifautonomie bejaht, wird von den Akteuren in dieser Situation kaum bessere Verträge verlangen können"*, lobt die ansonsten eher tarifkritische Zeitung (7.3.94). So lange man also an der Tarifautonomie statt an direkten Zwangsregelungen festhält, scheint man mit diesen Gewerkschaften besser klarzukommen, als es die Gegenpropaganda bisweilen zugesteht. *"Spät haben die Sozialpartner jetzt eine neue Antwort gefunden und erste Schritte zur 'Deregulierung' der Lohnfindung getan"*, lautet die Anerkennung für eine Gewerkschaft, die als klassenkämpferisch verschrien war.

Dabei war von Beginn an klar, daß die IG Metall den Streik nicht wollte. *"Seien wir froh, daß der Streik in der Metallindustrie in letzter Minute abgewendet werden konnte. Niemand konnte sich angesichts der wirtschaftlichen Lage in dieser Branche einen solchen Streik wünschen"*, kommentierte denn auch der Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel den Abschluß. Schon in der Vorbereitung der Tarifrunde hatte die Gewerkschaft einen *"starken Standort Deutschland"* gefordert (Anzeigen der IG Metall) und das Versagen der Unternehmer und der Bundesregierung bei der "Standortsicherung" angeklagt. Nationalistisch wurde ein schärferer Umgang mit den Konkurrenten angemahnt: *"Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat eine gute Substanz. Brüchig wurde sie durch krasse Fehlentscheidungen der Bundesregierung in den letzten Jahren, vertrödelt wurden Chancen durch ein träge gewordenes Management." "Schon längst hätte die Bundesregierung ihre Stimme für eine faire Investitionspolitik der Japaner in Europa erheben müssen'... Eine 'manifeste Krise' muß in der EG ausgerufen werden, um die Produktionsquoten und Mindestpreise – der Stahlindustrie – neu festzusetzen."* (Der Gewerkschafter 10/93)

Die Konditionierung auf das deutsche Gesamtinteresse läßt es wenig aussichtsreich erscheinen, einen nicht auf die vermeintliche Übereinstimmung im deutschen Standortinteresse basierenden Widerstand zu entwickeln. Die Vereinbarung der Vier-Tage-Woche bei VW im Oktober 1993 hat dies deutlich gemacht. Als "Beschäftigungssicherungs"-Modell war sie damals auch und gerade im Unternehmerlager sehr umstritten, zumal der VW-Abschluß zeitgleich mit einer öffentlichen Diskussion um die Verlängerung der Arbeitszeit erfolgte. Mit dem neuen Metall-Tarifvertrag ist das jetzt zur Möglichkeit für die größte Industriebranche geworden. Was hat sich getan?

Modell VW-Abschluß

Möglicherweise war es die VW-Vereinbarung, die beim Metallabschluß Pate stand, doch nicht der vielbeschworene Sonderfall. Das Modell VW ist nur vor dem Hintergrund einer Besonderheit des Automobilkonzerns zu verstehen, die die allgemeine Tendenz, das Wachstum des konstanten Kapitals zu bremsen und den variablen Anteil durch Erhöhung der Ausbeutungsrate der Arbeitskraft zu erhöhen, nicht aufhebt, sondern im Gegenteil den Versuch darstellt, gerade dies zu verwirklichen. VW hat in den letzten Monaten den Prozeß der "Verschlankung" der Produktion massiv forciert und unter Lopez und Piech zunächst begonnen, den gesamten Zuliefererbereich gnadenlos auf Kostensenkung zu verdonnern. Ziel von "Lean production" ist dabei die Erhöhung des Kapitalumschlags durch schnellere Durchlaufzeiten und die optimale Ausnutzung des "Faktors Mensch" im Produktionsprozeß. VW, das sich seit 1992 in einer Absatzkrise befindet, hat in den letzten Jahren gegenüber den Mitkonkurrenten erheblich geringere Produktivitätsfortschritte erzielt. Außergewöhnlich hohe Absatzzahlen ließen genügend Gewinne zu. Mit der Absatzkrise wurde der enorme Nachholbedarf sichtbar.

Mit Lopez kam der notwendige Druck, den "Kontinuierlichen Verbesserungsprozeß" (KVP) und andere Elemente des Modells "Lean production" voranzutreiben. Aus KVP wurde KVP hoch zwei, und Piech schwärmte von den mit Lopez verbundenen Quantensprüngen. Das berüchtigte "Lopez-Team" verwertet im direkten Kontakt mit den Arbeitern deren Leistungsvermögen und Produktionswissen. In Gruppenarbeit werden die Ergebnisse effektiviert und umgesetzt. Der "Kölner Stadtanzeiger" zitiert Arbeiter von VW Braunschweig: *"Die Gruppe geht wesentlich brutaler mit ihren Mitgliedern um, als es je ein Meister wagen würde"* (28.7.93). Die VW-"Erfolge" können sich sehen lassen. Die FAZ (26.10.93) faßt zusammen: in mehr als 1.000 Workshops innerhalb eines halben Jahres wurde die Qualität gemessen am Ausschuß um 25% verbessert, die Produktivität um 23% gesteigert, die Lagerbestände um 26%, die benötigten Flächen um 16% und die Durchlaufzeit um 29% vermindert.

Als im Herbst 1993 über Arbeitszeitverkürzung verhandelt wurde, lag die Berechnung vor, bis 1995 die Gesamtbelegschaft von 103.200 auf 71.800 Vollzeitbeschäftigte zu reduzieren. Man mag nun darüber grübeln, warum VW nicht diesen Weg gegangen ist, sondern den "weichen". Es spricht vieles für die These, daß der Erhalt des "sozialen Friedens" den Ausschlag gab, weil eine so kurzfristige Entlassungswelle zwangsläufig das bis dahin erfolgreich praktizierte Effektivierungsmodell gefährdet hätte. Ein Belegschaftsabbau um 30% in überwiegend monoindustriellen Regionen (allen voran Wolfsburg) wäre ohne soziale Brüche kaum durchführbar gewesen. Das Modell 20% Arbeitszeitverkürzung bei um 15% verringerten Löhnen war in jedem Fall akzeptanzfähiger, zumal VW die höchsten Löhne in der Industrie zahlt. Daß die Vier-Tage-Woche Ersparnisse in Milliardenhöhe bringt, war überall zu lesen. Sowohl Kurzarbeit als auch betriebsbedingte Entlassungen, gekoppelt an Abfindungen und mitbestimmungspflichtige soziale Auswahl, wären die teurere und schwerfälligere Alternative gewesen.

Wie weit das VW-Vorgehen sich bewährt, soll in der Praxis erprobt werden. Der Vertrag ist auf zwei Jahre befristet, Arbeitszeitverlängerung ist betriebstechnisch jederzeit möglich, wie Arbeitsdirektor Hahn betonte. Wenn der frühere SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller zu Recht darauf verwies, daß es den Kapitalisten

heute nicht darum gehe, *"eine gegebene Menge Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung auf mehr Köpfe"* zu verteilen, sondern *"eine Senkung der Produktionskosten auch durch Verlängerung einer zu weit verkürzten Arbeitszeit"* zu erreichen (Spiegel, 10.1.94), hat er sich möglicherweise in der Festlegung getäuscht, daß die Kostensenkung ausschließlich über Arbeitszeitverlängerung erreicht werden kann. Die Tatsache, daß der Metalltarifabschluß die Option für beide Varianten (verkürzen und verlängern) offenhält, zeigt das Umdenken im Unternehmerlager und die Erkenntnis, daß es günstiger sein kann, den Unternehmen die Wahl zu den jeweils eigenen Bedingungen zu überlassen. Sie ist vor allem Beleg dafür, daß auf die sozialpartnerschaftliche Möglichkeit, das Ziel der Kostensenkung zu erreichen, zur Zeit noch nicht verzichtet werden will.

Die Schönredner der Krise

"Das Schlimmste ist abgewendet worden", solche Töne zu einem vermiedenen Streik liest man heute in der "taz" (7.3.94). Sie sind symptomatisch für eine Linke, die die Krise zur "Chance" umdichtet, die es nur zu nutzen gälte. Klaus Lang kann in der "Konkret" den VW-Abschluß als progressives Modell verkaufen, als *"Kristallisationspunkt für all jene ..., die der Zementierung und Zivilisierung der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen"* (1/94). Wenige Tage vor dem Metallabschluß lesen wir dann von ihm in der "taz", daß die *"IG Metall ... wieder in einem Konflikt von grundlegender tarif- und gesellschaftspolitischer Bedeutung steht"* (2.3.94). Jetzt warten wir auf die Erklärung, daß – analog zur VW-Bewertung, wonach *"in dieser Situation ... die Einführung der 4-Tage-Woche ein Signal für eine mögliche politische Alternative"* ist (Konkret 1/94) – der Metallabschluß als die ganz andere Logik politischer Entwicklungen verkauft wird. Der Gehorsam gegenüber ihren Oberen veranlaßt diese Linksgewerkschafter nicht die kritische Lage zu offenbaren, sondern sie fahrlässig schönzureden.

Wenn ein grüner Modernisierer wie Fritz Kuhn in der "taz" die Krise und ihre Folgen für die Beschäftigten zu einem Gewinn an "disponibler Zeit" für Freizeit, Familie und individuelle Selbstbestimmung stilisiert, üben wir Nachsicht. Der Mensch ist ein ökolibertäres Arschloch. Wenn allerdings die kritische Erwiderung auf Klaus Lang in der "Konkret" just darauf hinausläuft, fragt man sich, was es mit den Alternativen des Chef-Krisenanalytikers Robert Kurz auf sich hat.

Kurz entwickelt in der "Konkret" (1/94) ein Krisenlösungsmodell, das die Rettung der Zukunft beim VW-Management sieht. In seinem Haß auf "traditionelle Linke", den "alten Linksradikalismus" und den "Arbeiterbewegungs-Marxismus" ist er mittlerweile voll im Lager der Krisengewinner und Modernisierer angelandet. Er unterscheidet zwischen *"einer harten Linie"*, die mitten in der Krise und bei Massenarbeitslosigkeit auf Arbeitszeitverlängerung setze, und einer *"weichen gesellschaftspolitischen Option"*, die auf eine drastische Verkürzung der Normalarbeitszeit setze, um die Krise abzufedern und *"die verbliebene rentable Arbeitsmasse gleichmäßiger zu verteilen"*. Letztere erkennt er im VW-Management, *"das in einer dramatischen Kehrtwende von sich aus die Initiative für eine drastische Verkürzung der Normalarbeitszeit ohne Lohnausgleich ergriff"*. *"Obwohl ebenfalls völlig systemkonform ausformuliert, ist diese Option eine klare gesellschaftspolitische Alternative zur harten Linie von Arbeitszeitverlängerung."*

Schon die Entgegensetzung "Stahlhelmer" gegen Modernisierer verkennt, daß die Optionen sich gar nicht so hart gegenüberstehen, daß es vielmehr Übergänge gibt und die Gangarten sich auch bei VW ablösen können. Wenn Kurz mittlerweile *"quer zu den alten Fronten energisch für die gesellschaftspolitische Option einer allgemeinen radikalen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich"* eintritt (wobei für ihn *"die Höhe der Lohnkürzung... natürlich verhandlungsfähig"* ist), weil die so erreichte "disponible Zeit" die Chance einer *"neuartigen Systemveränderung"* böte, dann unterscheidet er sich von dem grünen Kuhn nur noch durch seine marxistische Diktion. Seine Option will er als "öffnend" *"für eine viel weitergehende Auseinandersetzung"* verstanden wissen. Die gewonnene "disponible Zeit" will er verwendet sehen für *"Selbstversorgung und Selbstverwaltung"* als *"sozusagen Entkoppelung einiger Lebens- und Reproduktionsbereiche von Ware-Geld-Beziehungen"*. Anstelle des *"infantil"* konsumierenden *"männlichen jungen Automobilarbeiters"* setzt er deshalb lieber *"die alleinerziehenden Frauen und die arbeitslosen jungen Hausbesetzer"*. Herzig der Bursch. Nun muß er sie nur noch mit den unbewußt progressiven VW-Managern zusammenbringen, die nichts weiter als Kostensenkung, Produktivität und Weltmarkt im Kopf haben.

Warum "Konkret" solchen Schmarrn veröffentlicht, wissen wir nicht. Daß der "Ware-Geld-Beziehungskritiker" Kurz in dem Maße abdriftet, wie er sich bemüht, alternativer Politiker zu sein, lasten seine Jünger nicht seiner Theorie an. Den Zusammenhang wird man beweisen müssen – im vorliegenden Fall wird jedenfalls offenkundig, daß Nachsicht nicht angebracht ist. Wer die Subjekte des falschen Bewußtseins (*"klar gegen jenen männlichen Automobilarbeiter, der nicht auf sein schweres Motorrad und seinen Idiotenspaß verzichten will"*) zum Feind erklärt, den Exekutoren des kapitalistischen Verwertungsprozesses jedoch "gesellschaftspolitische Alternativen" andichtet, die es zu entwickeln gelte, analysiert eben nicht nur, was ist, sondern schlägt sich auf die Seite einer politischen Alternative, die reaktionär ist.

"Selbstzerstörung der Gewerkschaften"?

Karl Heinz Roth hat die Auswirkungen monetaristischer Deregulierungspolitik beschrieben. Die von ihm konstatierte *"Selbstzerstörung der Gewerkschaften"* in Deutschland, die ähnlich wie in Japan und in den USA sowie den westeuropäischen Ländern einen *"Desyndikalisierungsprozeß"* forciere und die er auf deren *"Anpassungsleistungen"* zurückführt, ist eine fast logische Konsequenz der Entwicklung, die aber nicht absolut gesetzt werden darf. Die Stellung der Gewerkschaften als Regulator für die Umverteilung mußte ebenso wie die keynesianische Intervention des Staates in den ökonomischen Prozeß mit der Ablösung der auf Massenproduktion und Massenkonsum orientierten kapitalistischen ("fordistischen") Wachstumsphase der Nachkriegszeit verfallen. Doch ist die bisherige Sozialpartnerschaft nicht einfach passé, sondern sie wird marktwirtschaftlich "umgebaut", wie auch der Sozialstaat als Mittel der Massenintegration nicht vollständig zur Disposition steht. Die Stellung der Gewerkschafteb beruhte auf dieser integrativen Phase. Sie stehen deswegen zunächst "nackt" da, weil sie Teil des zu Ende gegangenen Wachstumszyklus waren. Entsprechend flüchten sie sich heute nicht etwa in die Rolle realer Gegenmacht, sondern an die Spitze derjenigen, die den nationalen Standort beschwören.

Allerdings verkehrt Roth Ursache und Wirkung. Nicht die Selbstzerstörung, sondern der ökonomische Verfall der Grundlagen ihrer starken Nachkriegsstellung hat sie entwertet. Zur Zeit erleben wir den massiven Versuch, sich den veränderten Bedingungen gnadenlos anzupassen, und es ist noch nicht gesagt, daß dieser Versuch scheitern muß. Beachtlich ist indes ihre Innovationsfähigkeit, sich den neuen Verhältnissen an- und als möglichst unentbehrlich einzupassen. Die Gefolgschaft – 92,2% – hat sie deswegen im Rücken, weil diese zu Deutschland steht und dafür diszipliniert und arbeitsbereit bleibt.

HeiNo

Wahljahr ’94:
“Weil das Land sich ändern muß”

Wenn es stimmt, daß das Volk “politikverdrossen” ist, dann mutet der Staat seinem Volk dieses Jahr sehr viel zu: über ein Dutzend kleiner wie großer Wahlkämpfe und Urnengänge. Am Ende könnte herauskommen, daß er, der verdrossene Kleinbürger, noch mehr die Schnauze voll hat. Weil aber, seit Weimar und dem “Versailler Schanddiktat”, deutsche Verdrossenheit nichts Gutes signalisiert, muß befürchtet werden, daß der staatliche Dauerappell zum Politisieren schon per se zum Rechtsruck führt.

Bei der derzeitigen Verfassung der Nation wäre es daher besser, es gäbe kein “Wahljahr”. Und wer die politische Entwicklung seit 1990 in Rechnung stellt, muß Schlimmes erwarten. Das ist nicht gemeint als Prognose zum “Wahlausgang”. Niemand kann wissen, ob CDU oder SPD die Nase vorn hat und wer mit wem zusammen (FDP, Grüne) mehrheitsfähig wird. Nicht einmal die Frage, ob Reps und DVU, Statt- und Bürgerparteien hier oder dort ins Parlament rutschen, läßt sich vorhersagen. Sicher ist nur dies: Die permanenten Wahlen führen zur Verdichtung des Politischen und folglich zur Verschärfung des Rechtstrends. Warum?

“Politikverdrossenheit” und Rechtstrend

Bis in die 80er Jahre hinein spiegelten Wahlen ein Bündel konkurrierender Interessen und Anliegen, die massendemokratisch strukturiert (Vereine, Verbände), mittels Parteien programmatisch verdichtet und in staatliche Politik transformiert wurden: Arbeiter und aufstrebende Mittelschicht mit Gewerkschaften, Genossenschaften oder Bürgerinitiativen auf der einen, Mittelstand, Bauern, Heimatvereine und Kirchengemeinden auf der anderen Seite. Die Anliegen waren soziale Sicherung oder Bildungsreform hier, Besitzgarantie, Familie, Sicherheit und Ordnung dort.

“Politikverdrossenheit” bringt eine grundlegende Umwertung auf den Weg. Wer heute z.B. als Gewerkschafter, Bauer oder sonstiger Verbandsvertreter als Kandidat antritt, hat dadurch keinerlei Bonus mehr im Sinne von “Basisverankerung”, sondern sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, schnöder “Lobbyist” zu sein, egoistisch und verapparatet. Inhaltlich wird so ausgedrückt, daß “Sonderinteressen” wie Subventionen oder soziale “Besitzstände” im Interesse des Ganzen abgebaut werden müssen. Und weil alle traditionellen Parteien irgendwie mit “Interessenfilz” zu tun haben, liegen die Wählervereinigungen im Trend, die irgendwie “ganzheitlich” auftreten, sei es im Sinne der Nation oder im Sinne einer scheinbar “zwecklosen”, über den Interessen stehenden Marktwirtschafts-Demokratie.

Deshalb ist die Erwartung realistisch, daß mit dem Superwahljahr der Verfall der alten politischen Kultur beschleunigt und der Durchbruch des Spektrums rechter Bewegungsparteien vollzogen wird. Dahingestellt ist nur, ob die spezifisch bundesdeutsche Zersplitterung in (vermutlich) vier Gruppierungen verhindert, daß dies in spektakulärer Weise erfolgt. Und wenn die Erwartung unrealistisch ist, daß sich italienische Verhältnisse (Faschisten an der Schwelle zur Mehrheitsfähigkeit) einstellen werden, so “nur” deshalb, weil hier Staat und Wirtschaft kräftiger und die staatstragenden Parteien eh nationalistischer sind als dort. Dennoch, also, wird die Demontage traditioneller Parteiendemokratie durch das Wahlstakkato beschleunigt, und das wiederum wird negativ auf die Verfassung der etablierten Parteien, einschließlich der Grünen (und der PDS) zurückwirken.

Allparteien-Koalition der Deutschland AG

Einstweilen ist festzuhalten, und das ist die andere Seite des prognostizierten Rechtstrends, daß die Parteien ihrerseits die Wende zur “Ganzheitlichkeit” mitvollzogen haben. Um zu ermessen, wie groß der Spielraum bei dieser Runde von “Nationalwahlen” noch ist, muß man sich nur die wirtschaftspolitischen “Herzstücke” ihrer Programme und Programmentwürfe vor Augen führen. Im ersten lese ich:

“Unser Wirtschaftsstandort steht durch die Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt in wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Hinsicht vor neuen Herausforderungen. Angesichts (dessen) *müssen wir unsere Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit verbessern, für die soziale Sicherheit und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen nachhaltig sorgen.”* (CDU)

Im zweiten heißt es so: *“Wir brauchen eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit können nur dann dauerhaft gewährleistet werden, wenn die deutsche Wirtschaft leistungsfähig und international wettbewerbsfähig ist. Nur mit Spitzenqualität zu konkurrenzfähigen Preisen können die deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten bestehen.”* (SPD)

Als dritte Alternative wird angeboten: *“Es war immer ein Merkmal des ’Standortes Bundesrepublik’, Kostennachteile auszugleichen, entweder durch Steigerung der Produktivität oder aber durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Deutschland kann nicht mit den Billiglohnländern Osteuropas konkurrieren (...) Eine Strategie, die ausschließlich auf Kostensenkung setzt, konserviert die alte Struktur und verhindert soziale, ökologische und technische Erneuerung.”* (Grüne)

Und im vierten “Kontrastprogramm” lernen wir: *“In Anbetracht der Verschärfung der internationalen Konkurrenz kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (...) nur durch eine zukunftsorientierte Strukturentwicklung der Wirtschaft* (gesichert werden), *die eine aktive Industrie- und Forschungspolitik voraussetzt.”* (PDS)

Da wächst zusammen, was zusammengehört: “Deutschland, Deutschland über alles!” und “Deutschland einig Vaterland!” Alle treten sie an als kompetente Unternehmensberater der fusionierten Deutschland AG, sind dieser oder jener überflüssigen Kostenstelle auf der Spur, modernisieren sämtlich nach japanischem Standard, entdecken diese oder jene Marktnische und sorgen sich allesamt ums gute Unternehmensklima.

Wohlmeinende könnten einwenden: Ja, sollen sie denn schreiben: “Wir wollen, daß die deutsche Wirtschaft im Wettbewerb

zurückfällt, daß wir von ostasiatischem HighTech überschwemmt werden oder sogar von Frankreich und Italien abgehängt werden?" Wer kann das wollen? Eben!

Oder stellen wir uns ein wirkliches Oppositionsprogramm vor, in dem z.B. steht: "Millionen Hungertote in Afrika, Massenelend in Lateinamerika, Deindustrialisierung und Verarmung in Osteuropa, Abermillionen von Armutsflüchtlingen rund um den Globus; sie alle Opfer einer mörderischen Konkurrenz. Eines ihrer Zentren: die BRD. Deshalb bekämpfen wir den 'Wirtschaftsstandort Deutschland'. Jede Förderung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ist verbrecherisch; denn sie bringt Elend und Tod für Millionen andere. Deshalb: Sabotiert den Standort Deutschland!"

Richtig, wenn diese schlichte Wahrheit verkündet würde, bräuchte die entsprechende Partei bei Wahlen erst gar nicht anzutreten. Eben!

So sind sie, die allgemeinen Geschäftsbedingungen heutiger Nationalwahlen. Und deren erdrückende Realität prägt auch andere Politikfelder. Überall geht es um "nationale Fragen", die letzten vier Jahre haben es gezeigt: Konsens aller bei der Herstellung der deutschen Einheit, bei der Drosselung der "Asylantenflut", bei auswärtigen Kriegseinsätzen, bei der Debatte um deutsche Tugenden und Werte, bei der Priorität von Verbrechensbekämpfung und beim "unvoreingenommenen Dialog" mit Rechtsradikalen.

"Standort-" und Sozialpolitik: plus und minus

Natürlich gibt es auch noch das sozialpolitische Gerangel von "links bis rechts" darum, wer zwecks Kostensenkung zur Kasse gebeten werden soll. Da sind einige brutaler als andere. Aber nationale Konsense dominieren auch hier. Das VW-Modell der Einkommenskürzung mittels Viertagewoche etc. begrüßten alle – am lautesten die postmoderne "Linke" von Geißler bis Fücks, die das als Durchbruch für selbstbestimmtes Leben ausgeben und damit den Weg freischießen für jede mögliche Flexibilisierung, die auf dem Wunschzettel des Kapitals steht. Und trotz aller Bekundungen, dem "kleinen Mann" nicht in die Tasche fassen zu wollen, führen sie auch einen gemeinsamen Kampf, den "Kostenfaktor Arbeitslosigkeit" zu senken.

Das wird auf den Weg gebracht mit der eingängigen Formel, daß es besser sei, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Weil aber die Arbeitskraft am Standort Deutschland nur bei hohen Kapitalkosten und entsprechenden Löhnen verwertbar ist, bleibt nur die Schaffung von Arbeitsplätzen, die kaum Kapitalaufwand erfordern (Service, Pflege etc.) und keine existenzsichernde Entlohnung erlauben. So lauten denn die Zauberformeln heutiger Sozialpolitik "Zweiter Arbeitsmarkt" und "Grundsicherung". Auf diese Weise soll angesichts von Billiglohnkonkurrenz die Wertschöpfung am Standort Deutschland noch einmal um einige Promille oder Prozente gesteigert und Wettbewerbsfähigkeit auch dort hergestellt werden, wo auswärtige Elendsregionen "natürliche" Standortvorteile haben.

Alle Parteien geben das als "Sozialpolitik" aus: Blüm sieht nicht ein, warum polnische Fremdarbeiter bei Ernteeinsätzen geholt werden, während deutsche Sozialhilfeempfänger beschäftigungslos rumsitzen. Und dasselbe Motiv treibt Voscherau um, wenn er die soziale Schieflage am Standort Deutschland so kennzeichnet: *"Nehmen wir das Thema der Entsolidarisierung zwischen den Facharbeitern, die noch etwas zu verlieren haben, und deren Nachbarn, die nach drei Jahren Arbeitslosigkeit alles verloren und sich inzwischen fallengelassen haben. Da gibt es ohnmächtige Wut bei denen, die früh aufstehen und hart arbeiten müssen für wenig Geld, während der Nachbar nichts tut und praktisch genausoviel hat. Hier geht es darum, Ernst zu machen mit dem Konzept, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren."*

Die "Grundsicherung" bleibt für den Rest, die "Langschläfer". Und deren Erwartungen müssen angepaßt werden an das Konzept vom "schlanken Staat", das wiederum alle Standortpolitiker aus der Unternehmerphilosophie übernommen haben. Appelliert wird an "Selbstverantwortung" und "Selbsthilfe" und gedacht wird an die leeren Sozialkassen bzw. Budgetdefizite, die weitere Kürzungen "unausweichlich" machen. Die einen sagen und schreiben das offen, die anderen weisen einstweilen nur abstrakt darauf hin, daß im Fall "realistischer Regierungspolitik" der Standort auch solche Opfer fordert.

"Basisdemokratie" und nationale Erhebung

Die andere Seite deutscher Standortpolitik ist die staatsphilosophische Debatte um Demokratie und Werte. Da wird das, was den kleinen Mann an Politikverdrossenheit umtreibt, aufs "höchste Niveau" gebracht. Egal, ob Elder Statesman, gestandener Parteipolitiker oder Newcomer auf politischer Bühne, alle arbeiten sie an der moralischen Aufrüstung der Republik. Im selben Maße wie der Staat als profane "Verwaltungsstelle der Deutschland AG" agiert und jeden ideologischen Glamour von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" verloren hat, nehmen die ethischen Ansprüche seiner Repräsentanten zu. Die Kompensationen sind dabei meist nationaler Art. Daß der Bundespräsident über den Parteien stehen müsse wie weiland Wilhelm im Weltkrieg, ist deshalb ebenso parteiübergreifend Konsens wie die Forderung, daß alle "verfassungsgemäßen" Parteien untereinander koalitionsfähig sein müssen. Zur sittlichen Hebung des Staatscharakters werden auch allerlei Reformen in Vorschlag gebracht: Urwahl von Mandatsträgern (SPD), Volksbefragung und Volksentscheid (Bündnisgrüne), Zweite Kammern für Bürgerinitiativen und Ostdeutschland (PDS), Zweidrittelvotum bei nationalen Fragen (CDU/FDP). Und mit in das Paket demokratischer Rundumerneuerung gehören die neuen Bürgervereinigungen als Staatsreform per se. Aber was sich da als "Reformfreudigkeit" geriert, ist allenthalben nur Reflex auf die inhaltliche Auszehrung des Demokratischen.

Was auffällt: Basisdemokratie war seit '68 so etwas wie ein Kampfbegriff gegen den Parlamentarismus und prägte eine Vielzahl von Initiativen und Bewegungen mit emanzipativen Zielsetzungen. Über zwanzig Jahre lang wurden sie aktiv und "von Staats wegen" bekämpft. Jetzt, nachdem alles Oppositionelle integriert oder marginalisiert ist und das Leben in Parteien und Massenorganisationen erlischt, erlebt die Idee der "Basisdemokratie" eine Renaissance. Alle, die bis gestern die radikaldemokratischen "Chaoten" oder die "Basokratie" erbittert bekämpften, propagieren, ausgerechnet jetzt, die "Volksdemokratie". Da ist leicht auszumachen, warum. Bewegungen befördern wollen auch sie; aber Bewegungen von rechts; Bewegungen, die auf "selbstlose Führer" drängen; Bewegungen, die zustimmen, bevor sie gefragt wurden. Die Statt-Partei, mit Führer, aber ohne Programm, war Programm genug. In Zeiten nationaler Erhebung ist "Volksbefragung" eine sichere Sache — und die Forderung danach ein übles Vorzeichen. Symptomatisch dafür ist, wie schnell der Ruf "Wir sind das Volk!" einmündete in die "Volksgemeinschaft Hoyerswerda".

"Alldeutsches" Programm

Was "massendemokratisch" los ist, signalisiert auch die "Wertedebatte". Nach rechts losgetreten wurde sie von ehemaligen Linken. Da ist die grüne Landtagsabgeordnete, die dafür plädierte, wieder Zucht und Ordnung in Elternhäuser und Schulen zu bringen; und andere Grüne waren die

Fanatischsten bei der Forderung nach Kriegseinsätzen. Da war es wie Nachklapp, als die CDU in ihren jüngsten Beschlüssen die alten deutschen Tugenden des Fleißes, der Ordnungsliebe und Pflichterfüllung wiederaufleben ließ. Die Meinungsführerschaft in Sachen deutscher Werte hat aber Helmut Schmidt. Sein Manifest *"Weil das Land sich ändern muß!"* ist, ideologisch gesehen, das wichtigste Programm dieses Wahljahrs; quasi das "Alldeutsche".

Es beginnt mit dem emphatischen Ausruf: *"Nein und abermals nein: So haben wir uns das wiedervereinigte Deutschland nicht vorgestellt."* Und dann fallen alle Stichwörter, auf die das Volk wartet:

"Handlungsunfähigkeit der Regierung", "Politikverdrossenheit", "nachhaltiger Anlaß dafür ... Asylproblem", "Haß, der sich in ethnischen Bürgerkriegen austobt", deshalb: *"achtgeben, daß ein nationales Selbstbewußtsein ... à la Schönhuber nicht zu aggressivem Nationalismus ... wird", "Von Gemeinwohl spricht keiner mehr", "Anspruchsdenken wird nicht bekämpft", "junge Menschen, die in ... Nichtgefordert-Werden und Bindungslosigkeit heranwachsen", "Lehrer meist nur zaghaft... gegen quälende Aufsässigkeit", "Zur-Schau-Stellen brutaler Gewalt", "permissive Society", "Zurücktreten der moralischen, kulturellen und geistigen Werte", "Skandal, daß Gewalt, Korruption und ... Bereicherungstrieb als normal angesehen werden", "Wir haben es satt, in einer Raffgesellschaft zu leben".*

Und so in Wallung geredet, steuert der "alte Lotse" die Deutschen dahin, wo bisher noch jede Wachstumskrise bereinigt wurde; er fordert, *"freiwillig zur Erhaltung des inneren Friedens Verzichte zu leisten, die jeder im Falle eines Krieges selbstverständlich auf sich nimmt."*

Genau das ist es, worauf die Belegschaft der Deutschland AG eingestimmt werden muß. Wenn man will, Modell Volkswagen: Viertagewoche und Krieg gegen General Motors. Und an solcher Entschlossenheit wird sie gemessen, die "politische Klasse" mit ihren "Versprechungen" vor der Wahl: der feiste Wertkonservative wie der schlanke Staatsreformer, der bekehrte Altachtundsechziger wie der gewendete Staatssozialist. Und nach der Wahl ist eben dies Meßlatte für "Regierungsfähigkeit" jeder Couleur.

Ein Aspirant dafür, Joschka Fischer, meinte in der "taz", realisierbar seien: *"eine europäische Friedensordnung, die das Militär langfristig überflüssig macht", "Stärkung der multikulturellen und liberalen Gesellschaft Deutschlands", "gerechtere Verteilung der Arbeit und Beginn des ökologischen Umbaus"* und *"Umbau und nicht Abbau des Sozialstaats"*.

Gut, da ist nichts "Fundamentalistisches" mehr dabei. Aber wo hat der Mann die vergangenen vier Jahren gelebt, daß er diese Lichterkette frommer Wünsche als "Realpolitik" ausgibt?

Tatsächlich wird kein Wahlergebnis und keine Regierungskonstellation etwas daran ändern, was seit 1990 überall Realität ist: Abschlackungskur und Abschottung in den Metropolen, Intervention und Eingreiftruppen in den Elendsregionen. Dazwischen das ideologische Zusammenrücken, um gegen Konkurrenz und Kriminalität, gegen Riots und "Extremismus" gewappnet zu sein. Wer dafür kein Angebot hat, fliegt raus. Und wer mitmischen will, muß die Deutschland AG auf Erfolgkurs halten, die Drecksarbeit des Abschiebens und Ausgrenzens, der Überwachung und Kriegsintervention inbegriffen. Das ist Realpolitik heute.

Wahlbeteiligung als "Antifaschistische Aktion"?

Für die Linke bleibt bei alldem keine "konstruktive Variante" nach. Das einzige Motiv, dennoch "irgendwie" in den Wahlkampf einzugreifen, wird es sein, wenigstens die Faschisten aus den Parlamenten rauszuhalten: die Fünfprozenthürde als "antifaschistische Barrikade". SPD, Grüne und PDS ihrerseits werden dieses Argument kultivieren, um Abgesprungene noch einmal zurückzuholen. Von der letzten Hamburger Bürgerschaftswahl wissen wir, daß sich viele, bis hinein ins autonome Lager, so in die Pflicht nehmen lassen.

Allerdings: Eine derartige "antifaschistische Aktion" trägt nur arithmetisch, und ohne Mithilfe durch DVU/Rep-Splitting wäre sie völlig hinfällig. Politisch relevant ist aber dies: Rechtstrend und Faschisierung sind in der Hauptsache ablesbar daran, daß vor 1990 nur Neofaschisten (und CSU) den Asylrechtsartikel weghaben wollten, jetzt ist das weitgehender "Konsens der Demokraten". Vor 1990 forderte niemand deutsche Militärexpeditionen, heute wird nur noch gestritten, wo und wie. Vor 1990 hätte niemand gewagt, Lohnkürzung und ausgemergelten Sozialstaat als fortschrittliche Errungenschaft zu feiern, heute ist das für alle schlank und schick. Und vor 1990 wurde der reaktionäre Werte-Dreck noch bei "Criticón" und "Junger Freiheit" am Rande gerührt, heute mittendrin, in der "Zeit" und schwarzrotgrün mit allem, was parlamentarisch Rang und Namen hat, für Volk und Vaterland.

Wahrnehmungsunfähigkeit ist auch ein Element des Rechtstrends, und die wird doch wieder etliche dahinbringen, grün zu wählen, obwohl von dort mittlerweile zu hören ist, daß *"das Experiment mit der Egalität bis zum Äußersten getrieben"* worden sei; und, *"da das Vaterland in Not ist"*, nun die *"Entfaltungsmöglichkeit von Eliten Vorrang"* (Antje Vollmer) haben müßten. Und etliche andere werden doch wieder PDS wählen, obwohl die inzwischen im Gespräch mit Neofaschos entdeckte, daß *"unsere sozialen Forderungen im Grunde übereinstimmen, bis in den Wortlaut"* (Ostrowski) – oder der "Jungen Freiheit" attestierte, daß *"auch ganz extreme Auffassungen ... zum Denken anregen"* (Fraktionschef Scheringer, Schwerin).

Es ist eine müßige Frage, ob der Rechtstrend derzeit mehr durch die Rechtsparteien "draußen" oder das Parteienspektrum "drinnen" geprägt und vorangetrieben wird. Und entsprechend blöd ist der Versuch, den einen Trend mit Hilfe des anderen zu stoppen. Außer sagen, was ist, kann linkerseits in diese "Nationalwahlen" nicht eingegriffen werden. Wer wählend mehr will, muß verschweigen, daß "Deutschland und Marktwirtschaft" die Geschäftsgrundlage aller Wahl-Parteien sind – und dort das Übel beginnt.

Wenn am Ende dieses Artikels weder Wahlaufruf noch Boykott stehen (weil auch der eine politische Intervention sein müßte), wird man mit der Frage nach dem konkreten Nutzen dieser Einlassung zum Wahljahr konfrontiert werden. Meine Erwartung ist, daß wir diesen Nutzen der allgemeinpolitischen Einschätzung erst dann sehen werden, wenn allerlei Linke und Ex-Linke spätestens vor den entscheidenden Bundestagswahlen doch wieder mit vielen Wenns und Abers und Bauchschmerzen ihre Wahloption begründen werden.

Christian Schmidt

“Russenhitler” Schirinowski

Zur deutschen Diskussion um das russische Wahlergebnis

Er wurde zum deutschen Medienereignis: der Erfolg der von Schirinowski geführten “Liberaldemokratischen Partei” bei den Wahlen zur neuen russischen Duma. In dicken Balken verkündeten die Schlagzeilen der Boulevardpresse, hier habe der “Russenhitler” zugeschlagen. BILD brachte auf den Punkt, was allerorten damit gemeint war, und titelte: “Neuer Hitler siegt – Er droht mit Atomschlag”. Das in allen Medien strapazierte Bild vom “russischen Hitler” wurde mit der Assoziation verbunden, speziell *Deutschland* werde bedroht. Im Gerangel um die Verweigerung eines deutschen Einreisevisums für Schirinowski fand die kleine Kampagne neues, willkommenes Futter für ihre sehr spezifische Form des historischen Vergleichens. Nicht nur BILD und Journaillen von vergleichbarem Kaliber glänzten mit solch bemerkenswerter Übertragungsleistung, auch wichtige Vertreter der “seriösen” deutschen Presse überschlugen sich im Bemühen, Schirinowski zum wahren, zum einzigen “Führer” zu stilisieren. Allen voran einmal mehr der SPIEGEL – dem genügte das einfache Hereinzitieren nicht, die Multiplikation wurde bemüht: Schirinowski sei zwar *“schon jetzt ein Alptraum für die Nachbarn – und womöglich ein neuer Hitler”*, er sei aber *“dank des Großmachtarsenals hundertmal gefährlicher als das deutsche Original”* (Spiegel vom 3.1.1994, S. 98).

Der Russe als Hitler ...

Die sich hier dokumentierende Bedrohungsangst gegenüber Schirinowski findet, darauf verweisen polnische Intellektuelle, in der deutschen Öffentlichkeit einen besonderen Nährboden. Nach Umfrageergebnissen artikulierten weitaus mehr Deutsche ihre Angst vor dem nationalistischen Russen als etwa Polen in vergleichbaren Studien. Dabei reflektieren Ängste in Polen, erstarkender russischer Nationalismus könne auf die Beseitigung des polnischen Staates abzielen, immerhin eine historische Erfahrung. Das wesentlich intensivere Bedrohungsgefühl in Deutschland aber ist mit keinerlei Realität in Übereinstimmung zu bringen.

Mag Schirinowski bei der Verweigerung des deutschen Einreisevisums oder anderen passenden Gelegenheiten unfeine Drohungen und Flüche in Richtung Deutschland ausgestoßen haben – solche Rhetorik ist situationsbedingt. Bedeutsamer ist, daß die in Schirinowskis Sprüchen vorgenommene Aufteilung Polens von ihm in bestem Einvernehmen mit deutschen Gebietsansprüchen gedacht wird. Er zielt damit auf das Bündnis deutscher und russischer Nationalisten. Es kommt ein ideologisches Moment zum Tragen, das in der ganzen rechtsradikalen und “patriotischen” Bewegung Rußlands breit diskutiert und geteilt wird. Dort ist heute weitgehend Konsens, daß es “mit Deutschland gegen Amerika” gehen müsse. Hinter der propagierten deutschfreundlichen Übereinkunft steckt ideologisch das Bündnis gegen die als “zionistisch durchsetzt” gedachte Wallstreet, steht ein Antikommerzialismus, der den antisemitischen Weltverschwörungsvorstellungen eines Schirinowski zugrundeliegt. Es ist bemerkenswert, daß aus Deutschlands rechter Szene gerade Frey mit seiner DVU und der Nationalzeitung das Bündnis mit Schirinowski aufgenommen hat. Insbesondere Frey galt bisher unter den deutschen Nazis als Repräsentant einer NATO- und amerikafreundlichen, einer “atlantischen” Strömung. Daß die Thesen der Weimarer “Konservativen Revolution” und der französischen Nouvelle droite vom notwendigen Bündnis der “jungen”, der “östlichen” Völker gegen die degenerierte westliche Welt sich nun auch in Freys politischem Kurs niederschlagen, deutet auf die gewachsene Relevanz dieser faschistischen Option.

Aus der besonderen Form, in der gerade deutsche Presse und Bevölkerung eine Bedrohung des eigenen Vaterlandes durch den “Russenhitler” propagierten, spricht eine spezifisch deutsche Vergangenheitsbewältigung. Sie erinnert an das Phänomen, daß während des Golfkriegs in überraschend vielen Fällen das angegriffene Bagdad mit Dresden verglichen wurde und man sich aus diesem Vergleich heraus mit den irakischen Opfern identifizierte. Wie beim “Russenhitler” fand eine Verkehrung der Täter-Opfer-Perspektive statt, wie damals gelten bei den Stichworten “Krieg” und “Hitler” nunmehr die Deutschen als wehrlose Opfer einer verschworenen Übermacht. Hier ist ein Schuldkomplex am Werk, der die Unfähigkeit dokumentiert, den Opfern ihre potentielle Rolle des Anklägers jemals verzeihen zu können. Indem der Russe zu Hitler und zum Täter erklärt wird, ist die deutsche Volksgemeinschaft von aller Schuld gereinigt und kann sich unbeschwert in der Rolle der unschuldig Verfolgten und der Bedrohten gerieren. Das mit Hitler verbundene, im Nationalsozialismus tief eingeprägte Bild von der “Gefahr aus dem Osten” erhält so eine neue Weihe.

Wer solche massenpsychologischen Wirkungsmechanismen für völlig abwegig hält, erinnere sich einmal daran, mit welcher Penetranz bei der Beschreibung Israels auch in der Linken Begriffe und Bilder wiederkehren, die Zionismus mit Attributen des NS-Systems belegen wollen. Die Beschwörung des Bildes vom bedrohlichen “Russenhitler” reagiert auf deutsches Massenbewußtsein und belegt damit indirekt, daß ein Bemühen, mit der Wiedervereinigung unter deutsche Geschichte den Schlußstrich zu ziehen, immer wieder mit bedrohlichen Folgen scheitern muß. Das Bemühen, Auschwitz vergessen zu machen, ungestörten neuen deutschen Nationalstolz wiederzuinstallieren, treibt Verdrängungs- und Verdeckungsleistungen mit einer gefährlich aggressiven Potenz hervor. Die Rede vom “Russenhitler”, die sich in Boulevardpresse und anderen Medien “antifaschistisch” gibt, dient dem Zweck, deutsche Großmachtbestrebungen zu legitimieren und voranzutreiben.

Die Gefahr aus dem Osten

Die so bereitwillig ergriffene Deckphantasie – Hitler als Russe *ist* die Gefahr aus dem Osten – kann nun praktischerweise auch an der BRD-Tradition des Feindbildes der kommunistischen östlichen Bedrohung anknüpfen: das Schlagwort vom “Russenhitler Schirinowski” schafft Legitimation für die Fortsetzung eines aktiven NATO- und WEU-Militärbündnisses. In der Diskussion um eine mögliche Ausweitung der NATO z.B. um Polen, die Tschechische Republik und die baltischen Staaten deuteten sich Interessengegensätze zwischen der US- und der BRD-Außenpolitik an. Wo die USA das Gewicht stärker auf eine Stabilisierung der Verhältnisse in der ehema-

ligen Sowjetunion legen und sich damit auf ein Bündnis mit der russischen Führung ausrichten, strebt die BRD-Außenpolitik tendenziell eine Schwächung des euro-geopolitisch als Konkurrenz empfundenen Rußlands an. Im Vorfeld der Kriege im ehemaligen Jugoslawien entfaltete sich erstmals ein spezifisch deutscher außenpolitischer Kurs, der die Auflösung sich transnational definierender Staatlichkeit betrieb, um eigene Machtambitionen optimal zur Geltung zu bringen. Die NATO-Beschlüsse, östlichen Staaten die "Partnerschaft für den Frieden" anzutragen, stellten einen Kompromiß zwischen den US- und BRD-Interessen dar – die offengehaltene Frage, wann welchen Staaten die NATO-Mitgliedschaft eröffnet wird, dürfte noch Zündstoff in sich bergen. Der BRD ist u.a. der Weg eröffnet, über die Integration östlicher Staaten in WEU-Militärabsprachen deren Ankoppelung an die NATO zu erzwingen und so auch gegen das Bestreben der USA die russische Politik zu brüskieren.

Für die Verfolgung solcher separaten Ziele ist in der Bundesrepublik die Herstellung einer öffentlichen Stimmung dienlich, die östliche Staaten bis hin zur Ukraine vor dem "großrussischen Chauvinismus" in Schutz zu nehmen sucht. Schon beim Jugoslawienkonflikt war die Bundesregierung bestrebt, die Verfolgung einer separaten außenpolitischen Linie unter ihren Bündnispartnern durch Verweis auf die innenpolitische Lage zu rechtfertigen. Dazu präsentierte sie sich als scheinbar moderaten Faktor, der von der öffentlichen Meinung der BRD zur entschlosseneren Anerkennungspolitik u.a. gegenüber Kroatien geradezu getrieben werden mußte. Die Diskussion um den "Russenhitler Schirinowski" fiel nicht rein zufällig zeitlich mit den NATO-Verhandlungen um neue europäische "Sicherheitsstrukturen" zusammen, sie erfüllte vielmehr im Kontext solcher Verhandlungen den Zweck, dem Streben nach NATO-Erweiterungen Nachdruck zu verleihen.

"Kühler Kopf" der Kommunisten?

Den zuletztgenannten Zusammenhang stellte die UZ, Wochenzeitung der DKP, besonders heraus: *"Stellen wir die Frage Nr. 1: Cui bono? Wem nützt es? Wer profitiert von der Anti-Schirinowski-Kampagne? (...) Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU sprach dieser Tage den bemerkenswerten Satz: 'Der Westen, an der Spitze Deutschland, hat unter Beweis gestellt, daß er Partner Rußlands sein will. Es scheint jetzt an der Zeit, jetzt zu zeigen, daß er auch Widerpart sein kann.' Konkreter Anlaß für diese markigen Worte ist der Konflikt innerhalb der herrschenden Kreise, ob die NATO kurzfristig um Polen, Ungarn und die baltischen Staaten erweitert werden soll. Eine solche Erweiterung würde sich gegen Rußland richten."* (UZ vom 21.1.1994) Diese Analyse ist durchaus vernünftig – dennoch dient sie der UZ zugleich zu einem höchst unvernünftigen Zweck. Wenn die Zeitung an alte Tugenden appelliert – *"Kommunist(inn)en pflegen einen kühlen Kopf auch in heißen Debatten zu bewahren"* – dann geht es ihr vor allem darum, unangenehme Diskussionen unterzubügeln. Das Phänomen Schirinowski soll, so die Absicht, nur noch als ein besonders trickreiches Ablenkungsmanöver des westlichen Kapitals thematisiert werden. Mit einer formelhaften Abgrenzung (*"... makabre, nationalistische Töne jenes Herrn für die kein klar denkender Mensch Verständnis haben kann ..."*) soll sich jede Analyse des massiven Antisemitismus in Rußland sowie der engen "Rot"-Braun-Connection erledigen.

Nun mag die spekulative, in der Presse breit thematisierte Frage, ob Schirinowski die faschistoiden "Liberaldemokraten" einst auf KGB-Initiative gegründet hat, letztlich unbeantwortbar bleiben. Und auf Meldungen, ihm seien alte SED-Gelder zugeflossen, ist eine empörte Distanzierung wie die der PDS sicherlich die adäquate Reaktion. Den ideologischen Problemen, die im Wahlsieg eines Schirinowski zum Ausdruck kommen, kann sich eine Linke aber keinesfalls entziehen. Schirinowski ist, man mag es drehen und wenden, nicht nur Produkt der neuen Verhältnisse, sondern auch ein legitimes Kind der Sowjetunion. Teile der KPdSU und des alten Staatsapparats haben Schirinowski und andere Nationalisten gefeaturet und groß gemacht. Sie sehen sich als Repräsentanten eines "Sowjetpatriotismus", der gegen Nihilismus, Kosmopolitismus und Zionismus schon immer Front gemacht habe. Und ihr Geschichtsbild ist nicht *nur* unsinnig: Der Stalinsche Antisemitismus wurde nicht mit Stumpf und Wurzel ausgerottet, sondern der ihm zugrundeliegende Nationalismus blieb – in abgemilderter Form – ein Strukturelement der Sowjetunion, auf das sich die "linken" Patrioten zurecht berufen können. Die Tradition in Teilen der BRD-Linken, sich mit der Sowjetunion als einer Chance zu identifizieren und unübersehbare Phänomene wie Stalinismus und Antisemitismus in erster Linie als "Abweichung" von dieser Chance und als "Fehler" zu sehen, kann angesichts der rot-braunen Übereinstimmungen in Rußland nicht mehr tragen.

Die UZ ist nur ein besonders eklatantes Beispiel für das Problem. Sie findet nichts dabei, neben (unzureichenden) Analysen zur Schirinowski-Debatte kritiklose Interviews mit dem KP-Vorsitzenden Sjuganow zu führen – immerhin einer Führungsgestalt der rot-braunen russischen "Nationalen Rettungsfront". Die UZ fragt nicht einmal nach, wenn Sjuganow in seinen Antworten unablässig Begriffe wie die *"nationale Integration des Landes"*, den *"Ausverkauf der nationalen Ressourcen"* und die *"Sammlung aller patriotischen Kräfte"* ins Zentrum rückt – dafür interessiert sie sich nicht. Und selbstverständlich wird er auch auf Äußerungen nicht angesprochen, die "rot"-braune ideologische Übergänge in Rußland mit Händen greifbar werden lassen. Wenn Sjuganow zum Feindbild *"finstere Mächte"* erklärt, *"Weltdrahtzieher, die hinter den Kulissen zur Formierung eines schrecklichen zentralisierten Weltsystems angetreten"* seien, so hat er einen wesentlichen Schritt hin zu Schirinowskis Antisemitismus gemacht. Das gemeinsame Agieren Sjuganows mit Schirinowski im russischen Parlament, wie es bereits kurz nach der Wahl deutlich wurde, kann nicht als bloßes Taktieren verharmlost werden, es ist vielmehr Ausdruck dessen, daß sich heute die Theorien der "linken" und "rechten" Flügel der russischen "Patrioten" manches Mal kaum mehr unterscheiden lassen. Die Abgrenzung wird auch keineswegs gesucht – schon im Februar 1993 erklärte Sjuganow sehr deutlich, *"der Hauptkampf"* verlaufe zwischen zwei Parteien: den *"liberalen Kosmopoliten und der Partei der nationalen Staatlichkeit"* (1).

Linke und "rot-braun"

Doch ist es nicht nur die UZ, die sich weigert, das Thema der ideologischen "Links"-rechts-Übergänge in Rußland angemessen zu reflektieren. Konkret-Autor Werner Pirker fragt sich etwa in der Ausgabe vom Februar 1994, *"warum sich ausgerechnet das elitäre Jelzin-Pack des antifaschistischen Feldes bemächtigen konnte"*, und ihm kommt die Antwort – weil die KP mit Schirinowski um den konsequenteren Nationalismus konkurriert – noch nicht einmal als Möglichkeit in den Sinn. Er fühlt sich, statt den Finger in die offene Wunde zu legen, verständnisvoll in Sjuganow ein: dessen *"'patriotischer Pragmatismus'"* werde angesichts einer *"wahnwitzigen Ideologisierung der Ökonomie, der Privatisierung um der Privatisierung willen, nachgerade wieder verständlich."* Aus dieser Haltung vermag er Sjuganows *"Patriotismus"* funktionali-

Der Zwang nach Osten

NATO-Erweiterung und Bundeswehrmission 2000

Alle durften, sollten, mußten sich freuen, als der antifaschistische Schutzwall geschliffen und Deutschland in den Grenzen des alten Bismarck-Reichs einigermaßen wiederhergestellt war. Im Januar 1994 verbuchte die deutsche Außenpolitik mit den Ergebnissen des Nato-Gipfels ihren seither größten Erfolg. Gefeiert wurde diesmal intern: "'Seit Montag haben wir eine neue NATO', so jubilierten die Bonner Vertreter in Brüssel. 'Die Deklaration der 16 Staats- und Regierungschefs ist säkular. Das war der wichtigste Nato-Gipfel seit dem Ende des Kalten Krieges.' Tatsächlich hatten die 16 Verbündeten fast unbemerkt die sicherheits- und verteidigungspolitischen Weichen neu gestellt", schrieb die SZ. Die wesentlichen Ergebnisse des Gipfels:

1. Nicht mehr die USA, sondern die WEU werden in Zukunft für Militärinterventionen in Europa verantwortlich sein. Infrastruktur und Ressourcen der NATO wird künftig die WEU – nach gemeinsamer Beratung – auch ohne US-Beteiligung nutzen können.

2. Die so umgewandelte NATO offeriert allen osteuropäischen Staaten das Angebot vertiefter militärischer Zusammenarbeit mit der Perspektive einer möglichen späteren Aufnahme in das Bündnis.

3. Beide Beschlüsse gehören zusammen: Da eine NATO-Erweiterung in absehbarer Zukunft vom US-Kongreß boykottiert werden würde, werden Europäische Union (EU) und Westeuropäische Union (WEU) als Beitrittsgremien aktiviert: "Das bedeutet, daß zum Beispiel die Aufnahme Polens in die Europäische Union diesem Land nicht nur das Recht gäbe, WEU-Mitglied zu werden. Es würde hierdurch faktisch auch zum Verbündeten Amerikas und Kanadas. Das bedeutet, daß ein Land durch die Aufnahme in die Union de facto die Schutzgarantie der Nato – und damit die Beistandsverpflichtung Amerikas – erwerben kann, ohne selbst Natomitglied geworden zu sein, vor allem aber ohne daß Washington dazu gefragt werden müßte, ohne daß es an dem Aufnahmeverfahren selbst beteiligt wäre." (FAZ, 7.1.94)

Wer die Bedeutung dieser Veränderungen allein auf der Basis hiesiger Kommentarspalten zu erklären versucht, bleibt im Propaganda-Käfig der deutschen Interessenpolitik gefangen. Die internationalen Widersprüche, die Deutschland mit seiner Politik provoziert, erscheinen aus diesem Blickwinkel so verworren wie der Schreibmaschinentext, der entsteht, wenn ein mit zehn Fingern tippender Schreiber seine Zeigefinger versehentlich auf die falschen Buchstaben legt: Es klappert wie gewöhnlich, ergibt aber keinen Sinn.

Die folgende Darstellung ist deshalb in zwei Abschnitte unterteilt. Zunächst werden die ideologischen Prämissen der deutschen Bündnispolitik und die Bonner Vorarbeit für den Nato-Gipfel referiert. Anschließend wird der US-amerikanische Blick auf die deutsche Entwicklung dargestellt und die grundlegende Differenz im bilateralen Verhältnis, die eine "Europäisierung der NATO" aus deutscher Sicht erst notwendig macht, kommentiert.

Osteuropa: ein "Teil der deutschen Welt"?

Die Diskussion um die Aufnahme der mittelosteuropäischen Staaten in die NATO wurde im März 1993 mit einer Rede Volker Rühes vor dem Londoner "Institut für Strategische Studien" formell losgetreten und später durch das P4P (Partnership for Peace)-Konzept der USA mit einigem Aufwand in eine kontrollierbar erscheinende Bahn gezwängt. Ideologisch hatten schon im Herbst 1991 der FAZ-Historiker Arnulf Baring und der Verleger Jobst Siedler in ihrem Buch "Deutschland – Was nun?" den Boden für die Rühe-Rede bereitet:

"Böhmen und Mähren sind ein Teil Europas, der deutschen Welt, hätte ich fast gesagt", erklärt darin Jobst Siedler und

---

Fortsetzung von vorhergehender Seite

stisch bloß als taktisches Mittel zu qualifizieren (*"pragmatisch"*). Das theoretische Herangehen nimmt sein Ergebnis vorweg, der Kommunist bleibt in dieser Betrachtungsweise automatisch Kommunist, über dessen unglaubliche Fehler der Kritiker den Kopf schüttelt. Die Rede kann solcherart niemals darauf kommen, daß Sjuganows Handeln die Konsequenz seiner höchsteigenen Weltanschauung ist, in der Nationalismus und ein romantischer "Antikapitalismus" dem Denken zugrundeliegt, der – antiwestlich-antikommerziell ausgeprägt – mit originär rechtem Denken weit mehr gemein hat als mit marxistischer Analyse.

Die Weigerung, eine ideologische Seite am "Nationalbolschewismus" auch nur wahrzunehmen, ist auch bei einem gleichnamigen Artikel Georg Fülberths in der SOZ 21, S. 13, zu beobachten. Auch Fülberth reduziert das Problem auf eine funktionalistisch-taktische Ebene, definiert "Nationalbolschewismus" formal aus den Spezifika der Weimarer Zustände und kommt zu dem verheerenden Schluß: *"Wer das Interview von Johann Scheringer kritisiert, wird sich auf parteipolitische Argumente beschränken (!) und auf solch allgemeinere Einordnungen* (Anm.: wie nationalbolschewistisch) *verzichten müssen."*

Die Gefahr ist groß, daß aus solchen Denkmustern das Verständnis für die realexistierende KP Rußlands in der Linken noch wachsen könnte. Immerhin handelt es sich dort um eine der weltweit wenigen Organisationen, die sich offen als "kommunistisch" präsentieren und die dennoch über beträchtlichen Masseneinfluß verfügen. Mitsamt ihren 600.000 Mitgliedern mag ihr zugute gehalten werden, sie seien nicht auf offenen Reformismus und sozialdemokratische Identität eingeschwenkt. Daß sie realen Einfluß auf die Staatsgeschäfte auszuüben vermag, kann ebenfalls anziehend wirken. Die Hoffnung der französischen Nouvelle droite, Rußland könne zum Modell eines Links-rechts-Patriotismus werden, das sich auf Westeuropa übertragen lasse, ist nicht irreal. Nur eine solche Linke wird ihm entgegentreten können, die ihre Hausaufgaben macht und die Analyse der ideologischen Links-rechts-Übergänge ernsthaft vorantreibt.

Berthold Brunner

Anmerkung:

1) UZ-Interview in der Ausgabe vom 24.12.93; Zitate nach: Karla Hielscher, "Rußländische Verschwörungsmythen", Freitag vom 7.1.94.

fährt fort: "Wird es nicht eines Tages sozusagen Polnisch und Tschechisch und Ungarisch sprechende Deutsche geben müssen? Wird das nicht aus der Suprematie folgen, um die Deutschland meines Erachtens gar nicht herum kommen wird? (...) Natürlich wollen wir die Polen nicht vertreiben, aber ich glaube in der Tat, eines Tages werden sich Pommern und Schlesien und Böhmen-Mähren wieder nach Deutschland orientieren." (S. 92/105f.)

Von Arnulf Baring wurde der großdeutsche Anspruch aufgegriffen und um seine militärischen Implikationen erweitert. Was solle passieren, fragt er rhetorisch, "wenn uns die polnische Regierung eines Tages bäte, deutsche Truppen nach Polen zu entsenden, dort zu stationieren, weil sich Polen von anderswoher bedroht fühle. Und dieser Tag wird kommen, irgendwann im nächsten Jahrzehnt (...) Vermutlich wird die EG – oder genauer die NATO Adressat eines solchen Hilferufes sein. Aber praktisch wird es auf die Entsendung der Deutschen hinauslaufen, vielleicht garniert mit einem Hundert Holländern und ein paar Dutzend Franzosen (...) In erster Linie müssen wir Deutschen uns darum kümmern, daß Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn den Weg in die Gemeinschaft Europas finden. Das gebietet unsere eigene Interessenlage, unsere neue geopolitische Situation." (S. 166/188)

Das wollen wir nicht aus Machtinteresse und einem antislawischen Affekt – Nein: Das "gebietet" unsere "geopolitische Situation"! Der Mythos von der "geopolitischen Interessenlage" der Deutschen ist seit 1989 bei Regierungs- und Oppositionspolitikern wieder gleichermaßen en vogue: Er besagt, daß die geographische Situation eines Landes maßgeblich dessen Außenpolitik determiniert. Da Geographie aber eine unveränderbare Größe ist, folgt daraus eine für Deutschland weitgehend unveränderbare Politik, die quasi schicksalhaft seiner geographischen Situation eingeschrieben ist. Die geopolitische Prämisse ist gut hundert Jahre alt. Sie dient immer noch dem Zweck, die nationale Wahnvorstellung von einer "deutschen Mittellage" zu transportieren, welche regelmäßig mit paranoiden "Einkreisungsängsten" oder – im Moment vorherrschend – mit der anmaßenden Ideologie von "Deutschland als dem Einiger Europas" einherzugehen pflegt. Mit regierungsamtlichem Pathos angereichert liest sich jener geopolitische Ansatz bei Klaus Kinkel wie folgt:

"'Politik ist Geographie' – dieser Satz trifft auf Deutschland wie auf kaum ein anderes Land zu. Wir sind aus der Randlage am Eisernen Vorhang wieder in die Mitte gerückt (...) Die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union, die NATO und die anderen euro-atlantischen Organisationen ist jetzt historische europäische Aufgabe. Deutschland ist ihr Anwalt. Die Völker in den Umbruchländern haben ihre Freiheit erkämpft. Wir haben sie aufgefordert, gedrängt, in unsere Freiheitsgemeinschaft zu kommen. Jetzt dürfen wir sie nicht im Stich lassen." ("Europäische Sicherheit", Dezember 1993) Vor Kinkel hatte Michael Stürmer diesen Gedanken bereits vollkommen unpathetisch mit dem Hinweis auf den Punkt gebracht, es sei jetzt an der Zeit, "die sowjetische Erbfolge anzutreten" (FAZ, 24.12.91).

Rühes Vorarbeit für "P4P"

Die empirischen Daten der NATO-Gipfelvorbereitung sind rasch referiert: Im März 1993 hatte Rühe die Debatte mit der Forderung eröffnet, die Visegrad-Länder Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik noch vor einem Beitritt in die Europäische Union in die NATO aufzunehmen. In Paris, London, Brüssel und Washington wurde diese Idee mit Schweigen quittiert. "Die Deutschen üben auf ihre Bündnispartner Druck aus, damit in dieser Frage schnell konkrete Schritte ergriffen werden", hieß es im September im polnischen Rundfunk. Es sei interessant, "daß Frankreich kein Interesse für diese Idee zeigt" (Monitordienst, 6.9.). In der Tat war Rühe mit des Kanzlers Zustimmung zu diesem Zeitpunkt bereits in Budapest, Kopenhagen, Oslo, Washington, Paris, Warschau und Prag vorstellig geworden, um für den deutschen Vorstoß zu werben. Seine Osteuropa-Reisen verband Rühe in der Regel, um Fakten zu schaffen, mit der Unterzeichnung von Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen osteuropäischen Streitkräften und der Bundeswehr. (Siehe nebenstehenden Kasten: "Das ist unsere Zukunft!")

Nato-intern war das deutsche Drängen, wie die FAZ feststellt, "auf Zurückhaltung gestoßen. Die meisten Nato-Mitglieder machen keinen Hehl daraus, daß sie an einer Osterweiterung nicht interessiert sind." (19.10.) "Mit einer Ausdehnung der NATO nach Osten haben Amerikaner, Kanadier und Briten als die eigentlichen Atlantiker der Allianz am wenigsten im Sinn."(25.11.) Zentrales Motiv jener Ablehnung war die Sorge, daß die bündnispolitische Einbindung Deutschlands hierbei zu schaden kommt: Man wollte die Allianz, so wie sie ist, erhalten, "als Mechanismus, der die Renationalisierung von Verteidigungspolitik, dies meint eine unabhängige deutsche Außen- und Verteidigungspolitik, verhindert" (International Herold Tribune, 8.9.93). Befürchtet wurde zudem eine Stärkung der deutschen Position, auf die sich die osteuropäischen Kandidaten, wie vermutet wird, vorwiegend orientieren würden.

Die Bundesregierung argumentierte demgegenüber offensiv: In dem Rühe-Ausspruch "Wir wollen die Erweiterung. Die alte Nato läßt sich nicht erhalten" (SZ, 6.1.) war die Drohung des De-facto-Austritts bereits enthalten. Nicht minder wirksam war der Wink mit dem (erst in Umrissen erkennbaren) Zaunpfahl WEU. So bezeichnete im Oktober 1993 der rumänische Verteidigungsminister Spiroiu " den Gedanken Außenminister Kinkels als interessant, für die Reformstaaten als Schritt auf dem Weg zur Nato-Mitgliedschaft eine WEU-Assoziierung vorzusehen" (FAZ, 21.10.).

Zwar wurde im Oktober 1993 nach einem Besuch in Washington, so Theo Sommer, "der Eifer des Verteidigungsministers kräftig gebremst"; zwar soll hier auch der deutsche Nato-Generalsekretär, der den Rühekurs anzutreiben suchte ("Wer drin ist, ist sicher, wer nicht drin ist, ist unsicher"), einen kräftigen Dämpfer erhalten haben – dies alles änderte nichts an der Dynamik, die das deutsche Agieren in Osteuropa bereits ausgelöst hatte. Der Zug war zwar noch nicht "abgefahren", wie man in Bezug auf eine vergleichbare Situation im Winter 1989 zu sagen pflegte, er war aber bereits in Bewegung gesetzt.

Die USA machten deshalb Ende Oktober, anläßlich der Travemünder Nato-Tagung, gute Miene zum bösen Spiel und präsentierten – gegen britische Bedenken – ihre Kompromißformel "Partnership for Peace". "Die Öffnung der Nato zu den Ländern Mittel- und Osteuropas soll auf die Zusammenarbeit bei der Friedenssicherung und Krisenbewältigung, bei Rettungsaktionen und im Katastrophenschutz beschränkt werden, zugleich aber als 'Einstieg' in eine spätere Vollmitgliedschaft genutzt werden können", schrieb hierzu am 22.10. die FAZ.

Am 10.1.1994 unterzeichneten die Teilnehmer des NATO-Gipfels schließlich die Einladung und das Rahmendokument des P4P-Programms, in dem es heißt, man würde "es begrüßen, wenn eine Nato-Erweiterung demokratische Staaten im Osten von uns erfassen würde, als Teil eines evolutionären Prozesses, unter Berücksichtigung politischer und sicherheitspolitischer Entwicklung in ganz Europa." Die osteuropäischen Teilnehmer des NATO-Kooperationsrats wurden aufgerufen, "ständige Verbindungsoffiziere zum Nato-Haupt-

quartier zu entsenden", um dort "Übungen zur Friedenswahrung ab 1994" vorzubereiten. Als Belohnung für "den Aufbau einer Fähigkeit, mit Nato-Streitkräften zusammenzuwirken", wurde "jedem aktiven Teilnehmer" der Partnerschaft versprochen, "in Konsultationen ein(zu)treten, wenn dieser Partner eine direkte Bedrohung seiner territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit sieht" (Beilage zu "Informationen für die Truppe", 2/94).

Rühes Kommentar zu diesem Dokument entspricht der Wahrheit: "Das, was in Brüssel gesagt wurde, ist erst in monatelangen Bemühungen durchgesetzt worden; denn von Anfang an war das nicht so geplant, sondern schon eher als ein Ersatz für die Mitgliedschaft." (Bundestagsdebatte, 13.1.) Rühe konnte außerordentlich zufrieden sein. Denn die P4P-Formel ist "vorzüglich dehnbar. Sie gestattet, den Grad militärischer Zusammenarbeit mit einzelnen auszuwählenden osteuropäischen Staaten individuell zu bestimmen." (FAZ, 6.1.) Eben darauf kam es der Bundesregierung an. Der P4P-Beschluß war nicht mehr als eine Kompromißformel, die einem temporären Kräfteverhältnis Ausdruck verlieh. Hinter der Fassade der Einmütigkeit toben die Gegensätze im Hinblick auf "die zentralen Fragen der Beziehungen zu Rußland und des Erhalts der transatlantischen Gemeinschaft" fort (FAZ, 8.2.). Beide Widerspruchsmomente gehören zusammen: Bonn sieht sich zum Aufbau einer unabhängigen Europa-Armee veranlaßt, weil die deutsche Rußlandpolitik mit der Rußlandpolitik der USA nicht zu vereinbaren ist.

"The capital to watch is Bonn"

warnte anläßlich des Nato-Gipfels die "International Herald Tribune". Der US-amerikanische Rückzug aus der europäischen Sicherheitspolitik könnte insbesondere die Bundesrepublik zu einer unabhängigeren Militärpolitik veranlassen. "Diese Schlußfolgerung darf die amerikanische Politik nicht ermutigen." (1.10.94) Welche Befürchtungen werden in Washington mit einer emanzipierten deutschen Militärmacht verbunden?

Der Kern der deutsch-amerikanischen Differenz in Bezug auf Europa liegt darin: Washington hat keine prinzipiellen Zweifel daran, daß Rußland, wie jedes anderes Land der Erde, bürgerliche Demokratie auf der Basis des Kapitalismus zu werden in der Lage ist. Für die herrschende Sichtweise der Bundesrepublik ist Rußland demgegenüber eine asiatische Großmacht ohne Zugang zur "europäischen Kultur". Besonders kraß kommt der Rassenimperialismus des zuständigen FAZ-Herausgebers daher. "Völker haben ihre tief wurzelnden Eigenschaften", schreibt Reißmüller. Die "historisch bedingte Eigenart des russischen Volkes" sei "geprägt von über zweihundertfünfzigjähriger Herrschaft der Mongolen und Tataren." Deshalb und wegen der byzantinischen Kirche "werde ein Russe nie so produktiv arbeiten wie ein Westler." Und er wird wohl auch nie die Friedfertigkeit erlangen, die dem deutschen Volk als "tief wurzelnde Eigenschaft", wie wir wissen, zueigen ist: An "gefährlichem Wirklichkeitsverlust" leide, so Reißmüller, wer vom russischen Volk eine Außenpolitik erwarte, "die auf Interessenausgleich und Zusammenwirken gründet und physische Macht, wenn überhaupt, dann mit strenger Selbstbeschränkung einsetzt" (FAZ, 20.5.92).

Reißmüller ist kein Einzeltäter. Dies zeigte sich, als Rußland sich an der Mitgliedschaft in der Europäischen Union interessiert gab und damit "eindeutigen Widerstand insbesondere der Deutschen" provozierte, da dies zu einer Dominanz des "auch asiatisch geprägten Landes", so CDU-Sprecher Pöttering, führen müßte (FAZ, 1.2.). Es zeigt sich in der Renaissance von altneuem Russenhaß in der außenpolitischen Propaganda, die dieses Land in Karikaturen wahlweise als blindwütigen Bären oder hungrigen Hai darzustellen und mit Vorliebe von "Moskauer Raumbeherrschungskonzepten" sowie dem "Gefahrenherd Rußland" und dessen "imperialer Traditon" zu sprechen pflegt. Es zeigte sich last but not least bei der diesjährigen Münchner Wehrkundetagung, in deren Verlauf sich der neue Verteidigungsminister der USA, William Perry, zu einer prinzipiellen Stellungnahme veranlaßt sah.

"In der Diskussion wurde behauptet", erklärte Perry in seiner (später von der US-Botschaft verbreiteten) Stellungnahme, "daß Rußland dazu bestimmt ist, eine imperiale Macht zu sein und deshalb unfähig sein wird, die Möglichkeit der demokratischen Nationenbildung zu nutzen. Ich persönlich weise den Standpunkt, wonach die Kultur einer Nation ihr Verhalten und ihr Auftreten in der politischen Arena vorherbestimmt, zurück. Der Standpunkt, daß es irgendetwas in der russischen Kultur gebe, daß dieses Land daran hindert, eine demokratische Nation zu werden, ist falsch." (Policy Information And Texts (PI-AT), 8.2.94)

Dieser Textauszug soll nicht vergessen machen, daß die USA Privateigentum und Marktwirtschaft in Osteuropa forciert haben und deshalb mitverantwortlich sind für die Folgen: Millionenfaches Elend und massenhafte Vernichtung der sachlichen und personalen Ressourcen nicht nur in Rußland. In dieser Hinsicht gibt es einen deutsch-amerikanischen Gegensatz nur im Rahmen der Konkurrenz. Die gravierendere Differenz liegt im Bereich der Ideologie, deren Gesetze vermutlich für die Entfesselung der Weltkriege nicht minder maßgeblich gewesen sind als die Gesetze der Ökonomie.

Man wolle die "nach Europa zurückgekehrten Staaten" in der Nato verankern, hat beispielsweise Manfred Wörner erklärt und damit den ideologischen Gehalt der Chiffre "Europa" bloßgelegt: Unter nationalsozialistischer Besatzung hatte ihm dieses Stück Erde durchaus noch als "europäisch" gegolten. Dann kam der Warschauer Pakt, und es bedurfte dessen Zerschlagung, bevor die Länder "nach Europa" zurückzukehren in der Lage waren. "Europa" meint nach deutschem Verständnis "germanische Welt", wodurch auch das Diktum über die Stadt Prag nachvollziehbar wird, welche, so Volker Rühe, "europäischer sei als manches, was es in Westeuropa gibt".

"New Nato" oder "Collapse of the West"?

Rühes Kampagne, die Nato bis zur russischen Grenze auszuweiten, provozierte in der Außenpolitik der USA einen Richtungsstreit, der in zwei Grundsatzartikeln der renommierten Zeitschrift "Foreign Affairs" im Herbst 1993 ihren Niederschlag fand. Ein konfrontativer Kurs wurde darin unter der Überschrift "The Collapse of the West'" von Owen Harris verfochten: Osteuropa, schrieb Harris, sei seit Jahrhunderten eine Einflußsphäre der russischen Politik. Diesen Tatbestand, wie Manfred Wörner es tue, zu ignorieren und ausgerechnet jetzt Osteuropa als Nato-Gebiet einverleiben zu wollen, sei ein Akt von außerordentlicher Torheit ("outstanding folly"). Die aktive Beteiligung der USA an den Europäischen Dingen bleibe auch für die Zukunft notwendig, "um ein Auge auf Deutschland zu haben und um sicherzustellen, daß es vor Abschluß dieses Jahrhunderts nicht ein drittes Mal entgleist." Harris warnte die US-Politik davor, sich hinsichtlich der künftigen deutschen (und russischen) Rolle in Sicherheit zu wiegen. Es sei, wenn die Wachsamkeit nachlasse, höchst zweifelhaft, "ob die USA im Falle einer schlagartigen Krisenentwicklung in Deutschland oder Rußland noch genug politische Zustimmung mobilisieren kann, um (mehr noch im Hinblick auf mögliche Kriegsopfer als im Hinblick auf die Finan-

zierung) zu einer wirklich entschlossenen Intervention in der Lage zu sein (S. 51). Bei Harris wurde die Warnung vor der Möglichkeit eines Dritten Weltkriegs mit einer pessimistischen Perspektive in Bezug auf den westlichen Zusammenhalt verknüpft: Was sich in die neue Ära verlängern werde, sei eher "der begrenzte 'Westen' von 1917 und 1941 – also die USA, Großbritannien und Frankreich – als der erweiterte Westen von 1957 oder 1977."

Die Gegenposition ("Building a New Nato") wurde von den RAND-Analytikern Asmus, Kugler und Larrabee formuliert. Auch sie hält eine "Reaktivierung von alten Verwerfungslinien und historischen Rivalitäten" – etwa zwischen Rußland und Deutschland – für wahrscheinlich. Für das deutsche Bemühen um die Nato-Erweiterung wird jedoch Verständnis gezeigt. Diese habe "wenig mit einem mythischen 'Drang nach Osten'" zu tun, sondern resultiere statt dessen aus einem 'Zwang nach Osten', um Demokratie und Stabilität für Deutschland selbst zu gewahren", behaupten die Autoren. Um aber nicht durch eine WEU/NATO-Konkurrenz die Allianz zu zerstören, solle sich die Allianz freiwillig nach Osten hin öffnen: "Eine Situation, in der ein Land wie Deutschland Polens Sicherheit mittels der Westeuropäische Union zu sichern verspricht, nicht aber mittels der NATO, könnte die Atlantische Allianz zerstören. Es ist deshalb eindeutig besser, wenn jene Sicherheitsgarantie innerhalb einer neuen Nato ausgesprochen wird, wo sie glaubwürdig ist und wo die USA sie beeinflussen kann." (S. 35)

"Das ist unsere Zukunft" ...

... entfuhr es einem General, als er von Rühes Nato-Osterweiterung erfuhr. Der Mann könnte recht behalten. Nachdem sich die Bundesregierung 1992 darauf konzentriert hatte, Lehrgänge für die Ausbildung junger Diplomaten aus den Staaten Mittel- und Osteuropas zu veranstalten, um "ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stiften, das den Teilnehmern bei späteren Verhandlungen zugute kommen soll" (FAZ, 21.9.92), trat 1993 verstärkt auch das Kriegsministerium in Aktion. 1993 soll es zu insgesamt 22 Begegnungen mit Vertretern der Militärakademien aus Polen, Tschechien, Ungarn, Rußland, Rumänien und Bulgarien gekommen sein. Im folgenden ein – unvollständiger – Überblick:

Polen

Für 1994 sind 77 deutsch-polnische militärische Kooperationsvorhaben vereinbart worden. 30 polnische Offiziere nehmen derzeit an Lehrgängen in der Bundesrepublik teil. Deutschland habe, so Rühe, zu keinem anderen Land Osteuropas derart enge Militärbeziehungen. Es sollen zukünftig zwischen Truppenteilen der Bundeswehr und der polnischen Streitkräfte Patenschaften gebildet werden. Die Bundesmarine wollte ursprünglich im September dieses Jahres zu gemeinsamen Übungen auf der Ostsee mit polnischen Streitkräften auslaufen. Inzwischen wurden französisch-deutsch-polnische Manöver von Land- und Seestreitkräften noch für dieses Jahr ebenso beschlossen, wie die trilaterale "Planung und Durchführung einer Stabsübung sowie eine gemeinsame Übung auf Kompanieebene" (FAZ, 5.3.94). Zusätzlich werden deutsch-polnisch-dänische Manöver für den Herbst 1994 in Jütland geplant. Das Beispiel Polen macht deutlich, daß die mit der NATO-Erweiterung verbundenen Vorstellungen in Warschau und in Bonn keineswegs identisch zu sein brauchen. Als die Hardthöhe 1993 großspurig verkündete, Einheiten der Bundeswehr würden demnächst zu Manövern auf Truppenübungsplätzen in Polen ausrücken (Spiegel 36/93), folgte der diplomatische Rüffel auf dem Fuß. "Ich denke, die Bundeswehr besitzt genügend eigene Truppenübungsplätze", erklärte hierzu der damalige polnische Verteidigungsminister Januasz Onyszkiewicz. Man sei, so Onyszkiewicz, auch gegen die Gründung einer deutsch-polnischen Brigade, " weil man sich gleich die Frage stellen muß, wer diese Brigade führen, unter wessen direktem Befehl sie stehen soll." Warschau, wie auch Prag, spekulieren mit ihren Anträgen auf NATO-Erweiterung auf die Präsenz der USA, um ihre potentiellen Widersacher im Osten wie im Westen unter Kontrolle zu halten.

Fortsetzung rechte Seite

Mit ihrem P4P-Vorschlag hatte die US-Administration eine mittlere Linie eingeschlagen, durch welche die Frage der NATO-Öffnung verschoben wurde, ohne daß die damit verbundenen Widersprüche aus dem Weg geräumt wären.

So wird auf P4P-Ebene der Streit zwischen deutscher und westlicher Ideologie inzwischen wie folgt buchstabiert: "Partnerschaft für den Frieden" bedeute, so Kinkel, "ein Angebot, das rechtlich für sämtliche neuen Demokratien des Ostens, aber faktisch nicht für Rußland und die Ukraine gilt" (FAZ, 22.12.). "Angesichts der internationalen Bedeutung Rußlands", heißt es demgegenüber in der gemeinsamen Clinton/Jelzin-Erklärung vom 14.1., "begrüßte Präsident Clinton die Aussicht auf eine aktive Beteiligung Rußlands an der Partnerschaft für den Frieden" (Monitor-Dienst, 15.1.). "Ziel sei ein integriertes Europa, das auch Rußland einschließe, betonte auch Perry." (Monitor-Dienst, 8.2.)

Während hier – seit Schirinowski mit neuem Elan – die europäische Szene in eine gute deutsche und eine böse russische Politik aufgeteilt zu sein scheint, präferiert man somit in den USA die Äquidistanz: Hier die neue Kontinentalmacht mit durchaus ungewisser Zukunft, dort das nukleare Riesenreich und dazwischen Osteuropa "sandwiched between a resurgent Germany and an unstable Russia" (PIAT, 29.10.93).

Amerikanisch-russische Manöver auf deutschem Boden

Daß die USA im Nato-Rahmen Manöver durchführen, deren Szenarien ein russischer Aggressor zugrunde liegt, ist bekannt. Die Durchführung von Manövern mit antideutschem Akzent hingegen ist etwas Neues. Im Herbst letzten Jahres schrillten im Bundeskanzleramt alle Alarmsirenen, als bekannt wurde, daß "Truppen der Vereinigten Staaten und Rußlands eine umfangreiche gemeinsame Übung auf deutschem Boden geplant haben sollten" (FAZ, 6.11.93) – über die antideutsche, das "Potsdam-Syndrom" aufwühlende Konnotation eines solchen Vorschlags konnte überhaupt kein Zweifel bestehen. Umgehend wurden Konsultationen mit Washington in die Wege geleitet. Zwar erklärten die USA, jene Manöver hierzulande nicht gegen den Willen der Bundesregierung durchführen zu wollen – der Zusammenhang zwischen dem Manöverplan und Deutschland sollte aber offenkundig gewahrt bleiben – und so richtete man an Bonn die Frage, "ob die in Würzburg stationierte 3. amerikanische In-

fanteriedivision Stabsgespräche mit einer russischen Infanteriedivision, die in Zentralrußland liegt, auf deutschem Boden 'zur Vorbereitung einer Übung' führen dürfe", was Bonn widerwillig gestattete. Im Februar dieses Jahres gab US-Verteidigungsminister Perry schließlich bekannt, daß ein erstes russisch-amerikanisches "Manöver für Friedensaktionen" unter Beteiligung der in der BRD stationierten US-Truppen im Juli 1994 im russischen Wolgagebiet, jener vom deutschen Innenministerium als "deutsche Enklave" geförderten Region, stattfinden solle.

Die Beschwerde des CDU-Politikers Wimmer, daß die USA "Rußland immer noch unter dem Blickpunkt der Bipolarität, diesmal der Partnerschaft, bewerten" (Handelsblatt, 10.1.), hatte noch einigermaßen harmlos geklungen. Als "törichtes, eventuell noch folgenschweres Zugeständnis" galt der FAZ aber bereits der Umstand, daß Clinton "den Russen implizit Sonderrechte als Ordnungsmacht in ihren Vor- und Hinterhöfen konzidiert" hatte, wie die FAZ am 28.1. schrieb. Den Warnungen des Bundeskanzlers "vor einer Achse USA-Rußland" wird jedoch ebensowenig ein Erfolg beschieden sein wie seinen Versuchen, "der bisher 'rußlandzentrischen' Politik der Vereinigten Staaten eine Wendung zu geben". Um so wichtiger erscheint aus deutscher Sicht die Etablierung der von den USA unabhängigen Euro-Streitmacht WEU.

"Nato zerschlagen – Amis verjagen!"

Anfang Oktober 1993 hatte Rühe erstmals auch öffentlich "eigene Streitkräfte für den Fall, daß Washington in einen europäischen Konflikt nicht eingreifen wolle", gefordert. Die NATO müsse deshalb, so Rühe, "von den europäischen Mitgliedstaaten auch ohne Beteiligung der Amerikaner genutzt werden" (FAZ, 8.10.), d.h. auf den Status einer Service-Organisation für andere degradiert werden können. Als transatlantischen Verbund hatte Rühe die NATO damit grundlegend in Frage gestellt. Immerhin hatte man auch in der bundeswehrnahen Zeitschrift "Europäische Sicherheit" ausdrücklich offen gelassen, "ob die WEU der 'europäische Pfeiler' der Nato werden oder de facto zum Konkurrenten des atlantischen Bündnisses avancieren wird." (Europäische Sicherheit 1/94) Daß die USA mit dieser Ambition schließlich "ihren Frieden gemacht hatten", wie es bei Rühe später hieß, war die Überraschung der Saison. Clinton habe den WEU-Vorstoß zwar unterstützt, schrieb die IHT, allerdings nur, "um die Europäer davon abzuhalten, eine separate multinationale Streitmacht außerhalb der Nato-Struktur zu errichten" (7.1.).

Bei einer künftigen Krisensituation sollen WEU und NATO in Konsultationen darüber befinden, welche der beiden Organisationen tätig wird. Bei einer Nato-Mission habe, wie bisher, der Nato-Oberbefehlshaber (SACEUR) die Kommandogewalt. Im Falle einer WEU-Mission würde diese einem Europäer übertragen – mit dem Recht, auf die kollektiven Mittel der Allianz zurückzugreifen. SACEUR wäre dann lediglich für deren Bereitstellung verantwortlich. Über die "kitzlige Frage" (FAZ), wie die neu zu gruppierenden gemeinsamen Eingreifverbände, die für Nicht-Nato-Staaten offen sein sollen, "von der Nato 'separiert' und beispielsweise der WEU unterstellt werden könnten" (FAZ, 29.1), scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Im Juni 1994 soll ein Bericht über das neue WEU-Konzept vorgelegt werden. Ab dem 1. Juli 1994 übernimmt Bonn für ein halbes Jahr die Präsidentschaft der Europäischen Union. Nach Ablauf dieser Zeitspanne will Kohl hinsichtlich der Anbindung der ostmitteleuropäischen Staaten Fakten geschaffen haben. So sollen diese Länder an sämtlichen Zusammenkünften der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit; das Außenpolitik-Gremium der Europäischen Union) "mit vollem Rederecht, wenn auch vielleicht noch nicht mit Stimmrecht" teilnehmen und sich der WEU weiter annähern dürfen. "Kernfrage" allerdings sei, "wie der künftige

Fortsetzung von linker Seite:

Ungarn

Im April 1993 unterzeichnete Rühe in Budapest eine "Rahmenvereinbarung über die Verstärkung der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich." Darüber hinaus wurden Waffenlieferungen an Ungarn vereinbart.

Tschechische Republik

Im Oktober 1993 verhandelte Rühe in Prag über "die Vertiefung und Erweiterung der gegenseitigen Kontakte zwischen den beiden Armeen". Zwischen der Bundeswehr und den tschechischen Streitkräften sollen Patenschaften eingerichtet werden. Darauf, daß die USA ins europäische Geschehen einbezogen bleibt, "legt man in Prag angesichts der Nachbarschaft zu Deutschland Wert", schreibt die FAZ. "Die WEU hat aus tschechischer Sicht dagegen den entscheidenden Makel, amerika'frei' zu sein." (7.1.)

Slowakei

Im Dezember 1993 verhandelte Rühe mit dem slowakischen Außenminister Moravcik über einen Vertrag zwischen der Bundeswehr und der Slowakischen Republik. Im Februar 1994 wurde das Abkommen über die militärische Zusammenarbeit unterschrieben.

Bulgarien

Im September 1993 vereinbarte Rühe mit seinem bulgarischen Amtskollegen Alexandrow eine engere Zusammenarbeit auf militärpolitischem Gebiet. Ein entsprechendes Abkommen soll 1994 unterzeichnet werden. Insbesondere bei der Ausbildung von Offizieren will die Bundeswehr mit der bulgarischen Armee zusammenarbeiten. Schon jetzt befindet sich ein bulgarischer Offizier an der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg.

Rumänien

Im Oktober 1993 unterzeichneten Rühe und sein rumänischer Amtskollege Spiroiu eine Vereinbarung über die Hilfe der Bundeswehr bei der Ausbildung rumänischer Soldaten. Danach sollen rumänische Offiziere in Deutschland ausgebildet werden. Gemeinsame UN-Einsätze wurden ins Auge gefaßt. "Rühe sagte, das Abkommen stehe im Zusammenhang mit der Öffnung der Nato nach Osten." Spiroiu sprach von einer "historischen Vereinbarung".

Assoziierungs-Gehalt der Staaten Mittelosteuropas im Verhältnis zur WEU gestaltet werden solle." (FAZ, 30.1.) Vieles ist hier noch im Busche. Aus Bonner Perspektive war der NATO-Gipfel insofern trotz der hier erzielten "säkularen" Einschnitte nur "ein Zwischenschritt bei der Reform des Bündnisses und seiner Anpassung an ein verändertes sicherheitspolitisches Umfeld" (Klaus Kinkel, laut FAZ, 8.1.94).

"In Bonn wird damit gerechnet, daß sich Krisen in Osteuropa ausbreiten können", schrieb im Januar 1994 die FAZ. Die diesbezüglichen deutschen Perspektiven wurden unzweideutig von Volker Rühe umrissen. "In Zukunft müssen wir in der Lage sein, mit den nötigen militärischen Mitteln zu intervenieren, um wieder einen Zustand des Friedens und der Sicherheit herbeizuführen (...) Unsere Sicherheitspolitik muß daher über ihre engere Schutzfunktion hinaus künftig mehr Gewicht darauf legen, das regionale und globale politische System aktiv zu gestalten (...) Wir müssen dazu beitragen, daß Europa militärisch handlungsfähig wird." Und wenn die Europäische Union erst einmal das Baltikum oder die Ukraine in einer Verteidigungsschlacht vor russischen Versuchungen schützt – spätestens dann, so lautet vielleicht das Kalkül, werden auch die heute noch bestehenden Differenzen zwischen Paris, London und Berlin in einem einzigen Blutacker untergepflügt worden sein. Das scheinbar Undenkbare – ein erneuter Feldzug, eine neue militärische Konfrontation Deutschland gegen Rußland – rückt wieder in den Bereich des Realistischen.

Warum Deutschland nicht in den UN-Sicherheitsrat darf

Die deutsche WEU-Politik hatte ebenso wie der Vorstoß zur Nato-Öffnung den offenen Beifall der SPD gefunden. Im Bundestag wurde von Vera Wollenberger für das Bündnis 90/Die Grünen eine schnellere Gangart für die Nato-Erweiterung eingeklagt, während die Sozialdemokratin Brigitte Schulte Kinkel und Rühe für das Versäumnis kritisierte, in der Bundestagsdebatte nicht erwähnt zu haben, "daß sich im nördlichsten Teil Ostpreußens viel zu viele Soldaten mit schwerem Gerät konzentrieren."

Das russenfeindliche Denkmuster der BRD-Publizistik eint erneut die Nation. Von Angelika Beer bis zu Andreas Zumach hat auch die sich links(-liberal) verstehende Riege der Friedensforscher, -publizisten und -politiker versagt: Über die deutsche Politik, wie ich sie hier ansatzweise nachgezeichnet habe, wurde weit und breit nicht eine Silbe verloren. Getreu der Devise "Im Westen nichts Neues" wurde äußerstenfalls die Nato-Option auf weltweite Militäreinsätze oder "die von Clinton erfundene Formel" als "Partnerschaft für den Unfrieden" (A. Beer) denunziert.

Die Unfähigkeit der Kritik wurzelt in einer Entscheidung, die schon 1989 jeden Oppositionsansatz paralysiert hatte: Die Entscheidung zum Kotau vor den ostdeutschen bzw. -europäischen Massen. "Wir können uns den Osteuropäern in ihrem Streben nach Integration nicht verweigern", schreiben Volker Böge und Albert Statz. Diese Haltung sei schließlich verständlich. "Was liegt angesichts der vielfältigen Gefahren und Konflikte (...) näher, als die Politikmuster des Westens auf den Osten zu übertragen?" (Aus: Friedensforum 2/94) Zwar haben sich Böge und Statz die Unterstellung, daß gegen die russische Bedrohung nur noch die NATO helfe, nicht zueigen gemacht. Ihre Erklärung, wonach eben diese Nato-"Logik (...) aus historisch verständlichen Gründen von den osteuropäischen Staaten geteilt" werde, macht freilich jede Aufklärung zunichte. Nicht nur, weil der Gedanke tabuisiert wird, daß zwischen "vielfältigen Gefahren" und dem "westlichen" und/oder deutschen "Politikmuster" ein Zusammenhang besteht. Sondern auch, weil das Verständnis" für die Bedrohungsphantasie vereitelt, was notwendig ist: Sie als Kriegsvorwand und Interventionspropaganda zu denunzieren.

Wie stark die öffentliche Meinung von der Russentirade durchtränkt ist, zeigte sich last but not least auch daran, daß in den letzten Monaten alle Moskauer Vorschläge nicht den Hauch einer Chance hatten, in der BRD auch nur zur Debatte gestellt zu werden. Der Vorschlag der russischen Regierung vom September 1993, die NATO als Sicherheitsinstrument der KSZE zu unterstellen, wurde ebenso ignoriert wie der Jelzin-Vorschlag von Oktober, die Sicherheit der Region durch die NATO und russische Republik gemeinsam zu garantieren und die russische Rolle im Nato-Kooperationsrat auszubauen.

Dabei bedarf es keiner besonderen Leseleistung, um zu erkennen, daß Deutschland seit einigen Monaten eine Osteuropa-Politik betreibt, die gerade das zu machen im Begriff ist, was die deutsche Propagandamaschine Rußland unterstellt. Fatalerweise bricht niemand in diesem Land in Gelächter aus, wenn Helmut Kohl inbrünstig deklamiert, daß Jelzins Absage an imperialistische Außenpolitik mit "einer Politik, die auf die Schaffung von Interessenssphären ziele, nicht vereinbar" sei. Und als ebenso seriös wie liberal gilt immer noch ein Außenminister, der zunächst verlangt: "'Die restlichen russischen Gruppen müssen bis Ende August 1994 Lettland und Estland verlassen.' Im Baltikum könne sich am ehesten erweisen, daß Weltoffenheit und partnerschaftliche Zusammenarbeit einem Denken in Einflußgebieten und hegemonialen Vorrechten überlegen sei", um schon im Folgesatz dem "Denken in Einflußgebieten" eine Bresche zu schlagen: "Deshalb befürworte ich die konsequente Anbindung der baltischen Staaten an die Europäische Union."(FAZ, 12.2.)

Die Wirklichkeit überbietet die Parodie nur deshalb, weil das Ausmaß neudeutscher Arroganz der Beschreibung spottet. Wenn Leute wie Karsten Voigt und Helmut Kohl sich in der Pose weiden, wonach Moskau in den osteuropäischen Belangen "ein Vetorecht nicht zugestanden werden darf", dann signalisiert dies nichts weniger als die Bereitschaft, die NATO-Erweiterung auch gegen ein "Veto" Moskaus, d.h. auch bei entschiedenster Gegnerschaft der russischen Republik, durchsetzen zu wollen. Derartige Sprüche an die Adresse der zweitgrößten Atommacht lassen ahnen, wie man mit weniger mächtigen Ländern umzuspringen gedenkt, die deutscher Machtentfaltung im Wege stehen.

"Moskau darf ein Vetorecht nicht zugestanden werden" – solch ein Satz wäre vor Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht denkbar gewesen, weil deutsche Außenpolitik dem sowjetischen Veto unterstand. Daß diese Aussage heute nicht nur ausgesprochen, sondern auch volksgemeinschaftlich getragen wird, macht klar, warum dieses Land zu einem Gremium wie dem UN-Sicherheitsrat keinen Zutritt haben darf.

Max Müntzel

Der Berufsnazi und seine Bewunderer

Besprechung eines Werbefilms

Ende 1932, wenige Wochen vor Ende der präfaschistischen Zeit in Deutschland, drehte Fritz Lang "Das Testament des Dr. Mabuse". Der Film läßt die Mabuse-Figur von 1922 wiederauferstehen. Der wahnsinnig gewordene Arzt ist jetzt Insasse einer Psychiatrie, wo er Zettel über Zettel mit detaillierten Plänen für Angriffe auf Industrie- und Eisenbahnanlagen, das Währungssystem etc. vollkritzelt. "Die Menschheit muß in einen Abgrund des Terrors geworfen werden", sagt er an einer Stelle. Seine Notizen, ein komplettes Terror- und Zerstörungsprogramm, werden nachts von dem unter Mabuses hypnotischem Einfluß stehenden Psychiater Baum und seinen Leuten umgesetzt. Am Ende wird Baum von Kriminalkommissar Lohmann, einem blassen, gleichwohl logisch operierenden Beamten, gefaßt.

Wenige Wochen nach der Uraufführung wurde der Film von Goebbels wegen "Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" verboten. 1943, als der ins Exil geschmuggelte Film das New Yorker Kinopublikum erreichte, erläuterte Fritz Lang, er habe mit der furchterregenden Darstellung des sadistischen Psychiaters und seiner Bande eine Allegorie auf den bevorstehenden Nazi-Terror schaffen wollen. "Schlagworte und Doktrinen des Dritten Reichs" seien "den Verbrechern in den Mund gelegt" worden. Ein wenig klingt dies nach Selbstrechtfertigung, zumal Lang von Hitler und Goebbels nach "Metropolis" schon mal als "Reichsfilmorganisator" vorgesehen gewesen war (vgl. BAHAMAS 11). Aber vielleicht spiegelt sich darin auch das ambivalente Verhältnis, das der "Antinazifilmer" Lang zu den Nazis hatte. Einen Großteil an filmästhetischer Raffinesse setzt er nämlich dazu ein, "den charismatischen Bann von Mabuse und Baum zu betonen, (so daß) sein Film eher deren dämonische Unwiderstehlichkeit als die innere Überlegenheit ihrer Gegner spiegelt", wie der Filmkritiker Siegfried Kracauer feststellt: Selbst wenn "das deutsche Durchschnittspublikum die Analogie zwischen einer Bande von Filmverbrechern und der Nazibande begriffen hätte" (was Kracauer "schwer vorstellbar" findet), hätte es "sich nicht sonderlich ermutigt gefühlt, sich gegen die Nazis zu erheben (...) Wie sooft bei Lang triumphiert das Gesetz und glänzt das Gesetzlose." (1)

Während es Lang immerhin gelingt, neben der Faszination für die Verbrecher auch die allgegenwärtige Angst und Verunsicherung spürbar werden zu lassen, die diese verbreiten, entzieht sich der sechzig Jahre später, 1992/93 gedrehte "Dokumentar"film "Beruf Neonazi" der Ambivalenz durch eine einfache Entscheidung: Er stellt die Nazis nur so dar, wie sie selbst gegenwärtig gerne dargestellt werden möchten. Angst und Gewalt, der Naziterror und seine Opfer kommen in dem Film nicht vor. Darstellungstechniken aller möglichen Filmgenres werden zur Selbststilisierung der Nazis Althans und Zündel mobilisiert, denen Kamera- und Regieführung ausschließlich zu Diensten sind. Deshalb ist "Beruf Neonazi" auch kein Dokumentar-, sondern ein Werbefilm. Nur: was erfährt man in einem Waschmittelfilm über Waschmittel?

"Man kriegt als Zuschauer ständig einen Schlag ins Gesicht, wenn man das sieht. Und viele fühlen sich danach elend", sagt Regisseur Winfried Bonengel über seinen Film. Das stimmt – aber nicht, weil man merkt, daß Althans "ein Bösewicht" ist, obwohl er nicht "von vornherein so aussieht"(2). Sondern weil man damit konfrontiert wird, welche subtilen filmischen Mittel Bonengel und sein Team, darunter Kameramann Johann Feindt, benutzen, welchen Propagandaaufwand sie betreiben, um die ZuschauerInnen für die Persönlichkeit dieses Nazis, seine Ideologie, seine Fähigkeiten und Ziele, seine Gefühle und Wünsche ausführlich zu interessieren. "Erst müssen wir bekannt werden, dann müssen wir beliebt werden", sagte Kühnen '82. Der Film leistet gründlich das erste und tut viel für das zweite.

Die Inszenierung des Nazis

Das Gerüst des Films bilden die verschiedenen Aktionsfelder des Nazifunktionärs Althans. Dessen Vielseitigkeit, Mobilität und Zielstrebigkeit versucht der Film durch Temporeichtum und schnelle Schnitte unter Beweis zu stellen. Häufig wird der Ton einer Szene in die nachfolgende hinein "verlängert", kurze Pausen, die dem Publikum eine Distanznahme ermöglichen könnten, werden vermieden. Ausgestattet mit der Glaubwürdigkeit des "linken" Dokumentarfilms (und dessen Wahrheitsanspruch), dementiert er gleichzeitig dessen kritische Mittel. An ihre Stelle tritt die Atemlosigkeit des Reality-TV, das keinen Unterschied zwischen Dokumentar- und Spielfilm mehr kennt: Althans, der Nazi, ist nicht mehr der Gegenstand des Films, sondern sein Protagonist, sein Star.

Der Film beginnt in Kanada, wo Ernst Zündel viel Raum gegeben wird, seinen Antisemitismus auszubreiten, siegesgewiß von seinen Erfolgen und seiner wachsenden Organisation zu berichten und sich selbst als neuen Hitler zu stilisieren. Danach trifft man Althans als Organisator und Begleiter des Revisionisten Irving und anschließend in seinem Münchner Büro und bei der Vorbereitung einer "nationalsozialistischen Stadtrundfahrt". Das Filmteam fährt mit ihm zu seinen Eltern ins Fränkische, dann nach Polen zu einer Versammlung nazistischer deutscher Schlesier und organisiert danach für Althans die Gelegenheit, in der Gaskammer von Auschwitz vor fassungslosen Besuchern und Besucherinnen der Gedenkstätte und laufender Kamera die Shoah zu leugnen. Danach geht es zu einem Treffen von faschistischen Bosnienkämpfern, und zum Schluß wird eine Rede gezeigt, die Althans vor jungen Männern in Cottbus hält. Dazwischen jeweils: Autofahrten, Sequenzen, in denen Althans über Straßen und Plätze geht, Gespräche in Cafés. Dazu meist aus dem Off seine Stimme, die den Kommentar ersetzt, plaudernd über sich selbst und andere: "Ich sehe mich als bewußten Herrenmenschen; es ist meine Aufgabe, zu führen, zu leiten, mich zu kümmern." Oder: "Der Zündel ist ein richtiger Herzensmensch, bescheiden und selbstlos."

Der Film spielt mit einer Vielzahl von Genres: Da werden Interviews geführt (welche mit scheinbar festgesetztem Termin und vorgeblich zufällige), einige Szenen erinnern an TV-Reportagen, weil ihr "dokumentarischer" Charakter durch laute Hintergrundgeräusche und Darstellung der "Zufälligkeit" des Drehs noch unterstrichen wird. Andere Stellen des Films dagegen wirken wie Spielfilmszenen, etwa Althans im Taxi, ein Zusammentreffen mit Faschisten aus verschiedenen Ländern in

der Münchner Innenstadt und ein startendes Flugzeug zur Andeutung des Ortswechsels. Das Team scheint Althans jeweils bei seinem Tagesablauf begleitet und gefilmt zu haben. Aber dieser Schein trügt: Zu sagen, "der Regisseur folge Althans hierhin und dorthin, (...) ist naiv," wie Ingrid Strobl schreibt. "Beim Drehen eines Films ist alles durchdacht und inszeniert. Nur innerhalb des Vorbereiteten, Geplanten ist Spontaneität, ist Überraschendes möglich. Da geht nicht einer, wohin er will, sondern der Regisseur sagt ihm: Du gehst jetzt bitte von da nach dort, und zwar so und so schnell oder langsam. Und das wird nicht einmal, sondern mehrmals gedreht." (3)

Wie absichtsvoll das hier gemacht ist, läßt sich beispielsweise an einer Szene beobachten, in der Althans und einer seiner Kumpane in München einen spanischen Faschisten treffen. Zunächst sieht man einen Platz, auf dem sich verschiedene Passanten die Zeit vertreiben. Nur langsam richtet sich die Aufmerksamkeit auf einen einzelnen Mann, der offenbar auf jemanden wartet. Dann betreten die Nazis von rechts entschlossen die Szene, sofort kommt Bewegung ins Bild, die Kamera folgt Althans und die Kulisse beginnt zu "laufen". Althans und sein Begleiter tragen blaue Anzüge, sie sind gekleidet wie Börsenmakler. Das Sonnenlicht auf dem Stoff, die Szenerie, die sie augenblicklich beherrschen – das macht sie regelrecht zu Lichtgestalten. In der anschließenden Eiscafé-Runde tauscht man sich über den Stand der Zusammenarbeit, aber auch Sympathiebekundungen aus: "Sie sind mir von Herrn Zündel empfohlen worden." Stolzer Blick von Althans zu seinem Begleiter, der erleichtert und berührt zurückguckt: Durch den Schnitt (denn dieser Blickwechsel ist nachträglich so geschnitten worden) soll wie in der Soap-opera ein unwillkürliches Gefühl der Mitempfindung ausgelöst werden.

Die Bemühung um gefühlsmäßige Annäherung, ums Verständlichmachen von Althans' Person, steht auch im Mittelpunkt der Darstellung des Verhältnisses von Althans zu seinem Mentor Zündel. Althans nutzt dieses Interesse zur Darstellung einer idealen Männerfreundschaft: "Wenn der Ernst von der Brücke springen würde, wäre ich der erste, der hinterherspringt", und so weiter. Danach fängt die Kamera seinen Blick zu Zündel ein, der ihm von oben zulächelt (kurzes Innehalten, "berührender" Moment). Zündel: "Er ist ein richtiger Edelgermane – wenn er sich gesund hält, vorsichtig taktiert, kann er für Deutschland eine neue Ordnung schaffen." Das kommt so selbstverständlich und ruhig, so unpathetisch und unwidersprochen daher, daß man sich im weiteren Verlauf nicht mehr wundert, daß der Film nach Kräften versucht, Zündels Einschätzung zu belegen. Man sieht Althans, zwei Köpfe größer, sich aus einer Menge (im Chinesenviertel von Toronto) herausheben: Ruhig und zielbewußt schreitet der Herrenmensch durchs Bild. Man trifft ihn als fremdsprachenbewanderten Kommentator, der die Hintergründe von Irvings Ausweisung erläutert; als überlegenen Organisator seiner Männer in München ("Paßt mal auf, ich sage Euch jetzt mal, wie wir das machen."); als aufsässigen Rebellen gegen die "große Verarschung" in Auschwitz; als Medienarbeiter am Schneidetisch; als unglückliches, aber willenstarkes Kind und mißverstandenen Sohn (in der Szene bei seinen Eltern); schließlich als charismatischen Redner, der durch die Lichtregie (Gegenlicht) noch zusätzlich entrückt wird.

Die Kamera umschmeichelt Althans, sehr oft wird entweder die Totale gewählt oder eine Detailaufnahme seines Gesichts gezeigt; die distanzierende Halbtotale, im Dokfilm sonst üblich, fehlt fast völlig. Auch in den Interviewsequenzen ist die Kamera um die Herstellung von Nähe bemüht. Zwischenfragen werden kaum gestellt, und wenn doch, dann leise und respektvoll. Althans darf stets ausreden und den Gedanken zuende führen: nie wird seine Rede durch den Schnitt unterbrochen. Die Atmosphäre ist freundschaftlich und vertraut. Althans und Bonengel duzen sich. Dem Regisseur geht es darum, zur Schau zu stellen, wie nah er an den Nazi "herangekommen" ist. Einmal fragt er: "Wie geht es dir?", wobei die Kamera sein Gesicht abtastet. Die Gemeinsamkeit der Arbeit, Kameraderie und Faszination fließen hier ineinander und finden einen fast erotischen Ausdruck.

Nähe statt Konfrontation

Daß diese Nähe nicht allein dadurch zustandekommt, daß Bonengel und Feindt der Faszination des Nazis "erliegen", sondern durchaus Produkt einer filmischen und *politischen* Entscheidung ist, dokumentieren zwei der drei Szenen, in denen Althans überhaupt Widerspruch erhält. (Außer in diesen wenigen Szenen werden in dem Film nur Nazis gezeigt.) In der einen kommt Althans zum ersten Mal vor: Man sieht zunächst vom Auto aus, hinter einem Parkplatz und vor einem Gebäude, ein unscheinbares Grüppchen Demonstrierender, auf die die Kamera, die im Auto der Nazis mitfährt, langsam zurollt. Es sind Angehörige NS-verfolgter Serben, die gegen den Revisionisten Irving protestieren wollen. Als dieser kommt, wird sein Auftritt wie der eines Politikers in Erwartung der Presse, Tagesschau-like, inszeniert: eine schnell fahrende Limousine, ein entschlossen aussteigender Mann, auch er in diesem Film größer und mächtiger als bislang sonst in der Öffentlichkeit zu sehen. Die Kamera zeigt kurz sein Gesicht in Nahaufnahme, das Bild ist unruhig, das Erscheinen des Nazis hat etwas "in Bewegung" gebracht. Man sieht dann über Irvings Schulter und durch die Reihen der Jungnazis hindurch die Demonstration, die fast zu verschwinden scheint. Die Hände in die Hüften gestemmt, breitbeinig, stiernackig und gelassen steht der Nazi vor den Angehörigen, ohne es nötig zu haben, etwas zu sagen, und wendet sich dann kopfschüttelnd ab. Vorher umstreift die Kamera sein Gesicht, von unten, das dadurch erhaben wirkt. Anschließend wird eine Serbin interviewt. Sie sagt, vierzig Prozent ihrer Familie seien von den Deutschen umgebracht worden; sie weint. Althans bekundet seine Lust, ihr auf serbisch eine Beleidigung an den Kopf zu werfen. Dies würde er gewöhnlich tun, hier im Ausland aber halte er sich zurück. Danach folgt ein ruhiges, sachbezogenes Interview mit ihm zur weiteren Propagandaarbeit. Insbesondere mit Hilfe von Videofilmen sei es kein Problem, auch in Ländern Anhänger zu finden, in denen Irving nicht auftreten könne. Man werde sich auch durch den "Terror von der anderen Seite, von der Judenseite" (er blickt kurz zur Demonstration hinüber) nicht aufhalten lassen.

Die kurze Interviewpassage mit einem Naziopfer wäre in einem reinen Propagandafilm nicht denkbar. Dennoch ist deutlich, daß Opfer in diesem Film nur deshalb vorkommen, weil Althans ihnen begegnet. Dem Regisseur dient diese Szene dazu, gleich zu Beginn des Films klar zu machen, welche Haltung er zu seinem Protagonisten *nicht* einnehmen wird: die der Opfer und der antifaschistischen DemonstrantInnen. Diese symbolisieren an dieser Stelle einen Antifaschismus, von dessen radikaler Gegnerschaft zu seinem Schützling sich sein Film verabschieden will. Am Schluß der Sequenz sieht man, wie Althans die DemonstrantInnen mit der Videokamera aufnimmt. Die Kamera, die filmt, wie Althans filmt, deutet an, welche Perspektive sie im weiteren Verlauf einnehmen wird.

In der anderen Szene, der Begegnung zwischen Althans und seinen Eltern, wird diese Entscheidung noch einmal bestätigt. Althans kommt aus einem bürgerlichen Elternhaus; insbesondere sein Vater betont, daß er die politischen Positionen seines Sohns strikt ablehnt: Auschwitz dürfe sich niemals wiederholen. Gleichzeitig macht

er deutlich, daß er seinen Sohn, der in dem Gespräch sagt, er sei "immer gegen Gewalt" gewesen, nach wie vor als Teil der Familie betrachtet. Seine Mutter spricht über "Klein-Ewald" als schwieriges, eigenwilliges Kind und bringt ihre heimliche Faszination für das Treiben ihres Sohns mimisch zum Ausdruck.

Die Szene macht mindestens zwei Identifikationsangebote an den Zuschauer: Während die Mutter spricht, verschiebt sich die Kamera in Richtung Sohn, so daß die Mutter am Ende direkt zur Kamera redet. Dies und der künstlich montierte Gesprächsverlauf, der mit Politik beginnt und mit Bildern aus dem Familienalbum endet, lassen Althans als Rebellen gegen die kleinbürgerliche Öde seiner Eltern erscheinen. Andererseits repräsentiert der Vater, der seinen "verlorenen" Sohn nicht verstößt, eine Haltung, die dem radikalen Antifaschismus entgegengesetzt werden soll: der Nazismus wird nicht als politische Bedrohung begriffen, sondern als Rebellion "unserer" Kinder aufgefaßt, die möglichst in die "Volksgemeinschaft" zurückgeholt werden sollen. Am Ende, als das Team wieder im Auto sitzt, sagt Althans: "So, das waren die deutschen Grenzkontrollen." Der Kommentar wird durch den Schnitt erzeugt, denn dieses Bild gehört bereits zur nächsten Sequenz (an der polnischen Grenze). Die Idee, das liberal-aufgeklärte Elternhaus als "deutsche Kontrolle" zu bezeichnen, stammt von den Filmern.

Das Gegenstück zu diesem Identifikationsangebot an die Zuschauer ist die Entrückung, die Heraushebung des "Führers", filmisch realisiert durch eine schräg von unten filmende Kamera (wie sie schon Leni Riefenstahl für ihren Reichsparteitagsfilm einsetzte). In einer Einstellung sieht man Althans als Giganten, auch hier von unten und hinten gefilmt, wie er zwischen Wolkenkratzern einherschreitet. Das ist wohl ironisch gemeint, aber diese Ironie verdeckt nur, daß der Film ansonsten die zwei Seiten der Führerfaszination, Projektion und Überhöhung, geradezu idealtypisch in die Köpfe bringt.

Der Regisseur als Provokateur

Zur Verteidigung des Films ist oft angeführt worden, in der Szene mit dem Amerikaner, der Althans in Auschwitz zur Rede stellt, und in der Irving-Szene kämen ja "die Opfer" zu Wort, Althans würde sich selbst entlarven, er ginge geschlagen aus der Konfrontation hervor. Daß Bonengel, Feindt und ihr Team mit einem Nazi, der ein neuer Heydrich sein möchte, nach Auschwitz gefahren sind, um ihm dort die (aus seiner Sicht) ideale Gelegenheit zu einer monströsen Provokation zu geben: vor laufender Kamera zu behaupten, die Vernichtung habe nicht stattgefunden, und gleichzeitig zu demonstrieren, daß er jederzeit dazu bereit wäre, stellt eine Ungeheuerlichkeit dar. Die Kamera nimmt diesen Moment aus Althans' Perspektive auf. Deutlich kostet sie die "Spannung" aus, der mörderischen Ideologie beizuwohnen. Es muß durchaus befürchtet werden, daß ein deutsches Durchschnittspublikum, das auf Auschwitz für gewöhnlich mit dem Verdrängungsreflex reagiert, sich in dieser Szene auf Althans' Seite schlägt. (4)

Das Problem des Films ist nicht der fehlende kritische Kommentar. Wenn Ophüls oder Lanzmann NS-Täter interviewen, ist kein Kommentar dazu nötig, daß der Schrecken der Tat immer gegenwärtig bleibt. Das Problem sind die "filmischen Mittel", mit denen die Distanz oder Ironisierung angeblich geschaffen werden soll (5): Die werden nämlich ausschließlich dazu eingesetzt, Althans zum Sympathieträger zu machen, seine Gefährlichkeit herunterzuspielen und seine Ideologie lang und breit vorzustellen.

An einer Stelle geht der Film sogar den Weg, mit der Möglichkeit der Auschwitzlüge zu spielen und Wahrheit und Lüge gleichermaßen als Ideologie auszugeben. Die in Auschwitz gefilmten Szenen gehen nahtlos in einen Diavortrag über, den Althans vor seinen Kumpanen in München hält: "Hier seht ihr das Schwimmbad, in dem die Häftlinge baden konnten, im Sommer, wenn es heiß war ..." Man merkt den Übergang von der Wahrheit zur Lüge erst nach einigen Dias, die dann schneller und schneller, fast schon wie ein Film, vor einem ablaufen. Was interessiert denn noch Auschwitz, wenn die Provokation, die Leugnung der Massenvernichtung, viel prickelnder ist? Was interessieren die Opfer, was interessiert die Geschichte, wenn die Gegenwart der "Rebellen" viel faszinierender ist?

Am Schluß des Films wäscht sich Althans in einem weißgekachelten Badezimmer die Hände und geht hinaus; die Kamera verweilt auf der weißen Wand. In einer früheren Szene konnte der Nazi die Schlußsequenz bereits höhnisch kommentieren. Nach dem Diavortag lacht Althans und fragt: "Hat er das jetzt?" lacht wieder: "Damit er was Logisches vor dem Händewaschen hat – Ich seh' das schon, er wäscht seine Hände in Unschuld. Dann kommen erst die toten Negerkinder, die aus dem Asylantenheim getragen werden, und dann ich beim Händewaschen – Althans, der Saubermann aus München – weiße Jeans." Und ernst, fast drohend: "Was ist los? Was du wollen?"

Seine Befürchtung, der Filmemacher könnte dem Film durch Schnitte einen kritischen Gehalt verschaffen, erweist sich als grundlos. Es ist Bonengel, der sich hier die Hände wäscht, nicht sein Protagonist. Die weiße Wand symbolisiert aber nicht die "Unschuld" des Filmemachers, sondern sein Desinteresse an jeder Art von politischem, eingreifendem Film. Die Technik des Nahheranholens, der kommentarlosen, unmittelbaren Konfrontation, wurde in einem linksalternativen Dokfilmermilieu entwickelt (dem sich Bonengel und Feindt zurechnen), um die Betroffenen, Marginalisierten "zur Sprache zu bringen". Für Bonengel besteht diese Zielgruppe seit ein paar Jahren aus Nazis, zuletzt engagierte er sich für Ingo Hasselbach, einen Ex-Nazifunktionär, dessen Ausstieg aus der Naziszene Bonengels Karriere und seine Aussichten auf Filmmittel beförderten.(6) Jetzt hat er einem weiteren "Herrenmenschen" und Antisemiten ein Sprachrohr verschafft, ungleich wirksamer und moderner als Fritz Lang in seinem hilflosen Film von 1933. Über "Das Testament des Dr. Mabuse" resümierte Siegfried Kracauer, was sich auch zu "Beruf Neonazi" abschließend feststellen läßt: "Dieser Antinazifilm verrät die Macht des Nazismus über ein Bewußtsein, das unzulänglich gerüstet war, um seiner eigenartigen Faszination zu widerstehen."

Marc Flens

Anmerkungen:

1) Siegfried Kracauer, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films, in: Schriften, Bd. 2, Frankfurt/M. 1979 (Erstveröff. 1947), S. 263.
2) Bonengel in einem Interview mit der HNA v. 4.12.93
3) konkret 1/94, S. 58
4) In der FR vom 18.2.94 wurde ein vollständiges Protokoll der Auschwitz-Sequenz veröffentlicht. Da die Szenen mehrfach analysiert wurden, gehe ich hier nicht weiter darauf ein.
5) Bonengel in o. g. Interview
6) Film: "Ich war der Führer von Berlin", Buch: "Die Abrechnung – Ein Neonazi steigt aus"

Von B nach A nach B

Der Regisseur, der Nazi, die Debatte

Der umstrittene Film "Beruf:Neonazi", dessen Aufführung unterschiedlich gehandhabt wurde – nirgends wurde ein klares Verbot durchgesetzt – wird jetzt bundesweit als Aufklärungspaket: Film und Diskussion vertrieben. Die Realität sei schlimm, nicht der Film – ist ein Standardargument vieler BefürworterInnen, und Bonengels Portrait des Nationalsozialisten Althans wird als aufklärerisches, wachrüttelndes Ereignis eingestuft.

"Ein außerordentlich wichtiger Film"

Die öffentliche Debatte, die nach dem "Spiegel"-Auftakt vom November '93 einsetzte, drehte sich von Beginn an nicht um die antisemitischen, faschistischen Inhalte des Films (von wenigen Ausnahmen abgesehen) und die Folgen für die Opfer, die Überlebenden und ihre Angehörigen, sondern um das Recht des freien Individuums auf unverfälschte Konfrontation mit der Realität der intelligenten, international organisierten "Neonazis", die zur schockierenden Neuentdeckung hochstilisiert wurde. "Ordentlich und sauber, jung und dynamisch, in Anzug mit Krawatte und Aktenköfferchen" seien sie, "kein kopf- und führerloser Haufen", mitunter wie Althans auch "jung, eloquent, schön" – beängstigend sei "die Selbstgewißheit, die den Nazi-Managern erlaubt, sich derart frei und furchtlos zu präsentieren." Die Tatsache, daß sich neonazistisches Denken und Handeln in den "gehobenen Schichten unserer Gesellschaft etabliert" habe und "bei weitem nicht auf jugendliche Problemgruppen wie etwa Skinheads reduziert" werden könne, könne nicht verdrängt werden (durch ein Verbot des Films). Uns werde ein schonungsloser Spiegel vorgehalten, was zu "Einsichten" verhelfe, "die weh tun"(1).

Selbst die in der FR inzwischen dokumentierte Szene in der Gaskammer von Auschwitz, in der Althans offensiv die "Auschwitzlüge" propagiert, wird mit folgendem Argument gerechtfertigt: sie zeige, "wie wenig gewachsen der durchschnittliche Deutsche der Naziwirklichkeit ist"(2).

Der Film liefere "neue, wichtige Informationen", die man ohne den Film nicht gewußt habe. Ein so direkter Einblick in die gegenwärtige Neonazi-Szene sei in den letzten Jahren nicht geschafft worden. Daß die "Entdeckung des intelligenten Nazis" derart gefeiert wird, läßt direkte Rückschlüsse auf das Faschismusbild der KritikerInnen und ZuschauerInnen zu. Es zeichnet sich durch Nichtbeschäftigung mit gesellschaftlicher Realität und Reproduktion des offiziellen Erklärungsmusters der "jugendlichen, vernachlässigten TäterInnen" aus. Die neue Erkenntnis führt erst recht dazu, daß man so einen wie Althans schon gar nicht aufgeben kann. Da die Nazis nun mal "da" sind, "müssen wir die Leute kennenlernen, wie sie sind" (H. E. Richter). "Wir werden lange mit ihnen leben müssen"(3), und schließlich gehören auch sie zur deutschen Großfamilie. Ein Kommentator schlägt den unvermeidlichen Bogen zur RAF und meint, aus den meisten der ehemaligen Kämpfer seien doch auch "ganz vernünftige Zeitgenossen" geworden(4).

In der zugespitzten Debatte, von Michael Bergmann (Filmregisseur und Drehbuchautor) treffend als "Verletzung der Menschenrechte kontra Freiheit der Kunst" bezeichnet, wird als Hauptverantwortlicher für alles, was man schon wieder nicht gewußt haben will, der Antifaschismus ausgemacht. Der "routinierte Antifaschismus in Ost und West", "der sich den Faschisten als Monströsität denkt, als glatzköpfiges Raubtier, und ihn dadurch verharmlost." Tabuisierung war nicht nur erfolglos, sondern hat das Gegenteil bewirkt: Sie "verschafft den Rechten eine attraktive Robin-Hood-Aura."(4) Als mündiger Bürger brauche man diesen Antifaschismus nicht mehr, denn wie der Film zeige, entlarve Althans mit seinen provozierenden Äußerungen – "geschichtsverfälschend, rassistisch, antisemitisch" – sich selbst. Nämlich "Zynismus, Skrupellosigkeit, Machtbesessenheit", in Wirklichkeit seien solche Kerle: "widerlich, anmaßend, selbstherrlich, arrogant"(5). Viele Beschreibungen von Althans bedienen sich des Vokabulars der Selbsterfahrungs- und Therapiegesellschaft. Daß es bei ihm nichts zu entlarven gibt, da er nichts verbirgt, stoppt nicht die individualpsychologischen Bemühungen. Im Gegenteil, sie werden herausgefordert.

Das Sammelsurium an den Film verteidigenden Argumenten ist groß. Weil er nicht perfekt sei oder gar "verunglückt", fordere er zu Stellungnahmen heraus. Weil der Filmemacher, berauscht von seiner eigenen Entdeckung, seine Manipulierbarkeit und Verführbarkeit durch Althans vorführe, sei der zutiefst schockierende Effekt besonders aufklärerisch. Weil im Fernsehen nichts Besseres angeboten würde ... Die inhaltliche Nullnummer ließe sich beliebig weiter ausbreiten.

Kann sein, daß er eine "verderbliche Sogwirkung" auf den ein oder anderen Zuschauer ausübt; der mündige Bürger muß diesen "sehr bedeutsamen Beitrag zur Bekämpfung des Neonazismus" trotzdem sehen dürfen.

Als scheinbar stärkstes Pro-Argument wird fast überall ins Feld geführt, daß die Realität der Neonazis das eigentlich Brisante sei. "Nicht der Film ist der Tabubruch, sondern die Situation, in der er existiert." Das führt uns zum Finale: Da der Film jede Menge "justitiables Material" gegen Althans und Co. liefere, sei die Möglichkeit gekommen, ihn endlich zu verurteilen. So einen cleveren Coup hat vor Bonengel noch keiner geschafft. "Herr Staatsanwalt, übernehmen Sie – und zwar mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten." (Mitgliederzeitung der IG Medien 1/94)

Tabubruch von links

Seit Ende der 80er Jahre wird dieses Mittel von Linken oder ehemaligen Linken auch bei der Thematik des NS eingesetzt. Thomas Kapielski markierte in der Taz-Westberlin am 17.10.88 – mit seiner Beschreibung einer Berliner Disco als "gaskammervoll" – den Auftakt in der Linken, mit diesem "sensiblen Thema" mal anders umzugehen. Wiglaf Droste setzte wenig später nach mit dem "klaren Fall von Euternasie", einer Taz-Replik auf ein Gespräch Alice Schwarzer's mit Domenica. Es galt als chic, gegen antifaschistische Moral und Grundsätze zu verstoßen. Das Interview mit Schönhuber, das im Mai 1992 nach den Wahlerfolgen der Rechten

in Baden-Württemberg und Bremen von H. M. Broder in der Taz geführt wurde, war den meisten kaum noch ein Achselzucken wert und rückte die alte Debatte darum, Faschisten in linken Medien kein Forum zu bieten, in unerreichbare Ferne. Die Taz erklärte die rechten Siege zum festen Bestandteil der bundesdeutschen Demokratie.

Die Begründungen der Tabubrecher für ihre Vorgehensweise folgen immer den gleichen Stereotypen:
1. Sie wollen durch das Dargestellte schockieren, um Vorurteile aufzubrechen, wachzurütteln und Denkanstöße zu geben.
2. Sie seien – wie die Angriffe zeigten – die eigentlichen Realisten, die unbequeme Wahrheiten zeigten, die der Großteil der Gesellschaft verdränge oder ignoriere. Die Wirklichkeit sei das Erschreckende, nicht das Zeigen derselben. Wer sich dem nicht stelle, bestrafe den Boten für die Botschaft und wolle in Wirklichkeit nichts verändern.
3. Das, was die "Dokumentationen" der tatsächlichen Wirklichkeit bei ihrem Publikum anrichten, liege nicht in ihrem Zugriffsbereich. Sie seien dafür nicht verantwortlich zu machen, da das mündige Publikum selbst entscheide und nicht reglementiert werden sollte. Im freien Wettstreit des Pro und Contra finde eine gesellschaftliche Diskussion statt, die allen nur nützen könne, die eine freie Gesellschaft wollten.

Das Mittel des Tabubruchs dient erklärtermaßen dazu, "linke Tabus" zu brechen mit der Emphase der rebellierenden Aufklärer. Floskeln wie: Denkzwänge aufknacken, neues Denken erst ermöglichen, festgefahrene Bedeutungen und Bahnen verlassen, die Hemmnisse der Moral abwerfen – als müsse man sich von einem unerträglich einschränkenden Druck befreien –, charakterisieren die Strategie. Wie sehr sich die faschistischen "Rebellen" mit dieser Vorgehensweise ihre Bedeutung in der Gesellschaft erkämpft haben und wie parallel das Vorgehen letztendlich ist, ist täglich zu analysieren und zu fürchten. Der Gestus des Entlarvens hat beim integrationswilligen ex-linken Publikum die Sympathie auf seiner Seite, da er sich mit dem Flair des Ungewöhnlichen, sich nicht an (linken) Konventionen Orientierenden umgibt. Daß diese Strategie die Legitimation dafür schafft, sich am mainstream zu orientieren und sich nur allzu gerne endlich darin einzuordnen, macht ihren Erfolg im Wesentlichen aus. Die ehemals schicke Pose ist zur Standortbestimmung in der Gesellschaft geworden, was sie eigentlich schon immer war.

Kultivierter Zynismus (in dem sich die VertreterInnen des enttäuschten Bürgertums als die Opfer darstellen, die an den Verhältnissen leiden) und individuelle Provokation um jeden Preis (den die Akteure ja nicht zu bezahlen haben) bestimmen das Vorgehen. Eine kaum verdeckte Faszination für das faschistische Sujet wird damit immer mittransportiert, und das Ausreizen bis an die Grenze des juristisch Erlaubten gehört zum Programm. Die (anti-)pädagogische Verkaufsstrategie des Tabubruch-Produkts genügt, um ihm Seriosität zu verleihen und reaktionäre Inhalte unkommentiert (da authentisch) und viel beklatscht verbreiten zu können.

Aktuellster Anlaß zur garantiert tabufreien Selbstdarstellung für Droste (in Aktionseinheit mit Shooting Star Schlingensief) war ein deutsches Happening in der Volksbühne in Berlin, Motto: "Endlich! 'Beruf Neonazi' kommentiert!". Im brechend vollen Saal amüsierten sich die "aufgeklärten" Fans über den laufenden Film. Der Aufforderung "zum einverständigen Lachen über die ach so lächerlichen Ängste vor seiner Mißverständlichkeit" wurde begeistert gefolgt, "als handele es sich um einen besonders lustig-trashigen Real-Life-Serial-Killer-Streifen" (6).

Die Ergebnisse des "linken Tabubruchs" in Bezug auf den NS liegen im gesamtgesellschaftlichen Trend. Aus dem Zusammenhang gerissene Begriffe dienen als Zeitgeist-Accessoires, die Vergangenheit dürfe nicht bis heute deren Gebrauch "diktieren". Das Individuum hat das Recht auf die freie Vernutzung der Geschichte für die eigenen Zwecke. Vom Diktat der linken Dauernörgler, der ewig mahnenden Juden und der Moralisten befreit, lassen sich Schlußstrich-Bedürfnisse, Sehnsucht nach "Normalität" und Entlastungsstrategien ungehemmter realisieren. Alles kann – ohne die Einschränkung der Moral – für alles genutzt werden. Why not, anything goes.

Durch den Mechanismus des "Tabubruchs" wird das Verdrängte freigesetzt. Kapielskis "gaskammervolle" Disco erzeugte auch damals die Vorstellung, dem Tätervolk zuzugehören; sich das Morden, Vernichten aus der Position des Unberührten vorstellen zu können, der damit "spielt", die "Freiheit" dazu hat. Getarnt als nicht so ernst gemeinter "Scherz", stellt er eine Kumpanei mit Nazis auf Witzebene her und nimmt die "SS-Perspektive" ein. Althans und Bonengel als positiv besetzte Tabubrecher wahrzunehmen, bedeutet, an der Faszination des Autoritär-Rebellischen am Nationalsozialismus teilzuhaben.

Das allgegenwärtige Reden über die Täter macht die Opfer zu Phantomen, die nie existiert haben. Nicht für die Opfer des Nationalsozialismus wird Emphatie ent-

Staatlich geprüfter Propagandafilm

Der aktuelle Stand ist bekannt: "Beruf:Neonazi" wird in überwiegend alternativen Programmkinos mit Diskussion und kommentierendem Vorspann gezeigt, Spiegel-TV sendete ihn 30 Minuten "rein in die Wohnzimmer".

Seit Mitte Juli 1993 lief und läuft der Film in Kinos in Berlin, Rostock, Erfurt, Kassel, Schwerin und auf Filmfestivals in Potsdam, Leipzig, Duisburg, Nyon und Wien. Er lief unbeanstandet vor Lehrern und verschiedenen Kontrollgremien, nachdem die vier Jurys der Kulturministerien der Länder Hessen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg – "jedem Rechtsextremismus abhold" – ihn wegen seiner "aufklärerischen Tendenz" für wichtig befanden.

Erst der Spiegel-Artikel (15.11.), der "Beruf:Neonazi" als mit Steuermitteln finanzierten Progagandafilm für Rechtsradikale bezeichnete, brachte den juristischen Countdown. Auf die Strafanzeige des Zentralrats der Juden in Deutschland gegen den Filmproduzenten, die Filmfirma, den Filmverleih und Althans hin – "In diesem Film wird die Auschwitzlüge unwidersprochen verbreitet und der Nationalsozialismus verherrlicht sowie Nazipropaganda betrieben."(Zeit 3.12.) – wird die Staatsanwaltschaft beim OLG Frankfurt aktiv. Die Straftatbestände Verbreitung von Nazipropaganda, Verwendung von Nazi-Kennzeichen, Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener führen dazu, daß der Film nur im Rahmen einer Podiumsdiskussion und mit "eindeutiger Kommentierung" versehen in Hessen gezeigt werden darf.

Dort bildet sich eine Allparteien-Koalition mit der Forderung nach Verhinderung der Verbreitung des Films in unkommentierter Form, da er die "erwartete kritische Aufarbeitung des Neofaschismus nicht eingelöst" habe. Und die vier KulturministerInnen ziehen wenig später nach. Kein Verbot, kommentierte Fassung und selbstverständlich: "Wir bekräftigen: Eine Zensur findet nicht statt." Hessen will

Fortsetzung nächste Seite

sein Geld zurück (50.000 DM), und die Grünen im Hessischen Landtag gestalten eine eigene kommentierte Fassung mit. Brandenburg stoppt die Verleihförderung, und seine Kulturministerin hinterfragt ganz betroffen die Prinzipien der bisherigen Filmförderung.

Ostfilm und Unidoc, der ehemals DKP-nahe Filmverleih, erklären, statt einer lebendigen Kontroverse werde von Seiten der Politiker mit Verbotsdrohungen und Verhinderungsmaßnahmen reagiert. "Gerade sensibilisiert durch unsere jahrelangen Erfahrungen in der DDR, finden wir diesen Vorgang, initiiert durch den Hessischen Landtag, ungeheuerlich (...) In einer freiheitlichen Gesellschaft, wie wir uns die Bundesrepublik Deutschland wünschen, fordern wir eine breite öffentliche Diskussion zu diesem Film und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen."

Die obige Vorgehensweise des Staates steht nur in scheinbarem Widerspruch zum juristischen Streit um ein Verbot des Films. Die Gerichtsentscheidung, die sich durchsetzte, zeigt im Gegenteil deutlich die staatliche Argumentationslinie: Der Film sei kein unkritisches Propagandawerk, sondern eine "kritisch realistische Darstellung aktueller neonazistischer Bestrebungen". Er wirke objektiv "rational aufklärerisch", und Althans sei ein Demonstrationsobjekt für Aufklärungszwecke. Der Film sei nicht strafrechtlich verfolgbar, also nicht zu verbieten (Berlin, Dresden). Somit erhält der Propagandafilm das staatliche Gütesiegel "demokratisch geprüft" und für verantwortbar befunden – eine Promotion der neudeutschen Art. Der letzte Stand: gegen Althans wird nichts unternommen. Die angezeigten Straftatbestände werden offiziell nicht weiter verfolgt.

Mit diesem Vorgehen profilieren sich Justiz und Staat als wachsame Hüter der Demokratie. Er festigt sein Definitionsmonopol über die "Gefährlichkeit" nazistischer Personen und Handlungen. Per Autorität wird die Debatte beendet und als Signal Richtung Ausland das Image aufrechterhalten: wir haben rechtzeitig reagiert und juristisch alles Rechtstaatliche getan, was demokratisch verantwort-

Fortsetzung nächste Seite

wickelt, sondern Mitleid und Verständnis für deren Mörder und die heutigen Täter. Damals nicht, nach 1945 nicht und auch jetzt nicht.

Tätervolk, Täterperspektive

Die deutschen Linken und Linksliberalen entdecken die "Auseinandersetzung" mit den Tätern und den Propagandisten des NS als Therapieansatz für dieselben, für die Gesellschaft und für sich selbst. Die Versuche Dan Diners und anderer, dieses spezielle Verhältnis zur NS-Vergangenheit und zu den Folgen bis in die Gegenwart hinein zu analysieren und die Problematik der "Täterperspektive" in der linken Öffentlichkeit zu verankern, werden zurückgedrängt und eben diese Täterperspektive wieder in Besitz genommen, offensiv um diesen Platz gekämpft. Wer die "Auschwitz-Szene" des Films als heilsamen Schock verkauft, die "Auschwitz-Lüge" als Aufwachprogramm für DemokratInnen, der instrumentalisiert Auschwitz als Therapieansatz für die Deutschen, für sich selbst. Johann Feindt, der Kameramann: "Wir wollten es drauf ankommen lassen, mal sehen, was passiert."(7) Man darf gespannt darauf sein, was tätertherapeutisch in Auschwitz passiert. Die unartikulierte Konsequenz, daß die Juden, als Opfer, Überlebende, Therapeuten, "Täter" in einem für die Folgen der "Herrenmenschen-Symptome" zu funktionieren haben, ist direkt damit verbunden.

Dieser gesellschaftstherapeutische Ansatz ist aktuell: Die Täter von Rostock und ihre Fans fahren in die Türkei, organisierte Nazis auf Staatskosten mit ausdrücklicher Unterstützung der Ausländerbeauftragten nach Israel. Die potentiellen Opfer sollen in der direkten Konfrontation zur Heilung der Täter beitragen. Vernichtungsexperte Fred Leuchter – prominenter Vertreter der "Auschwitz-Lüge" in der Talkshow von M. Schreinemakers – hätte die Widerstandskräfte der ZuschauerInnen gewiß gestärkt, wäre er nicht durch den Staatsanwalt daran gehindert worden. Die "grenzüberschreitende Betroffenheit" meint nur sich selbst und erlaubt endlich die Identifikation mit den "bewußten Herrenmenschen, zum Führen geboren"(8).

Als anderer immanenter Bestandteil der Täterperspektive kommt alte Scheiße zu neuen Ehren. Das Zeigen der "Auschwitz-Szene" wird folgendermaßen gerechtfertigt: Wenn die Deutschen gewußt hätten, was Hitler und die Nazis so planten und durchführten – wenn sie von den Vernichtungslagern gewußt hätten – wäre alles nicht "passiert". Der nichtsahnende, verführte Deutsche und Hitlers Geisterbahn sind heute wieder aktuell, da kommt einem Jenningers vielgeschmähtes "Faszinosum" von 1988 richtig aufrichtig vor. Konsequent und selbstbewußt wird öffentlich von Althans vertreten, was die faszinierten ZuschauerInnen selbst beschäftigt und was sie bisher nicht zuzugeben wagten. Die Militanz der VerteidigerInnen des Films deutet auf die dahinterliegende starke Dynamik dieses Bekennertums. Ja, auch ich habe den Hitler in mir. Irgendwie ist Althans doch einer wie wir. Die Absetzung von "Ausrutschern" in der Gaskammer, die gleich mit der verhaltensgestörten Seele entschuldigt werden, erleichtert die eigene Rechtfertigung für die Duldung der oder die Teilnahme an der Rechtsentwicklung.

Der gesellschaftlich belohnte, karriereträchtige Aufräumtrend in der Pose des Rebellen von links hat ein neues Thema: Antifaschismus. Selbstverständlich dessen Scheitern, dessen Unmöglichkeit, das Diktat desselben, aus dem es sich zu befreien gilt und das das Erstarken der Rechten erst ermöglicht habe. Diese bröckelige Barriere muß folgerichtig eingerissen werden. Die rechte Strategie des Anti-Anti-Faschismus trifft sich hier mit der Abrechnung der Linken und Liberalen mit ihrer jeweiligen Vergangenheit und mit dem Rest der Gesellschaft, für den der Antifaschismus ein seit Jahren abzuschaffendes Relikt früherer Epochen ist.

Linke und Zensur

"Freiheit der Kunst in Gefahr", "linke Repression", "Links und Rechts in der Moral-Einheitsfront", "Stalinismus", "Zensur".

"Die Intoleranz dem Vieldeutigen gegenüber ist Indikator für faschistische Tendenzen", wird D. Kuhlbrodt (prominenter Hamburger Filmkritiker und Staatsanwalt) nicht müde zu betonen. Er ist der schärfste Kritiker eines Filmverbots, das er immer mit Zensur in eins setzt. Von denen, "die aus elitärem Dünkel oder politischem Kalkül mit der Verbotskampagne an der großen Rechtswende arbeiten", von dieser "Koalition der Besserwisser" lasse er sich nichts vorschreiben. (9) Viele stimmen ein: "wohlmeinende volkspädagogische Bemühungen braver Deutscher", "von aller Sachkenntnis ungetrübt und mit moralischem Tremolo vorgetragen"(10), offenbarten nur die Beschränktheit der eigenen Weltsicht und unterstellten die Manipulierbarkeit anderer. "Wer von der Anfälligkeit anderer spricht, meint die eigene." Wer damit gemeint ist, wird schnell klar: die Linken und die Linksliberalen. Sie hätten,

"im Brustton derer, die sich stets auf der richtigen Seite wähnen, (...) unter der ausgefransten Kriegsflagge eines hilflosen Antifaschismus", "der nur mit der Wirkungsweise Pawlowscher Reflexe zu erklären ist", eine "fatale Situation" herbeigeführt. "Nährboden solcher Verwirrung ist ein gebetsmühlenhafter Verbal-Antifaschismus, der in Ost und West über Jahrzehnte gewachsen ist und mit einer tiefsitzenden Bilder-Phobie einhergeht (...) Eine arrogante Volkserzieher-Mentalität, die stets das Volk vor seiner eigenen Dummheit beschützen zu müssen glaubt, ruft erschrocken nach dem Kommentar." Der "antifaschistische Normalverbraucher" wolle die Abgründe nicht wahrnehmen, die sich mit der Realität Althans öffneten. Und Tataa! Schon 1933 hat die "orthodoxe Linke" die Augen "vor der ästhetischen und emotionalen Verführungskraft des NS" zugekniffen und damit die Niederlage der Demokratie herbeigeführt(11).

AntifaschistInnen, die die Aufführung des Films in Hamburg verhindern wollten, wurden als "Rot-Nazis" beschimpft, die "Methoden der SA und der SS" anwenden würden. Sie werden von legitimerweise Protestierenden zu TäterInnen umgelogen, indem man sie als "Faschisten" denunziert (Heiner Geißler läßt grüßen!). Der Programmacher des kommunalen Metropolis-Kinos rief die ZuschauerInnen zur Gründung einer Bürgerwehr auf, um den Film öffentlich zu zeigen. Und auch im Münchner Werkstattkino "schieben Münchner Kulturschaffende symbolisch Wache" und garantieren so den prickelnden Konsum des Werbefilms ("Get to know your enemy!")(12). Auch werden die Protestaktionen mit den Maßnahmen einer staatlichen Zensurbehörde verglichen. Dadurch erfahren die Angegriffenen eine starke Aufwertung ihrer selbst und ihrer Arbeit. Der Widerstand gegen ihr Produkt bestätigt sie in ihrer Selbstwahrnehmung als "unbequemer Geist". Die Herstellung der Verbindung von der Unterdrückung oder Einschränkung von "freien" Künstlern durch "totalitäre Gruppen" produziert die Assoziation von Dissidenten, von mutigen Freiheitskämpfern.

Eine Standardreaktion auch aus der Restlinken – Ihr wollt mir verbieten, mir ein eigenes Bild zu machen! – ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Der Verlust an Kriterien zur Beurteilung dieses Films und der gesellschaftlichen Situation, die Absage an die Entwicklung derselben tritt eklatant zu Tage; das bringt mit sich, daß der ausschließliche Rückzug auf die Position des deutschen Staatsbürgers, der seine Rechte verteidigt, übrigbleibt. Diesen Zwischenschritt auf dem Weg zur Verteidigung der deutschen Demokratie und der daraus ableitbaren eigenen Privilegien haben auch viele Linke vollzogen. In dieser Konsequenz der Argumentation ist jeder Nazi-Film erlaubt und muß für den eigenen Konsum jederzeit verfügbar sein.

"Beruf: Neonazi" hat zudem den Bonus, daß er aus der Linken kommt. Der Kameramann zählt sich zur linksalternativen Dok-Filmer-Szene, Bonengel verkauft sich als "auf der anderen Seite stehend". Dieses Exemplar neuer linksliberaler Nachdenklichkeit wird gerade von ehemals linker Seite in Schutz genommen. Wenn es ein "richtiger" – von Nazis produzierter – Nazifilm wäre, ginge das nicht so ungebrochen, aber so muß das linke Produkt gegen den linken Protest verteidigt werden. Beginnend mit dem Vorwurf der linken Zensur, gipfelnd darin, die Schuld am Verkauf des Films ans Fernsehen den KritikerInnen zuzuschieben, wird die linke Akzeptanz für die Ausstrahlung und weitere Verbreitung hergestellt. Diese komplette Verkehrung der Perspektive dokumentiert den Bankrott und gehört zum bittersten Teil der Entwicklung.

Freie Fahrt für freie Bürger

"Wenn Intoleranz von Rechts auf Intoleranz von Links stößt, und dies in Deutschland, dann gute Nacht Demokratie." (13) Deren Zustand ist allen ein Anliegen, und die Frage nach der "Infektionsgefahr" wird häufig gestellt. Immer wieder tauchen medizinische Begriffe auf wie Virus, Immunität, Abwehr, Selbstheilungskräfte der Gesellschaft. Die bedrohte "Kranke" mit brüchigem Selbstverständnis muß gerettet werden. Denn wo kämen wir hin, "wenn ein Film über einen Nazi erster Anlaß ist, die nach 1945 erworbenen Freiheiten (z.B. Zensurverbot, Kunst- und Informationsfreiheit) über Bord zu werfen." Was wäre diese Demokratie ohne ihre mündigen BürgerInnen mit ihrer "eigenen Meinung". Die sollen nun durch ein mögliches Verbot des Films "zu Grabe getragen werden". Was sollen die ZuschauerInnen eigentlich so mündig beurteilen? Daß "Faschismus vieldeutig" sei? Daß es Auschwitz wirklich gegeben hat?

Das Phantom des "mündigen Zuschauers", abgeleitet aus dem "mündigen Bürger", stellt die schärfste Waffe in der Auseinandersetzung mit den KritikerInnen dar. Ein gerüttelt Maß an Humanismus und Kritikfähigkeit in der Betrachtung der Geschichte und Gegenwart zeichne den Großteil der BundesbürgerInnen aus und befähige sie, sich mit Filmen wie diesem auseinanderzusetzen. Wer ihnen diese Fähigkeit abspricht, ... bar ist. Und wir haben auf "unsere jüdischen Mitbürger" gehört.

Linke KritikerInnen eines Verbots haben wiederholt problematisiert, daß das staatliche Vorgehen "gegen den Film und nicht gegen die Realität" eine Alibifunktion habe – derselbe Staat, der im Laufschritt geschichtsrevisionistische Entscheidungen fällt und durchzieht, zeige sich als wachsamer Antifaschist. Daß staatliche Institutionen, daß die Justiz Träger und Veranstalter von institutionellem Rassismus und Antisemitismus sind bis hin zur aktiven Förderung von Pogromen – wie in Rostock geschehen – ist offensichtlich. Auch ihre Rolle in der aktiven Unterstützung und direkten Beteiligung am Aufbau faschistischer Strukturen wird nicht thematisiert, obwohl der knallige Wechsel von der aktiven Förderung des Films durch die vier beteiligten Länder hin zum abrupten Pseudo-Verbot, nachdem er nur mit "Einschränkungen" aufgeführt werden darf, solche Fragen geradezu aufwirft.

Die letztgenannten Aspekte, die von liberalen KritikerInnen ausgeblendet werden, wenn ein staatliches Filmverbot gefordert wird, sprechen entschieden gegen einen Kampf, der zum Ziel hat, Illusionen zu verbreiten. Den staatlichen Vorstößen, seine autoritären Strukturen zu festigen und die Situation zum Angriff auf die Filmförderung auszunützen, ist klar entgegenzutreten. Doch bedeutet das keineswegs, sich in der Rolle des besseren, verantwortungsbewußten Deutschen für eine Zulassung des Films einzusetzen, schon gar nicht mit dem Argument, er erledige den eigentlich staatlichen Job und liefere Althans einer Verurteilung aus. Wird dieses Ziel verfolgt, sind eigene Aktivitäten gegen den Film und gegen Althans und die Unterstützung von Bubis' Vorgehen adäquat.

Althans wurde erst im Frühjahr 1993 vom Münchner Amtsgericht vom Vorwurf der Verbreitung der "Auschwitzlüge" mit der Begründung freigesprochen, daß "zulässige Zweifel" erlaubt seien.

higkeiten abspreche, entlarve nur sich selbst: Er sei elitär, arrogant, stelle sich der Schockwirkung der Realität nicht. Er unterschätze die anderen und dämonisiere die Wirkung von Bildern und daraus ableitbaren Handlungen und Einstellungsänderungen. Das klarste Statement zu dieser Frage hat Ignatz Bubis bisher abgegeben. Auf die Frage, ob der Film nur gefährlich sei, wenn er in die falschen Hände geriete, antwortete er: "Er ist doch in die falschen Hände geraten: Er wird der Öffentlichkeit vorgeführt." Die Zahl der unkritischen Leute läge wohl nur bei einigen Prozent, so der Interviewer. Bubis: "Ich fürchte es sind mehr. Viel mehr."(14)

Die Behauptung der Existenz des "mündigen Zuschauers" steht für die Entgegensetzung der Zeit des NS mit den "demokratischen Lernerfolgen" seit 1945. Die gefestigte demokratische Basis der deutschen Gesellschaft zeigt sich der "Belastungsprobe" durch den Nazismus gewachsen. Der Bürger braucht nicht mehr mit Moral, mit geschichtlichem Wissen diszipliniert zu werden, er hat seine eigenen Standpunkte und trägt sie im demokratischen Wettstreit aus. Darüber werden "neue" Debatten überhaupt erst möglich, wie z.B. die jetzt intendierte: "Auschwitzlüge – Chancen und Risiken für unseren Rechtsstaat". Nach dem Motto: Mal sehen, wer sich durchsetzt.

Das Bild der geläuterten Zivilgesellschaft, die an den Rändern durch einige rechtsextremistische Außenseiter herausgefordert wird, ist die zentrale Denkfigur im Umgang mit dem zunehmend deutlicher werdenden Neo-Faschismus. Daß die Entwicklung ein Produkt eben dieser bürgerlichen Gesellschaft ist und keine extraterrestrische Randerscheinung, wird ausgeblendet. Sonst ließe sich die Annahme der neuen, "unbelasteteren" Chance, sich "normal" der Geschichte zu stellen, nicht aufrechterhalten.

Nazis als Medienereignis

Spätestens seit dem Pogrom in Rostock im August 1992 werden haufenweise Fernsehfilme über die Täter produziert; Nazis lassen sich in den Medien top verkaufen. Hasselbach, der Nazi-"Aussteiger"-Promi, erzählt, wie er "manchmal zur besten Sendezeit eine Viertelstunde unkommentiert reden" konnte. Der Zulauf danach sei "gewaltig" gewesen. Außerdem habe er "ausgesprochen gut" von den Journalisten gelebt, und selbst für das Anschaffen von Computern und zum Herstellen von Propagandamaterial habe es gereicht(15). Er verschaffte Bonengel den Durchbruch zum Fachmann für "Nazi-Aussteiger-Fragen". Beide sind ein Medienereignis, und nun ist Althans das nächste.

Alle sind sie fasziniert von der Täterperspektive. Die Folgen dieses Denkens und Handelns werden nicht gezeigt, die Opfer des NS und die Opfer der heutigen Nazis kommen einfach nicht vor oder nicht zu Wort.

Die Strategie der Neuen Rechten, die Medien für sich zu öffnen, indem Linke und Ex-Linke die Funktion des "Türöffners" übernehmen, was sie eifrig und freiwillig tun, ist aufgegangen. Und die meisten Ex-Linken denken immer noch, daß jeder Film über Nazis an sich schon ein großes Verdienst sei. In den Medien werden die Nazis hofiert, sie sind die eigentlichen Experten. Jede Talkshow nützt ihrer Aufwertung und wird durch sie aufgewertet. Diskussionen mit Nazis zu führen, ist sinnlos, und ihnen Redefreiheit zu gewähren, schlicht dumm. Jede Berichterstattung, auch die negativste, fördere die Verbreitung der Ideologie, so Michael Kühnen. Durch "Beruf:Neonazi" werden erneut Althans, Zündel, Irving und die "Auschwitz-Lüge" in den öffentlichen Diskurs eingeführt. Die straffreie Propaganda ist gelungen, die Idee des "orthodoxen Nationalsozialismus" wird mit staatlicher Erlaubnis verbreitet. Die wenigen KritikerInnen, die für ein Verbot eingetreten sind, sind an den Rand gedrängt.

Dieses Verbot ist notwendig für einen Film, in dem auf Versammlungen, in Publikationen und in direkter Agitation an den Stätten ihrer Vernichtung die Opfer der Shoah von Neonazis und Altnazis straflos verhöhnt und beleidigt werden. Die Gratiswerbung für Antisemitismus, Rassismus und scharfen Revanchismus ist für den öffentlichen Raum als Kinofilm konzipiert worden. Die heutige mörderische Realität unter Bezug auf die Geschichte erfordert eine klare Parteinahme. Um so mehr in einer Atmosphäre, wo darüber rumspekuliert wird, ob ein Film zurecht als antisemitisch bezeichnet werden kann, in dessen Zentrum die "Auschwitz-Lüge" in verschiedenen Varianten steht.

Die, die so vehement gegen ein Verbot eintreten, propagieren in der Konsequenz die Bekämpfung des Faschismus durch einen antisemitischen, rassistischen Film. Wenn Propaganda und Aufklärungsabsicht zusammenfallen, ist die Absage an eine Möglichkeit der rationalen Analyse faschistischer Entwicklungen, die Absage an Opposition und die Absage an den Schutz der "Betroffenen" komplett. Der eigene Informationsgewinn, die Selbsterfahrung stehen im Mittelpunkt ohne Gedanken an die Auswirkungen, ohne Rücksicht auf die Opfer. Diese Haltung macht im Film und bei den Filmemachern selbst vor Auschwitz nicht halt.

ZF

Anmerkungen:

1) Süddt.Ztg. 29.11.93, Tagesspiegel 23.6.93, B. Hofmann, Kasseler Dokufilm- und Videofest
2) Süddt.Ztg. 29.11.93
3) H. E. Richter in: MDR-Talkshow "Espresso", 26.11.93; TSP. 23.6.93
4) TSP. 23.6.93
5) B. Hoffmann s.o.
6) Detlef Kuhlbrodt, in: Taz 8.2.94
7) Taz 18.11.93
8) HAZ 9.12.93
9) Szene Hamburg, 1/94
10) FR 27.11.93
11) Freitag 17.12.93
12) Spiegel, Nr.5, 31.1.94; "die beute", Februar 94
13) Trevor Peters in: Taz 4.12.93
14) Mopo 2.12.93
15) aus: HR, 13.1.94, in: Lokalberichte Hamburg, Nr. 4, 17.2.94

Weitere Materialien im K-Büro erhältlich!

Neue Proletarität?

Kritik an Karl Heinz Roths Perspektive für die Linke

Karl Heinz Roth gehörte zu den wenigen Linken, die bereits 1990 Euphorie und Aufschwung nach der DDR-Annexion für ein kurzzeitiges Phänomen gehalten haben. Auch die BRD-Ökonomie werde in eine tiefe Krise geraten, die die bisherigen Beschäftigungs- und Sozialstrukturen umfassend verändere. Zugleich sagte er im September 1990 in nicht allzu ferner Zeit *"soziale Massenkämpfe"* voraus, *"die sich mit den Repressionsinstrumenten einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie allein nicht unter Kontrolle halten lassen"* (1).

Ein Vierteljahr später verwies er darauf, *"daß der große Triumph der Annexionseliten nicht lange anhalten wird"*. Erstmals sprach er davon, daß *"die deregulierte Form der Kapitalverhältnisse die Rekonstruktion des Proletariats ... auf die Tagesordnung setzt"* (2).

Diese *"Wiederkehr der Proletarität"* war auch das Thema eines in der Linken viel beachteten Referats von Karl Heinz Roth auf dem "Konkret"-Kongreß 1993 (3), das nach seinem Verständnis und dem vieler seiner Mitdiskutanten Auftakt für eine neue linke Sammlungsbewegung entlang der sozialen Frage und der Erkenntnis sein sollte, daß die kommenden sozialen Auseinandersetzungen ins Zentrum linker Reorganisationsbemühungen zu rücken hätten.

Die nachfolgende Kritik der Thesen Roths gliedert sich in zwei Hauptteile: zum einen die Kritik der ökonomischen und "One-world"-Analyse, zum anderen die Schlußfolgerung für den Antirassismus, die neuen sozialen Subjekte sowie die Perspektive der Linken.

I. Krise und "One World"

Die deutsche Krise sieht Roth als Teil der Krise des *"überakkumulierte(n) Kapitalismus der globalisierten Finanzmärkte"*. *"Da sich Investitionen im vergangenen Zyklus immer weniger rentiert hatten, suchte er schließlich weltweit in seiner aggressivsten Geldform nach verbesserten Verwertungsbedingungen. In immer neuen Sektoren wurde Lohnarbeit flexibilisiert, freigesetzt und fortschreitend verbilligt."* (3)

Die bisherigen Krisenlösungsmodelle, vor allem das sozialstaatlich-integrationistische, seien im Kontext der neuen Entwicklung des Kapitalismus "marginalisiert". Statt dessen sei *"die neoliberale Deregulierung"* zur weltweiten Handlungsmaxime geworden. In Osteuropa habe dies zu einer *"raschen Zerstörung aller staatlichen Wirtschaftsstrukturen"* ohne *"industriepolitische Reorganisationsprogramme geführt"*, die zu einer *"Mafiaökonomie"*, der *"Plünderung aller Ressourcen des öffentlichen Sektors"* geführt habe, *"ohne daß daraus relevante produktive und reproduktive Strukturen der Wertschöpfung hervorgingen"*. Weder neue Märkte noch der ersehnte "neue Mittelstand" würden hervorgebracht, sondern allein die Einreihung der hochqualifizierten Arbeitskräfte des Ostens *"in die unteren Ränge"* der *"Niedriglohnketten"* des *"globalisierten Kapitalismus"* sei dabei herausgekommen.

Die Frage, ob nach der keynesianischen Wirtschaftspolitik des auf Wachstum und Massenkonsum (Fordismus) basierenden Wohlstands der neoliberale Monetarismus nur den Übergang zur erweiterten Reproduktion mit offenem Ausgang bedeuten könne — oder ob generell monetaristische Privatisierung, Deregulierung und "Entstaatlichung" die durchgesetzte kapitalistische Wirtschaftspolitik darstellen, sie ist für Roth entschieden: Die Praxis in Osteuropa zeige, *"daß der Neoliberalismus disparate ökonomische Strukturen grundsätzlich nur zerstört, um die als selbstgesetzlich definierten und keiner weiteren ökonomischen Steuerung mehr bedürftigen Verwertungsstrategien des kapitalistischen Weltsystems zu optimieren."*

"Radikalisiertes Kapitalverhältnis"?

Die Krisenanalyse Roths hat Ähnlichkeiten mit der von Robert Kurz, der 1990 in seinem Buch "Honeckers Rache" die These vertrat, daß sich der bundesdeutsche Kapitalismus an der DDR-Übernahme überhoben habe. Kurz hält die "Gesetze des Geldes" in der "One World" nicht nur für durchgesetzt, sondern alleinregierend. Doch da trennen sich die Wege. Anders als Kurz hat Roth sich nicht als Untergangsprophet (Ende des Kapitalismus) betätigt, sondern nach Bruchpunkten im herrschenden Konsens gesucht, die geeignet sein könnten, Widerstand und Gegenmacht zu begründen. Betrachtet Roth den Neoliberalismus als bewußten Schritt zur Optimierung der Verwertungsstrategien, so ist er für Kurz eine politische Ohnmachts- und Katastrophenreaktion auf die "Selbstbewegung des Geldes", nicht bewußte Aktion. In seinem Versprechen, die kapitalistische Krise zu bewältigen, verbreite er nichts als Ideologie. Entsprechend sieht Kurz auch keine Möglichkeit der Krisenbewältigung des Kapitalismus, sondern erklärt *"das globale Marktsystem"* für *"reproduktionsunfähig"* (4). Dagegen sieht Roth im "Toyotismus" den Versuch, *"weltweit ein neues Akkumulationsmodell"* zu etablieren, ohne über Erfolg oder Mißerfolg dieser Aktion zu spekulieren. Seine Kernaussage: Der *"Toyotismus"* des Postfordismus *"ist kein Deindustrialisierungsmodell, sondern ein weltweit radikalisiertes Kapitalverhältnis"*. Ziel sei es, *"die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen ... durch die Vermehrung unbezahlt angeeigneter Arbeitsverausgabung"*.

Kurz dagegen hält das Kapital *"auf der Höhe des selbsterzeugten Produktivitätsstandards"* für *"objektiv 'ausbeutungsunfähig'"* und *"die 'produktive Arbeiterklasse' vermindert sich"* in seiner Sicht zwangsläufig, weil die Sachkapitalintensität beständig anwachse, Investitionen in neue Arbeitsplätze also zu teuer würden (5). Weltmarktgewinner könne es nur noch auf der Basis der *"absoluten Vernichtung von Kapital anderswo"* geben, eine Ausdehnung der produktiven Arbeit sei nicht mehr möglich, *"der Verliererstatus nimmt jetzt einen objektiven Charakter an"* (4). Dies sei die Tendenz, auch wenn der Einzelfall durchaus gegenläufig sein könne.

Während Kurz also seine Theorie von der "finalen Krise" des Kapitalismus stringent entwickelt, verbleibt Roth in dem Widerspruch, den Analyseansatz zu teilen, nicht aber seine Schlußfolgerungen. Einerseits sieht er die neoliberale Deregulierung und Privatisierung als durchgesetzt an und damit das Ende jeder staatlichen Wirtschaftspolitik im Sinne eines Neokeynesianismus gekommen, dennoch hält er ein *"neues Akkumulationsmodell"* für möglich. Dies sei nicht das Ende der kapitalistischen Vernutzung von Arbeitskraft, sondern die Ausgangsbasis für deren Ausdehnung durch die Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft und die vermehrte

Aneignung unbezahlter Arbeit über die globale Deregulierungspolitik. Daß dabei die Staaten national wie international entscheidende Beihilfe zur Deregulierung und Privatisierung zentraler, bislang staatlich geregelter Bereiche, bis hin zur Vermarktwirtschaftlichung der Sozialpolitik in Deutschland leisten, wertet Roth offenkundig als Tendenz der "Entstaatlichung".

Staat als "Teilfunktion des Weltkapitals"?

Beide — Roth und Kurz — gebrauchen den Begriff des *"Weltkapitals"*. Trotz der drei imperialistischen Einflußzonen Japan/Südostasien, Nordamerika/Mexiko und Westeuropa gebe es zukünftig, so Roth, *"keine nationalen oder blockgebundenen Handlungsspielräume für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen mehr, denn der (nationale oder supranationale) Staat kommt ihnen als 'Intermediär' für sozialpartnerschaftliche Status-quo-Vermittlungen zunehmend abhanden."* Der Staat *"wandelt sich inzwischen fast überall in rasendem Tempo zu einer territorial fixierten Teilfunktion des Weltkapitals. Die Staaten sind zu vereinzelten oder — im Fall der EG, des entstehenden amerikanischen Wirtschaftsblocks Nafta und der neuen indopazifischen Akkumulationssphäre — zu handels- und währungspolitisch vernetzten Staubecken geworden, die keinerlei Einfluß mehr darauf haben, wieviele Wasseranteile der zum reißenden Strom gewordene Kapitalismus in sie zu- oder aus ihnen ableitet."*

Kurz sieht in der Internationalisierung der Finanzmärkte seit den 70er Jahren, *"die außer Kontrolle der nationalen Notenbanksysteme geraten sind"*, eine Globalisierung, die zur *"Herstellung des unmittelbaren Weltkapitals"* geführt habe (4). Für ihn ist dies ein subjektloser, eigengesetzlicher Prozeß, während Roth diesen "reißenden Strom" wenn nicht gesteuert, so doch inganggesetzt sieht von 600 transnationalen Konzernen, die *"die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete"* auf deren *"terroristisch-sozialpolitisch integrierte Betriebsgemeinschaften der Entwicklungs- und Fertigungszentren"* begrenzen würden. Höchstens 15-20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten seien davon er_faßt, während alle übrigen der Deregulierung unterlägen.

Stimmen diese Betrachtungen? Der Augenschein spricht gegen beide Sichtweisen. "Standortpolitik" — und die meint in aller Regel den nationalen Standort — wäre dann ein dieser Globalisierung gegensteuernder Widersinn.

Wer ist das "Weltkapital", wer sind die 600 transnationalen Konzerne? Zu 90 Prozent sind die Zentralen der 500 größten Konzerne der Welt in den Staaten der drei großen Wirtschaftsblöcke EU, Nafta und Japan angesiedelt. Zu 76 Prozent verteilen sie sich auf Deutschland (21%), Japan (22%) und die USA (33%) (Winfried Wolf (6)). Wenn Karl Heinz Roth seine These vom globalen Weltkapital damit zu belegen versucht, daß solche Konzerne bei Bedarf ganze Abteilungen in andere Länder verlagern, dann ist dies kein Gegenbeweis für die Gebundenheit dieser Konzerne an den jeweiligen Nationalstaat. Sondern es belegt nur, wie flexibel sie mittlerweile geworden sind, an verschiedenen Punkten in der Welt Arbeitskraft, geringe Kosten und die wissenschaftlichen Potentiale auszuschöpfen. Roth wird aber in kaum einem Fall den Beweis dafür antreten können, daß transnationale Konzerne deswegen ihren nationalen Standort aufgeben.

Woher kommt also die Sichtweise vom Weltkapital und dem Staat als dessen "territorial fixierter Teilfunktion"? Die Durchsetzung der "One World", die Unterwerfung auch des letzten Fleckchens dieser Erde unter die Bedingungen des Weltmarkts dürfte dazu wesentlich beigetragen haben: der Weltmarkt setzt alle als Konkurrenten gleich. In dem Sinne ist das Kapitalverhältnis global geworden. Diese Entwicklung hat nicht erst mit dem Zusammenbruch des RGW begonnen, sondern war mit ihm praktisch abgeschlossen.

Ende der Gemeinsamkeit

In dieser Phase des Kapitalismus kann man davon reden, daß der Tendenz nach die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt den Schein der Rücknahme des Staates aus der Wirtschaftspolitik befördert hat, weil das starke Kapital verschiedener Herkunft zwar miteinander konkurrierte, aber identische Interessen hatte. Die Dominanz der monetaristischen Politik der Entstaatlichung der Wirtschaft, Privatisierung und Deregulierung, das Ende der keynesianischen Wirtschaftsregelung, hat diese Sicht befördert (obgleich der Staat — siehe Subventionen, siehe Zölle — sich nie ganz zurückgezogen hat). Doch mit der "endgültigen" ökonomischen Durchdringung der Welt und dem Durchschlagen des tendenziellen Falls der Profitrate, der Überproduktion von Kapital (Überakkumulation), das sich nicht mehr ausreichend verwerten läßt, ist die Konkurrenz bei gemeinsamem Interesse beendet. *"Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem anderen auf den Hals zu schieben."* (Marx (7))

Und just da ist der Kapitalismus wieder angelangt. *"Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse"*, schreibt Marx weiter. *"Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen hat ..., wird dann zur Frage der Macht und der List und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher die Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte."* Um aus der Krise herauszukommen, muß eine *"Brachlegung und selbst eine teilweise Vernichtung von Kapital"* einsetzen (die "absolute Vernichtung von Kapital anderswo" — Kurz — ist also so neu nicht, neu ist nur, daß Kurz behauptet, daraus gebe es diesmal kein Zurück mehr.).

"Macht und List" bedeutet, daß nicht die ökonomische Gesetzmäßigkeit allein den Gang der Dinge bestimmt, sondern daß der jeweilige nationale Standort des Kapitals gegen den anderen Kapitalisten in Anschlag gebracht wird (und das nicht nur mit ökonomischen Mitteln), um vorteilhaft aus der Krise herauszukommen.

Weder kann vom Staat als territorial fixierter Teilfunktion des Weltkapitals die Rede sein, noch umgekehrt von einer Omnipotenz des Nationalstaats, das Wertgesetz in seinen eigenen Grenzen zu "zähmen". Die Politik führt den Konflikt dort, wo das Wertgesetz an seine eigenen Grenzen stößt, mit dem Ziel, es im internationalen Rahmen zum Vorteil des eigenen Kapitals wieder in Funktion zu setzen. Nicht weniger, sondern mehr staatliche Intervention ist die Folge und damit genau das, was wir zur Zeit erleben. Die allerorten zu registrierende "Rückbesinnung" auf und Neuerfindung von "nationalen Identitäten" ist nicht das Hinterherhinken der politischen und gesellschaftlichen Sphäre hinter der globalen Durchsetzung der Kapitalverhältnisse, sondern die ideologische Begleitung nationalstaatlicher Versuche, die Verwertungsbedingungen des je eigenen nationalen Kapitals gegen die Konkurrenten zu verbessern. Nicht die größtmögliche Beweglichkeit des Kapitals steht in der Krise im Vordergrund, sondern die gegenseitige Abschottung, die in der Tendenz zu Handelskriegen zwischen den Blöcken und der Mühe, Kompromisse in den Verhandlungen um das GATT-Freihandelsabkommen zu finden, zum Ausdruck kommt.

Noch ein weiteres Fakt sei erwähnt. Die drei großen Wirtschaftszonen sind weniger miteinander verflochten und globalisiert,

als vielfach angenommen wird. Der schon zitierte Winfried Wolf hat errechnet (6), daß der Handel der drei großen Blöcke überwiegend in den eigenen Zonen vollzogen wird. Der Anteil des Handels untereinander am Sozialprodukt — Westeuropa 2,9%, Nafta 3,8%, Japan 8,0% — wird bei zugespitzter Krise, wenn es um Verlustabwälzung geht, kein Hindernis für Protektionismus und Handelskrieg sein. Davon wäre Japan/Südostasien wesentlich empfindlicher betroffen als die USA und die EG.

Imperialismus unter veränderten Verhältnissen

Wie wichtig der Staat bei der Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen nach wie vor ist, wird nicht zuletzt im Osthandel der BRD deutlich (vergleiche Kohls und des BDI Chinareise), in dem der Staat nicht nur Aufträge vermittelt, sondern gerade im Bereich der Infrastruktur (Telekommunikation, Verkehrssysteme) gebraucht wird, um das Risiko des einzelnen Unternehmens abzudecken. Und wie stark Nationalstaat und nationales Kapital heute wieder offensichtlich in eins gehen, zeigen die Konflikte um Firmenfusionen: Die des schwedischen Konzerns Volvo mit dem französischen Renault-Konzern ist von den Schweden unter massivem nationalen Druck, aus Angst nur Juniorpartner zu sein und den nationalen Standort zu verlieren, aufgekündigt worden. Die Übernahme von Rover durch BMW hat in England eine aufgeregte Diskussion um die Gefahr des Verlusts eines nationalen Symbols ausgerechnet an "die Deutschen" ausgelöst. In Ostdeutschland sind starke Bedenken gegen die Übernahme von EKO-Stahl durch den italienischen Riva-Konzern mobilisiert worden. In Spanien ist der Widerstand gegen die Unternehmenspolitik von VW bei SEAT mit starken nationalistischen Tönen gegen den Wortbruch und "Verrat" des VW-Konzerns in seiner Geschäftspolitik gegenüber SEAT verbunden.

Immer geht es um die Tendenz nationaler Konkurrenz beim Erhalt der Standorte, und es spricht vieles dafür, daß sich solche Konflikte nicht nur in emotionaler, aufgeregter Empörung artikulieren, sondern auch die ökonomischen Entscheidungen (wie im Fall Volvo/Renault) beeinflussen werden. Daher ist, anders als Roth dies nahelegt, der Monetarismus nicht die Wirtschaftspolitik des Weltkapitals, sondern geht sehr wohl mit nationalem Kapitalinteresse einher. Der amerikanische Monetarist Ross Perot ist ebenso Nationalist, wie die sich formierende monetaristische Anti-EG-Front der DM-Bewahrer in der BRD sich nationalistisch artikuliert (Brunner, Gauweiler, Stoiber & Co.). Bemerkenswerter als die Tatsache, daß sie noch nicht mehrheitsfähig sind, ist die Zunahme solcher Strömungen.

Roth hat recht, daß die neoliberale Politik des Monetarismus bemüht ist, "weltweit ein neues Akkumulationsmodell" zu etablieren. Er hat unrecht, dies als gesteuerte Aktion des Weltkapitals oder von 600 transnationaler Konzerne zu bezeichnen. Gesteuert wird dieser Prozeß durch die Krise, in die Konzern- und Staatspolitik mit dem Ziel intervenieren, ihrem Konzern- und nationalen Kapital die optimalen Verwertungsbedingungen zu sichern.

Anders als zu Beginn dieses Jahrhunderts steht für den neuen imperialistischen Schub nicht die Eroberung anderer Länder an, um dort das überschüssige Kapital zu verwerten, sondern "List und Macht" müssen angewandt werden, um einzelnen Weltregionen die Vernichtung von Kapital aufzuzwingen. In diesem Sinne macht die Zerstörung der Industrien im ehemaligen RGW durchaus Sinn. Und es geht darum, dem eigenen nationalen Kapital Regionen zur optimalen Verwertung zu erschließen. Genau diese beiden Prämissen verfolgt die BRD zur Zeit in Osteuropa, das zum Hinterhof deutscher Kapitalinteressen wird.

Allerdings wäre es falsch, diesen Prozeß nur am kurzfristigen ökonomischen Erfolg zu messen. Um sich auf dem Weltmarkt mit Macht zu behaupten, spielt die Möglichkeit von Drohung und militärischer Intervention eine viel größere Rolle als zur Zeit des relativ freien Welthandels. Direkt politisch beeinflußte Zonen bekommen wieder eine viel größere Relevanz. Auch hier gibt es wieder ein gemeinsames und ein differentes Interesse. Das gemeinsame drückt sich im Niederhalten unbotmäßiger Staaten durch imperialistische Militärbündnisse aus und zeigt sich an der weiteren Inbesitznahme der UNO oder vergleichbarer regionaler Einrichtungen durch die imperialistischen Machtblöcke, die staatliche Regulierung des Arbeitskräftebedarfs und die militärische Kontrolle und Eindämmung der Einwanderung.

Das differente Interesse wird derzeit besonders an der deutschen Politik offensichtlich, die den Osten als potentielle Beute betrachtet und dafür zunehmend eigene politische (siehe Jugoslawienpolitik) und militärische (siehe die Ostausdehnung der NATO, WEU) Wege geht. Die nationale Betonung von Interessen kalkuliert immer offener mit der Möglichkeit, daß der bisher friedliche Verlauf handelspolitischer Auseinandersetzungen demnächst sein Ende finden könnte.

Dabei ist es fast müßig, mit der eher zeitgeistigen Untergangsprophetie der Kurzianer zu streiten. Ob das Kapital seine derzeitige Krise bewältigen kann, ist so unklar, wie es in vergleichbaren Krisen der Vergangenheit unmöglich war, vorher die Verlaufsform der Krisenbewältigung — etwa den Aufschwung seit 1945 im Jahre 1929 — vorherzusagen. Daß ökonomisch bereits der Krieg gegen die proletarischen Klassen läuft und militärische Eskalationen sowie Faschismus wieder denkbar werden, ist bedrohlich genug.

Zugleich werden jedoch die Schwierigkeiten erkennbar: die konkurrierenden Interessen der Nationalstaaten lassen auch Staatenbündnisse wie die EU labiler werden und führen zu Präferenzverschiebungen. Schon jetzt ist absehbar, daß in Europa Länder wie Griechenland und Spanien an den Rand gedrängt werden und es zu einer von Deutschland betriebenen — derzeit noch deutsch-französischen — Ostverschiebung der europäischen Politik kommt, die sie vor eine Zerreißprobe stellen kann. Die jüngste EU-Erweiterung stärkt Deutschland (Österreich, Skandinavien). Die BRD könnte "jetzt zum Motor des neuen, nach Osten hin offenen Europas werden", kommentierte der antifranzösische "Spiegel". Mit dem *"Schirinowskij-Faktor"* (FAZ) im Hintergrund hat Kinkel den baltischen Staaten versprochen, *"Rußland zu mäßigen"* und sie *"nicht allein zu lassen"*. Deren Angliederung an die WEU und "Annäherung" an die EU ist ebenso deutsches Projekt für die kommende EU-Präsidentschaft ab Juli 1994 wie die Einbeziehung Kroatiens und Bosniens, zu denen Deutschland eine "große Affinität" habe (Kinkel). Mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei ist damit der erweiterte Einflußraum erfaßt.

Nivellierung oder nationale Klasse?

"Der überakkumulierte Kapitalismus 'öffnete' an immer neuen Angriffspunkten die Arbeitsmärkte und wischte mit den Kollektivverträgen und Sozialtranfers auch die sozialpartnerschaftlichen Integrationsleistungen von Hochlohnpolitik und Sozialstaatlichkeit beiseite", schreibt Roth.

Daß dies zumindest derzeit für die BRD nicht zutrifft, ist an anderer Stelle dieses Heftes über die jüngste gewerkschaftliche Tarifpolitik nachlesbar. Einigkeit der Kapitalistenklasse besteht in der Krise, nicht nur darin, den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken, sondern auch global den Zugriff auf die Arbeitskräfte in den verschiedenen Nationalstaaten zu haben. Insofern gibt es eine Tendenz der Nivellierung der Ausbeutungsverhältnisse und schwindet der Spielraum für eine nationalstaatliche Tarif- und Sozialpolitik, die so entscheidend die Lage der Ausgebeuteten in Deutschland geprägt und gegenüber den meisten Arbeitssubjekten in der Welt privilegiert hat. Folge der aktuellen ökonomischen Entwicklung,

schreibt Roth, *"ist tendenziell ein neues Proletariat in einer kapitalistischen Welt. Die bisherigen strukturellen Klassenunterschiede der ersten, zweiten, und dritten Welt werden zunehmend nivelliert, miteinander verflochten und aneinander angepaßt."*

Die faktische Aufteilung der Welt in drei Zonen wird Roths gleichmachende Vorhersage ad absurdum führen: die kapitalistischen Metropolen als aggressive Trutzburgen des Kapitals mit relativem Wohlstand bei gleichzeitiger Deregulierung; eine Peripherie, die sich den Metropolen als Ort optimaler Ausbeutungsbedingungen andienert; und eine Peripherie, die ökonomisch weitgehend abgeschrieben und sich selbst überlassen ist, sofern nicht strategische Interessen oder Ressourcen ein Minimum an Interesse wecken. Entsprechend ein "dreigeteiltes Proletariat": die, die sich selbst und dem Hungertod überlassen sind; die, deren Arbeitskraft zwar noch nachgefragt wird, aber zu einem Preis, der bis unter die Reproduktionskosten fällt; und die in den Metropolen, die zwar Lohneinbußen zu spüren bekommen, denen aber die Reproduktion ihrer Arbeitskraft sicher ist.

Letzteres wird insoweit eine Interessenidentität zwischen Kapital und Proletariat schaffen, als die Krise auf andere Regionen abgewälzt werden kann. Der deutsche Machtblock wird so wenig auf korporativistische Einbindung seiner ihn tragenden Klassen verzichten, wie der japanische und der amerikanische dies tun. Daß dies in extremen Krisenzeiten funktionieren kann, hat der Nationalsozialismus bis ans Ende des Krieges vorgemacht. Erst der Bruch mit dem "nationalen Interesse" würde einen linken Ausweg eröffnen.

Bedauerlich an Roths Text ist, daß er zwar eine dramatische Lagebeschreibung der ökonomischen und sozialen Entwicklungen gibt, den Blick auf die politischen Implikationen, die für die Politik einer erneuerten Linken bedeutungsvoll sind, aber verstellt: Nicht nur auf die militärische Entwicklung, auch auf den Faschisierungsprozeß in den Metropolenstaaten. Noch bei der Wiedervereinigung waren wir uns einig, das nationale Projekt Deutschland, das "Wir-sind-ein-Volk" zu bekämpfen und ins Zentrum der Ablehnung dieses Projekts zu stellen. Mit den Nationalstaaten löst sich offenkundig für Roth auch der deutsche Nationalismus auf.

Die "Verewigung" der neoliberalen Politikvariante verkennt zudem, daß andere, staatskapitalistische, autoritär-neokeynesianische Krisenlösungsmodelle, die diesen Faschisierungsprozeß beschleunigen können, durchaus nicht aus der Welt sind. In der Diskussion um Zwangsarbeit wird deutlich, in welche Richtung gedacht wird. Die Überlegung, "Arbeit statt Arbeitslosigkeit" zu finanzieren, findet gerade in Sozialdemokratie und Gewerkschaften bis hin zur PDS (durchaus in der Tradition staatssozialistischer "Arbeit-für-alle"-Vorstellungen) zunehmend Sympathien. Unter den Bedingungen der Krise und unter dem Diktat der von ihnen nicht in Frage gestellten "Standortpolitik" bekommen sie eine andere Bedeutung als Arbeitsbeschaffungsprogramme zu Zeiten der Wachstumskonjunktur. Wie so etwas staatlich organisierbar ist, haben nationalsozialistische Programme für Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen gezeigt.

II. Antirassismus, soziales Subjekt und Linke

Die gravierendste politische Konsequenz aus Roths Analyse scheint mir seine Einschätzung des deutschen Rassismus als Sozialrassismus zu sein. *"Der von den 'neuen Bundesländern' ausgehende dramatische Pauperisierungsprozeß führt mehr und mehr zu gewalttätigen Protestformen, die sich überwiegend innerhalb der zerklüfteten neuen Massenverarmung entladen. Eine neue rassistische Jugendbewegung hat sich etabliert ... Das Bündnis zwischen Baseballschläger und Staatssekretärssuite hat inzwischen gefährliche Ventile geöffnet, um den Verlust an sozialer Sicherheit und Zukunftsperspektive auf Kosten der neuen Migrationswellen und der nach wie vor ausgegrenzten ausländischen Bevölkerung zu kompensieren."* Die *"Revolte einer Jugendbewegung"*, *"die riots des populären"*, *"plebejischen Rassismus"*, wie er an anderer Stelle schrieb, *"enthüllen gerade in ihrer Bestialität den kollektiven wie orientierungslosen Notschrei einer inzwischen breit gewordenen Schicht, die sich in ihrer fortgeschrittenen Verelendung nur noch Erfolg innerhalb des zum Sammelbecken aller Pauperisierten gewordenen Sozialgettos zutraut."* (8) Zwar konstatiert er, daß *"es immer schwerer (wird), die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit — also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig 'nach noch weiter unten tretenden' Segmente — als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen."* Doch führe kein Weg daran vorbei, daß *"jede antirassistische Initiative, die die 'soziale Frage' ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut"* bleibe.

Den Rassismus der Deutschen, ob Arbeiter oder Bürger, als Notschrei der Verelendeten sozial zu erklären, ist in jeder Hinsicht fehlerhaft und verkürzt. Fehlerhaft, weil nur ein sehr geringer Teil der rassistischen Mord- und Brandanschläge sowie Überfälle in dieses Raster passen würde. Der soziale Gehalt des Rassismus besteht nicht in der Verelendung, sondern ist strukturell dem Kapitalismus immanent, quasi als Verteidigung des sozialen Standards gegen den Konkurrenten, gegen "Schmarotzer" und "Nichtsnutze". Maßstab dafür ist nicht die unterste Stufe des Elends, sondern die Gefahr des Abstiegs.

Roths These vom "Notschrei" der Täter hebt jede Unterscheidung zu den Opfern auf, indem er alle gleichermaßen zu Opfern macht. Damit wirkt seine Analyse desorientierend für die wenigen Ansätze radikaler antirassistischer Arbeit, die gerade den materiellen Widerspruch zwischen deutschen Staatsbürgern, die ihre Privilegien verteidigen, und den Opfern ihrer Angriffe aufgegriffen haben und sich opportunistischen Anpassungsstrategien sozialarbeiterischer Deutschenarbeit entzogen haben.

Wie weit Überlegungen, wie Roth sie anstellt, bereits linksradikales Denken bestimmen, zeigt ein Strategiepapier des Anti-Rassismus-Büros in Bremen, das für seine unopportunistische Praxis bekannt ist. Dort wird am Beispiel Großbritanniens der optimistische Ausblick gewagt, *"daß sich die rassistisch vermittelte Konfliktualität ... zunächst* vor allem nach innen richtete*"* (Hervorhebung von mir, H.M.), daß sich aber *"eine in den 70er Jahren starke neofaschistische Bewegung ... mit zunehmender Betroffenheit immer weiterer Teile der Weißen von der Verarmungspolitik auflöste. Dies hatte zur Folge, daß sich seit 1981 immer größere Teile der weißen Massenarmut auf die Seite der schwarzen Revolte schlugen."* (9)

Ich kann gar nicht beurteilen, ob diese Beschreibung der Entwicklung in Großbritannien zutrifft. Geradezu fahrlässig wäre es allerdings, auch nur im entferntesten hierzulande einen möglichen Zusammenhang zwischen zunehmender Verarmung in Deutschland und der Solidarität mit Flüchtlingen zu erwarten. Die egalitäre Bedeutung von Armut als revolutionärer Triebkraft in den Metropolenstaaten ist ein reines Hirngespinst, das den materiellen Erfahrungen der Metropolenmenschen von ihren relativen Privilegien im Verhältnis zu Kolonial- oder Armutsflüchtlingen in jeder Hinsicht widerspricht.

Die Bremer gehen noch einen Schritt weiter, indem sie Egalität herstellen: "... *heute können wir feststellen, daß sich Flüchtlinge, Schwarze, weiße Unterschichten und sozialrevolutionäre Linke in ihrem Anspruch auf elementare Lebensmittel kaum voneinander unterscheiden."* Karl Heinz Roth erweitert diese Entwicklung sogar global, wenn er *"bei allen auch weiter fortwirkenden Differenzierungen ... eine*

weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt" aufhebt, im Gange sieht.

Der Rassismus aber existiert in den Nationen als Ideologie vom natürlichen Bessersein, die zudem ihre rechtliche Verfaßtheit findet (siehe das deutsche Blutsrecht). Allein ein deutscher Paß garantiert diese Wertigkeit: Deutschsein ist per se das garantierte Recht auf Privilegien. Nicht zuletzt die Wiedervereinigung des "Wir-sind-ein-Volk" hat diese Ansicht in die Köpfe gehämmert.

Der Rassismus ist damit nicht antizivilisatorisch, sondern ein Produkt der Zivilisation. Sein Hochkommen setzt Konkurrenz voraus, aber nicht die unmittelbare Gefährdung des eigenen sozialen Standards. Weil Roth die weltweite Entwicklung als gleichmacherisch analysiert, kann er auch keine materiellen Interessen und Privilegien der deutschen Arbeiter mehr entdecken, die diese an das Wohlergehen der Nation binden. In Roths Bild reagieren deutsche Arbeiter nur in äußerster sozialer Not, ist der Rassismus nur ein fehlgeleiteter Sozialreflex und hat mit Nationalismus, Zivilisation und Verteidigung auch noch des ärmlichsten Privilegs nichts zu tun. Das sozialrassistische Erklärungsmuster reicht nicht annähernd dazu aus, die real existierende Hierarchie zu erklären.

"Auch die Neigung zu rechtsextremistisch gefärbten politischen Reaktionen wird zunehmen, solange nur die neue Rechte die neue soziale Frage thematisiert", schreibt Roth (10) und fordert, *"einen sozial fundierten Antirassismus zu konsolidieren"*. Und "wildcat" propagiert: *"Heute kommt es darauf an, daß wir mit diesen Bewegungen (der Arbeiter) in Kontakt treten, daß wir uns nicht in linken Themen wie 'Anti-Faschismus' und 'Anti-Rassismus' einigeln, sondern sie auf allen Ebenen mit den sozialen Kämpfen verbinden."* (wildcat 63, Dezember 1993) Darin liegt eine Ursachenverkehrung und eine Illusion. Daß die "neue Rechte" die soziale Frage thematisiert, ist eine Behauptung, die vor der Wirklichkeit keinen Bestand hat: sie thematisiert den deutschen Rassismus.

Die Rechte verhilft dem Rassismus zur brutalen Umsetzung seiner Projektionen, die "unnützen und unwerten" Ausländer zu liquidieren oder zu verjagen. Die Nazis rekrutieren rassistisch (11). Deshalb bleibt vom Versuch, sozial und antirassistisch in dieser Form miteinander zu verknüpfen, auch nicht mehr übrig, als das polemische Ausspielen von Antirassismus und Antifaschismus (Vorwurf des "Einigelns" der wenigen linken AktivistInnen) gegen sozialen Widerstand.

Der strukturelle Rassismus ist nicht über soziale und Besitzstandsforderungen aufhebbar, sie reproduzieren ihn nur.

Eine Pseudostrategie

Daß Egalität auf Grundlage der Verarmung in den Metropolen (hier ist nicht von der völlig anders zu beurteilenden Situation in Chiapas/Mexiko die Rede) revolutionär und antirassistisch wirken könnte, ist eine Unterstellung, die nicht durch Erfahrung gestützt wird. Die gesamte Subjektbeschreibung von Roth kennzeichnet: sie ist voluntaristisch konstruiert. Ein weiteres wichtiges Konstrukt seines Subjektkonzepts sind die *"selbständigen Arbeiter"* (12).

Diese *"neueste Form der Erwerbsabhängigkeit"* reicht in Roths Beschreibung vom LKW-Fahrer als Subunternehmer von Speditionen über EDV-Mitarbeiter, PC-TexterfasserInnen, Software-Verkäufer, Stadtkurierdienste, Kleingutzusteller bis zu den Taxifahrern. Ihre Selbständigkeit bewege sich zunehmend *"an der Grenze des offiziellen Existenzminimums"*. *"Objektiv bringen sie die Tendenz des Postfordismus zum Ausdruck, den Lohncharakter der selbständigen Arbeit so weit wie möglich abzustreifen und die damit verknüpften sozialen Risiken aus dem Beschäftigungsverhältnis auszulagern."* Das *"postfordistische Produktionsverhältnis"* beute *"ein wichtiges subjektives Moment der sich wandelnden Arbeitskultur"* aus: *"Das Bedürfnis nach individueller Autonomie, nach selbstbestimmten Arbeitsinhalten und Arbeitszeiten"*. Die Zahl der "Selbständigen ArbeiterInnen steige. Sie *"sind überdurchschnittlich qualifiziert"*, *"hochmotiviert"* und billig.

Nicht Roths Beitrag zur Analyse der Segmentierung der Arbeitsmärkte wird hier kritisiert, sondern die Tatsache, daß er diesen "selbständigen Arbeitern" neben Jobbern und Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen eine Handlungsqualität unterstellt, die sie als "neue Proletarität" an die Stelle des alten Proletariats treten lassen könnte (Roth sagt nicht: muß). Sowohl die Tatsache, daß gerade sie in extremer Abhängigkeit und Konkurrenz stehen und ein kollektives Interesse gar nicht herstellbar ist, als auch die, daß ihnen mehr noch als den in den Gewerkschaften organisierten Beschäftigten in Industrie und Betrieben die ökonomische Macht fehlt, den Preis der Ware Arbeitskraft anders zu beeinflussen, als sich (meist individuell) gegenüber dem konkurrierenden Leistungsgeber günstiger anzubieten, fällt bei dieser Betrachtung unter den Tisch.

Drei neue Elemente begründen Roths Optimismus einer neuen sozialistischen Perspektive der Linken. Zum ersten sei der größte Teil der Linken von der Deregulierung und Segmentierung der Arbeitsmärkte direkt selber betroffen, weswegen sich sozialistische Politik, sofern sie sich auf die neuen Klassenentwicklungen beziehe, *"zunehmend unmittelbar als proletarische Politik durchbuchstabieren"* lasse. Zum zweiten seien alle bisherigen linken Strategien — vom bewaffneten Kampf bis zum Arbeiterreformismus — gescheitert oder es sei ihnen durch die ökonomische Entwicklung der Boden entzogen, weswegen *"Sozialrevolutionäre, Autonome, Sozialisten, Kommunisten und linke Gewerkschafter wieder miteinander ins Gespräch kommen"* können, *"sofern sie sich auf das neu eröffnete Terrain der 'sozialen Frage' beziehen"*. Zum dritten — *"der möglicherweise wichtigste Pluspunkt"* — könne *"das Wieder-Gemein-Werden mit dem Proletariat tendenziell in einem zunehmend globalisierten Kontext stattfinden"*.

Roth rekonstruiert in einem Mix aus alter Arbeiterklasse und Marginalisierten die Klasse der "neuen Proletarität". Sie wird mit einem empirischen Trick als Summe sozialer Kämpfe weltweit zum Subjekt erklärt. Daß der fordistische Massenkonsum die Klasse als Subjekt aufgelöst und individualisiert hat, soll angeblich durch den "toyotistischen" Postfordismus und seine gleichmachende Tendenz aufgehoben werden. Das einheitliche Klasseninteresse wird aus der gemeinsamen Verarmung hergeleitet. Das ist so beliebig, wie es der autonome Klassenbegriff immer war: die Klasse sind die, die kämpfen, im Betrieb, im Stadtteil oder wo auch immer. Das wäre nicht weiter schlimm, letzlich sogar egal, würde damit nicht linksradikale Politik auf sozialen Widerstand reduziert.

Ärgerlich ist, den Schein einer Klassenperspektive gegen politische Anstrengungen wie Antifaschismus und Antirassismus auszuspielen und wie Roth dagegen zu polemisieren, daß die Linke die Entwicklung lediglich theoretisch verarbeite.

Merkwürdig blutarm und allgemein nehmen sich die Vorschläge aus, die auf der obigen Grundlage die neuen "Proletarischen Zirkel" begründen sollen: Informationsaustausch, *"lokale bzw. regionale Bündelung aller Aktivitäten des neuen Proletariats"*, *"mit wirtschaftlichen Kampfformen experimentieren"*, die *"Teilarbeitsmärkte wieder von unten her miteinander verbinden"*, *"kreative Kampfformen von kurzer Dauer, auf rasch wechselnden Terrains"* usw.

Nichts davon ist neu, so wenig wie die mit einem Federstrich erfolgte Gleichsetzung der Kämpfe von Agrargenossenschaften in El Salvador und der Landarbeitergewerkschaften in Brasilien mit den *"Kampagnen der Prekären gegen die privatisierten Postunternehmen"* in der BRD

(Autonome werden sich noch an den Hamburger Slogan "Brokdorf, Libyen, Hafenstraße — ein Kampf" aus dem Jahr 1986 erinnern). Das hat nichts mit seriöser Prognose kommender sozialer Kämpfe und ihren Entwicklungsbedingungen zu tun, sondern ist einfach nur das Revival sozialrevolutionärer Massenromantik. Vor allem hat es nichts mit einer ernsthaften revolutionären Strategie zu tun, es ist eine Pseudostrategie. Die Aufzählung sehr unterschiedlicher Widerstandsaktionen wird auch nicht dadurch zu einer Perspektive einer *"sich international erneuernden Linken"*, die im Übergang zum nächsten Jahrhundert dem Sozialismus wieder eine Chance geben soll, wie Roth gar nicht bescheiden beschwört, wenn man auf dem Papier die Spiegelstriche miteinander vernetzt.

Daß auf diese Art seine Forderung, eine *"glaubwürdige Perspektive einer sozialrevolutionären Klassenpolitik auf(zu)zeigen"*, in Erfüllung gehen kann, wird nur denjenigen einleuchten, die sich aus Roths Text dasjenige herauspicken, was sie immer schon für richtig hielten. So versucht die VSP ihre institutionalisierte Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Roths Vorschlag hinüberzuretten. Winfried Wolf: *"Wir müssen in den anstehenden Abwehrkämpfen auch und gerade um die traditionelle Schicht Arbeitender und um die Gewerkschaften kämpfen, sonst ist dieser Kampf verloren..."* (SOZ, 16.12.93). Oder, wie ein Mitglied der Vereinigten Linken in der Diskussion um die "Wiederkehr der Proletarität" schreibt: *"Wichtiger als der theoretische Gehalt ist dabei die praktische Orientierung, der direkte Bezug auf den offenen Widerstand gegen Staat und Kapital."* (Neues Deutschland, 23.10.93)

Das heißt, daß Roths Vorschlag "Proletarischer Zirkel" all jene anziehen wird, die ihre jeweils alten Konzepte praktischer Arbeit unter den veränderten Bedingungen kapitalistischer Entwicklung beleben wollen. Roths Konsensvorschlag: *"Legen wir als Minimalkonsens für eine linke Reorganisationsdebatte die Analyse der aktuellen Klassenpolarisierung und die grundsätzliche Ablehnung von Ausbeutungsverhältnissen mitsamt ihren sozialrassistischen Projektionsfeldern zugrunde..."*, wird vermutlich nicht einmal die x-te Neuauflage eines Aktionseinheitsbündnisses gewerkschaftlich Orientierter hervorbringen, nicht einmal in den aktuellen Tarifauseinandersetzungen.

Die periodische Wiederkehr solcher "Reorganisierungsversuche" liegt in der "Natur" der derzeitigen Krise: sie wird verstärkt an unterschiedlichen und sich verändernden Punkten soziale Kämpfe hervorbringen. Das ist auch gut so und richtig, weil nur der widerständige Mensch auf Veränderungen drängen wird. Aber dies so allgemein zu erkennen und zu bejahen löst weder strategische noch theoretische Probleme.

Wenn man allerdings wie Roth fünf Kontinente und drei Jahrzehnte Klassenkampf zusammenaddiert und damit eine revolutionäre Strategie aus dem Hut zaubert, dann ist das nichts anderes, als die in der Entwicklung der Veränderung des Kapitalverhältnisses begründete Marginalisierung und Krise der Linken wegzudefinieren. Es gibt aktuell keine revolutionäre, nicht einmal eine reformistische Bewegung, und es ist schlichter Voluntarismus, wenn die Linke zur Bewegung aufruft.

Die Psychologie des Mutmachens

So reduziert sich Roths Perspektive im Kern auf Psychologie und Mutmachen, auf den Versuch, die Gemütslage vieler bisher ihren Illusionen anhängender und mittlerweile resignierender Linker im Sinne von mehr Optimismus zu verändern.

Rassismus und drohende Zwangsarbeitsverhältnisse, schreibt Roth, könnten durchaus Angst machen. *"Angst aber ist keine Voraussetzung für emanzipatorische sozialistische Politik. Erst aus der klassenanalytischen Klärung der ihr zugrundeliegenden Mechanismen lassen sich Ansatzpunkte zu einer Alternative von sozialer Befreiung gewinnen, und unter dieser Voraussetzung kann es dann sehr wohl geschehen, daß sich aus der 'großen Furcht' vor Rassismus und Zwangsarbeit sozialrevolutionäre Antworten formieren, die angesichts der aktuellen Verhältnisse zunächst illusorisch oder utopisch wirken müssen."*

Wem das nicht reicht, dem unterstellt er, sich vor der Reproletarisierung *"auf metaphorische Ersatzebenen (zu flüchten), um die eigene relative Verelendung zu verdrängen"*. Psychologisierung nach zwei Seiten: Den Linken, die begründet und aus den Veränderungen der Verhältnisse heraus Nationalismus, Rassismus und Faschisierung für politische Erscheinungen halten, die emanzipatorische Prozesse verhindern, und deswegen nicht umstandslos in blinder Praxis von Bewegungen weitermachen, wird Angstmacherei unterstellt, wenn sie realistisch die Ohnmacht der Linken analysieren. Den Resignierenden wird eine Scheinperspektive geboten. *"Ich denke, daß dort die eigentliche Attraktivität des Papiers liegt"*, schreibt ein Diskutant in "wildcat": *"Der Versuch, praktischen Mut aufzubringen, ein umfassendes Projekt vorzuschlagen, mit dem wir uns aus der miesen Stimmung der Nach-Wende-Zeit herauskatapultieren können, um Geschichte zu machen!"* (wildcat 62, Okt. 93).

Linke Reorganisierung, die auf Glauben, Illusionen, falschen Annahmen und Fehleinschätzungen der Entwicklung baut, ist kein Konzept, sondern eine Ersatzhandlung, die das Abbröckeln der bisherigen "Kämpfer" eher beschleunigt, als es in sein Gegenteil zu verkehren. Die Linke braucht keine neuen Illusionen, sondern einen klaren Kopf, um zu begreifen was passiert.

Heiner Möller

Anmerkungen

1) Karl Heinz Roth, Nach dem Anschluß, "Konkret" 9/90

2) Karl Heinz Roth, Wilde Zeiten. Klassenherrschaft, Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage in den neunziger Jahren, Referat gehalten auf dem Kongreß "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland", Dezember 1990, Manuskript.

3) Karl Heinz Roth, Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken. Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert. Referat auf dem "Konkret"-Kongreß "Was tun?", 12. Juni 1993, Manuskript.

Alle nicht näher bezeichneten Zitate von Roth stammen aus diesem Text. Nicht behandelt habe ich in dieser Kritik die lesenswerten Teile zur Bedeutung der Wiedervereinigung für die Beschleunigung des in Deutschland verzögerten Deregulierungsprozesses und die treffende Entlarvung der Ideologie vom "Toyotismus" als Mitarbeiter-Beteiligungsmodell sowie der gewerkschaftlichen und der grünen Anpassungsstrategien.

4) Robert Kurz, Der letzte macht das Licht aus, Edition Tiamat, 1993

5) Robert Kurz, Eine Welt der Verlierer. Der globale Verelendungsprozeß und die Krise des warenproduzierenden Systems, Weißenseer Blätter 4/93

6) Winfried Wolf, Die Triade. Die Aktualität imperialistischer Konkurrenz, SOZ 3, 10.2.94

7) Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEW 25, S. 263

8) Karl Heinz Roth, Rassismus von oben — Rassismus von unten, 1999 Heft 2/93

9) Winterpapier 1993. Die neuen Fluchtpunkte für die sozialen Konflikte der 90er Jahre, Anti-Rassismus-Büro Bremen, Dezember 1993

10) Karl Heinz Roth, Die Aufsprengung des Sozialstaats, 1999 Heft 1/94

11) Vergleiche meinen Artikel "Die Linke und die 'soziale Frage'" in BAHAMAS 12 zu dem schlichten rassistischen Werbemuster von Fascho- und Nazi-Parteien.

12) Selbständiger Arbeiter, lavoro autonomo, ein Begriff, den Roth von dem Mailänder Sergio Bologna übernommen hat. Vergleiche dazu aktuell: Sergio Bologna, Wenn immer mehr Menschen aus gesicherter Arbeit herausfallen, Frankfurter Rundschau, 16.2.94

Flexi ins Jahr 2000

„Schlanke" Produktion – „schlanke" Gewerkschaften

Wir erleben eine eigenartige Renaissance der "sozialen Frage". Daß die Marktwirtschaft keineswegs automatisch Arbeit und Brot gewährt und vielerorts soziale Probleme überhand nehmen, analysieren neuerdings Publikationen, denen die "Lage der arbeitenden Klassen" sonst nicht gerade Herzensanliegen ist.

Der "Spiegel" brachte 1993 nicht weniger als fünf Titel- und Langstories zum Thema Krise, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Und ausgerechnet der ballhornende Schöngeist Theo Sommer spickte einen Leitartikel in seiner "Zeit" so mit niederschmetternden Zahlen, als fröne er neuerdings dem sozialistischen Realismus: 17 Millionen seien EG-weit arbeitslos, in Deutschland allein fünf Millionen, die Industrieproduktion schrumpfe dramatisch, die Leistungsbilanz der BRD sei mit 33 Milliarden in den Miesen, die Staatsschulden betrügen 1.850 Milliarden, allein 245 Mrd. kämen 1993 neu dazu. Der deutsche Osten koste uns 1993 noch einmal 182 Transfermilliarden, weil dort von 3,5 Millionen Industriearbeitsplätzen gerade mal 700.000 übriggeblieben seien. Zusammenfassend bilanziert Sommer *"eine Strukturkrise, die rings um den Globus die Grundfesten des westlichen Produktions- und Sozialsystems erschüttert"* (16.7. 1993).

Wo so umfänglich und detailliert über Lohnarbeit und Kapital geschrieben, wo die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Akkumulation so schonungslos offengelegt wird, muß gewährleistet sein, daß niemand auf falsche, systemfeindliche Gedanken kommt. Das ist es. Eine Absage an die Marktwirtschaft ist, so schlimm sich die Dinge auch entwickeln, von niemandem zu befürchten. Von Planwirtschaft und Kommunismus ist sowieso nicht mehr die Rede.

Entsprechend lassen sich, so inflatorisch die Vorschläge zur Bewältigung der Krise auch werden, überall zwei Konstanten herausfiltern: größere Flexibilität beim Einsatz von Arbeit und die Umschichtung von konsumtiven zu produktiven Ausgaben; beides mit dem Ziel, am "Standort Deutschland" kostengünstiger zu produzieren.

Mit von der Partie sind auch die DGB-Gewerkschaften. Wo "Interessenvertretung" früher meinte, daß einseitig für höhere Löhne, für "Vermögensbeteiligung" und um "Machtpositionen" gerungen wurde, wird sie heute am Gesamtwohl des Unternehmens, der Branche oder des "nationalen Standortes" orientiert. Der von links kritisierte "Tradeunionismus" ist überwunden, allerdings in Richtung Verinnerlichung der Kapitallogik.

IG-Chemie-Chef Rappe formulierte offensiv die halbe Wahrheit: Er denke als Gewerkschafter immer zu fünfzig Prozent als Unternehmer. Die ÖTV regte 1988 eine Debatte über die "Zukunft des öffentlichen Dienstes" an, bei der definiert werden sollte, wie Verkehr, Müll, Gesundheit etc. als Dienstleistungsunternehmen modernisiert werden können. Daß das bei Rationalisierung und Kostensenkung enden würde, war vorprogrammiert. Ebenso bei der kleinen Schwester GEW. Ihr Vorsitzender Wunder meint, es sei Zeit, von gewerkschaftlicher Abwehr auf unternehmerische Gestaltung umzustellen, sich also konstruktiv "in den Sparprozeß einzumischen", die Lehrerarbeitszeit auch mal zu verlängern und Schulen unter dem Stichwort "Autonome Schule" als teilselbständige Wirtschaftseinheiten zu betreiben.

"Gewerkschaftliche Unternehmenspolitik"

Kreatives Mittun an unternehmerischer Praxis ist überall dort gefragt, wo Verzicht ansteht. Tarifpolitische Vorhut waren da, vor einem Jahr, die Lufthansa-Betriebsräte/ÖTV, die sich mit der Geschäftsleitung auf Lohnkürzungen einigten. Und seitdem Arbeitslosigkeit und Schulden flächendeckend die Marktwirtschaftsdebatte prägen, vergeht kein Tag mehr, an dem nicht irgendein Gewerkschafter als Unternehmer agiert und Kosteneinsparungen in Vorschlag bringt.

Das Vehikel dazu sind "Tariföffnungsklauseln", die von Unternehmensverbänden und der FDP generell gefordert werden und nun überall als Gewerkschaftsforderung übernommen werden, wo Krise angesagt ist. Zuerst hörte man von den Betriebsräten-Ost, die Sondertarife vereinbarten; dann öffnete sich die IG-Medien für Teilzeit und Vorruhestand; die IG-Metall befürwortete lohnsenkende "Sonderregelungen" fürs Ruhrgebiet, weil "wer zum Arbeitsamt muß, auch unter Tarif bezahlt" wird; und mit der VW-Vereinbarung über die Vier-Tage-Woche und Saisonarbeit (Blockschichten) wurden weitere Durchbrüche in Richtung Flexibilisierung von Lohnkosten realisiert.

Der zweite Einstieg in "gewerkschaftliche Unternehmenspolitik" mittels Lohnkostensenkung vollzieht sich über Modellbasteleien zum sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt. Das Thema ist im Grunde dasselbe: Fünf Millionen Unterstützungsempfänger sind zu teuer. Also empfehlen die Unternehmer wiederum durch Deregulierung des Tarifrechts einen zweiten Arbeitsmarkt in Billiglohnsektoren zu schaffen. Die Regierung, die so weit noch nicht gehen möchte, will einen Einstieg dahin über den neuen Paragraphen 249h Arbeitsförderungsgesetz, der Unternehmern ermöglicht, untertariflich bezahlte Beschäftigte anzuheuern. Und der DGB ist dabei, nachzuziehen.

Die Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim Bundesvorstand legte im Juli '93 ein Grundsatzpapier vor, mit dem die Wende zu Sonderarbeitsverhältnissen vollzogen wird. Darin heißt es, es sei *"unter sozialen wie unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten effizienter"*, sonst Arbeitslose *"durch den Einsatz in Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung"* als *"Humankapital"* zu erhalten, zumindest für den *"Erhalt ihrer Arbeitsmotivation"* zu sorgen. *"Verzahnt"* werden solle das mit *"Strukturpolitik und der betrieblichen Personalpolitik"*.

Im Klartext heißt das, in dieser oder jener Form im Privatsektor Lohnkostenzuschüsse für niedrig Qualifizierte zu befürworten und außertarifliche Beschäftigung in Staatsbetrieben zuzulassen. Mit beidem wird bisheriges Verständnis einer einheitlichen Tarifpolitik aufgegeben. Und es deckt sich mit dem, was Regierungsparteien und SPD auch vorschwebt, um den generellen Einstieg in Billigjobs "sozialverträglich" zu gestalten – vor allem was die ideologische Verbrämung angeht.

Ob konventionelle ABM oder "Zweiter Arbeitsmarkt", es rechnet sich nur, weil dem Arbeitgeber Außertarifliches ermöglicht wird. Einstweilen wird es mit Transferleistungen (Bundesanstalt für Arbeit, staatliche Zuschüsse) schmackhaft gemacht. Doch wer die Erosion von Sozialstaatlichkeit angesichts der "Verschuldungskrise" mitverfolgt, weiß, daß am

Ende der nackte Zwang stehen wird, jede Billig- und Drecksarbeit zuzulassen bzw. aufzuzwingen.

Der abwärtsgerichtete Fahrstuhleffekt, der faktisch alle Beschäftigungs- und Sozialpolitik prägt, ist an Zeitungsmeldungen ablesbar. Ich nehme die FAZ: Am 30. Juli attestiert sie genüßlich: *"Mit den Tarifergebnissen dieses Jahres (...) haben die Gewerkschaften ihr Ziel, den Reallohn zu sichern, wohl verfehlt."* Am 12. August meldet sie, daß mit dem "Sparpaket der Bundesregierung" das Arbeitslosengeld bis auf 59 Prozent, die -hilfe auf 53 Prozent abgesenkt und auf zwei Jahre begrenzt wird; danach gibt es nur noch Sozialhilfe. Über diese wiederum wird am 13. August mitgeteilt: *"Das Einfrieren der Sozialhilfe soll Abstände zum Lohn vergrößern"*. Weil die "Modellfamilie"-West nur noch 3095 DM verfügbares Einkommen hat, liege die "BSHG-Familie" mit 2995 DM schon kurz darunter. Und die "Modellfamilie"-Ost liege mit 1850 DM zum Leben sogar unter dortigen BSHG-Sätzen von 1880 DM pro vierköpfiger Familie.

Eben darauf konzentriert sich die Sorge um "soziale Gerechtigkeit" heute, daß niemand bei Kürzungen zu kurz kommt. Und als besonders erfindungsreich gelten die "Sozialpolitiker", die statt bürokratischer Abstufungen eine neue "Scala mobile" des Elends propagieren, wo die Übergänge zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit, zwischen Armut und Elend fließend sind und nebenbei aus der Not der Beschäftigungskrise die Tugend der Zwangsarbeit entsteht. Es geht, anders gesagt, um den marktwirtschaftlichen Umbau der Sozialpolitik. Einer ihrer Erfinder ist Milton Friedman mit seinem Konzept einer negativen Einkommensteuer. Propagiert wird es hierzulande z.B. vom "wissenschaftlichen Berater" der SPD, Fritz W. Scharpf. Dem "Stern" erläuterte er: *"(...) gerade im Niedriglohnbereich müssen wir eine große Zahl neuer Jobs schaffen. Es müssen Arbeitsplätze sein, die den Arbeitgeber tatsächlich weniger als bisher kosten (...) Denkbar wäre, daß der Staat über eine Art Negativsteuer Stundenlöhne von weniger als zehn Mark bezuschußt... Konkret: Ein Arbeiter bekommt fünf Mark vom Arbeitgeber und fünf Mark vom Staat aus Steuermitteln... bei sieben Mark Lohn sind es vier Mark, bei neun Mark drei Mark. Bei 15 Mark endet die Einkommenssubvention. Wenn 650.000 Personen im Niedriglohnbereich neue Arbeit finden, würde dadurch gegenüber heute ein Überschuß von 4,5 Milliarden Mark erwirtschaftet."*

Der Grundidee nach dasselbe verfolgt die Bundesregierung mit dem neuen Paragraphen 249h AFG, mit dem eine Mischfinanzierung untertariflicher Löhne aus Arbeitslosengeld und Arbeitgeberzuschuß ermöglicht wird; parallel dazu liegen die nationalistisch motivierten Vorschläge von Blüm, statt ausländischer Arbeitskräfte deutsche Sozialhilfe-Empfänger als Erntehelfer einzusetzen. Er will die niedrigen Löhne für Erntehelfer durch einen "Aufstockungsbetrag" anheben. Eine entsprechend teilfinanzierte "Gmeinschaftsarbeit" propagiert Wirtschaftsminister Rexrodt.

Gegen diese Varianten, untertarifliche Arbeit zu erzwingen, laufen Gewerkschaften und SPD Sturm, erwägen gar Klagen beim Bundesverfassungsgericht. Aber Tariföffnungsklauseln und Gemeinschaftsarbeiten, des Pudels Kern also, propagieren sie ebenso. Wovor sie zurückschrecken, ist die offen reaktionäre Propagierung von Zwangsarbeit. Diese ideologische Differenz ist wohl wichtig. Allerdings darf der materielle Gehalt der Drohung mit Zwangsarbeit nicht überschätzt werden. Denn für einen flächendeckenden, Millionen erfassenden "Reichsarbeitsdienst" gibt es heute keine ökonomische Basis. Um heute nationalökonomisch interessante Infrastrukturarbeiten durchzuführen, reicht es nicht, den Männern eine Schaufel und den Mädchen eine Harke in die Hand zu drücken. Gegenüber RAD-Zeiten hat sich hier (etwa beim Sielbau oder sonstigen Sanierungsmaßnahmen) die Kapitalintensität von Arbeitsplätzen drastisch erhöht.

Und an eben dieser Tatsache muß übrigens auch das ganze Tamtam von SPD und DGB um den Zweiten Arbeitsmarkt scheitern. Seit weit über zehn Jahren wird damit rumexperimentiert; aber nirgends gelang es, über "Beschäftigungsgesellschaften" mehr als einige hundert Erwerbslose in Arbeit zu bringen; meist von den Tätigkeitsfeldern her typische Heim-, Hobby-, Aufräum- und Verschönerungsarbeiten. Entsprechend tendiert die Wertschöpfung überall gegen Null.

Einzelaspekte der AB-Maßnahmen wirken zweifellos positiv. Programme zur Integration Benachteiligter (Behinderte, Alte, Frauen), Qualifizierungsprogramme, Überbrückungsmaßnahmen etc. sind sinnvolle sozialpolitische bzw. -therapeutische Hilfen, und z.T. bewirken sie auch die Reintegration in die "normale" Arbeitsgesellschaft. Andererseits ist empirisch belegt, daß der Ausbau von ABM Anfang der 80er Jahre angesichts kommunaler "Rotstiftpolitik" erfolgte, bei der zuerst Stellenstreichungen im Jugend-, Sozial- und Ausbildungssektor vorgenommen wurden, um sie dann mit billigeren AB-Jobs zu "kompensieren". Somit bestand der Hauptgesichtspunkt darin, daß der staatliche Arbeitgeber Personalkosten einsparte. Der Zugriff auf Versicherungsbeiträge garantierte, daß die Sache sich rechnet. Dasselbe ist jetzt im Kontext von DDR-Anschluß-Krise und Konjunktureinbruch wiederholt und ausgebaut worden.

Die Kardinalfrage, wann sich zusätzliche Beschäftigung "rechnet", muß, wegen der Fremdfinanzierung via Nürnberg, kaum gestellt werden; aber angesichts von "Abgabenlast" und "Verschuldungskrise" gerät sie immer mehr ins Blickfeld: Warum ist es der Weisheit letzter Schluß, Leute in Scheinbeschäftigungen mit einer Wertschöpfungsrate nahe Null zu halten, wo doch Standortsicherung mit abgestufter Lohnsubventionierung an allen Ecken und Enden, von Ex-Kombinaten über VW bis zu Kohle und Stahl, eingefordert wird? Oder warum sollte es nicht Baufirmen, Obstbauern, Reinigungsdiensten oder Privathaushalten ermöglicht werden, über Zuschüsse Arbeitslosen "produktive Tätigkeiten" anzubieten, statt sie mit wertlosen Aufräum- und Hobbyarbeiten hinzuhalten?

Derzeit ist jedoch unübersehbar: Die marktwirtschaftliche 80er-Jahre-Variante von Beschäftigungspolitik war effizienter. In den USA entstanden überall dort, wo "Billigjobs" auch sehr niedrige Kapitalkosten implizierten (Boten, Fast Food, Hausangestellte, Pflegepersonal etc.) millionenfache "Beschäftigungsinitiativen"; und sie kosteten den verschuldeten Staat keinen Cent. Weil das aber so ist, machen nur solche Vorschläge Sinn, die das Geschäft mit Billigarbeit tatsächlich ermöglichen. Der einfachste Weg dahin ist nun mal das Tarifrecht, über das Zwangsarbeit ohne formalen staatlichen Zwang realisiert werden kann – flankierende staatliche Maßnahmen kommen nur hinzu, sei es mit Zuckerbrot (Lohnsubventionen) oder mit der Peitsche (Zumutbarkeiten, Sozialkürzungen).

Marktwirtschaftliche Lösungen

Resümee also ist, daß die soziale Frage nur aufgeworfen wird, um sich, wie überall, marktwirtschaftlichen Lösungen anzunähern. Denn soviel ist evident: Von einer Rückbesinnung auf eine "soziale Staatsökonomie" kann nirgends die Rede sein. Im Gegenteil, überall wird weiter privatisiert, bei Bundesbahn und Bundespost, bei Krankenhäusern und Stadtwerken. Betriebswirtschaftliches Rechnungswesen und Kosteneinsparung sind angesagt, und dieser Logik haben sich alle gebeugt. Die geringen Unterschiede, die zwischen "linken" und rechten Parteien, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften noch exi-

Von Weimar nach Bonn und zurück?

Ähnlichkeiten und Unterschiede sozialer Entwicklungen 1929 und 1994

Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise wollte die DVP – die Partei der Industrie und des Großbürgertums – eine der wichtigsten sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik, die Arbeitslosenversicherung, als *"Systemfehler"* beseitigen, den *"sozialpolitischen Pfahl aus dem Fleische des kapitalistischen Wirtschaftssystems herausreißen"* (1929). In Medienkampagnen wurde der "Mißbrauch" dieser Institution angeprangert: Hotelangestellte in großen Kurorten, die nicht nur versicherungspflichtiges Gehalt, sondern enorme Trinkgelder im Sommer einstecken würden, um im Winter ganz bequem Arbeitslosengeld zu kassieren; Bauern, die ihre Söhne als Landarbeiter einstellen und sie hernach entlassen würden, damit sie Arbeitslosenunterstützung kassieren könnten.

Ähnlichkeiten zu heute sind frappierend – der "Umbau des Sozialstaats" BRD beginnt fast identisch wie das historische Vorbild. Eine großangelegte Mißbrauchs-Kampagne der Bundesregierung soll klarlegen, nicht nur wo gespart werden soll, sondern wer an der wirtschaftlichen Krise die Schuld trägt: die zahlreichen "Sozialschmarotzer" dieser Gesellschaft, die mit aller Selbstverständlichkeit die sozialen Einrichtungen dieses Staates benutzten. Daß diese keine Geschenke, sondern Ergebnisse eines aus Arbeit erwachsenen sozialen Sicherungssystems sind, wird geflissentlich übergangen. Bundeskanzler Kohls Rede vom Sozialstaat BRD als *"kollektivem Freizeitpark"* im Jahre 1993 ähnelt nicht zufällig Reichskanzler von Papens Angriff gegen den Weimarer Staat als *"Wohlfahrtsanstalt"* (Juni 1932).

"Bonn ist nicht Weimar", diese Binsenweisheit (Bonn ist tatsächlich nicht Weimar) wird um so mehr strapaziert, als es nötig wäre nach strukturellen Gemeinsamkeiten zu forschen. Dabei geht es auch um Phänomene, die Faschismus möglich gemacht haben: die Krise des Kapitalismus als eine Gesellschaftskrise, die als Politik-, Partei- und Parlamentsverdrossenheit daherkommt.

Von den Notverordnungen zur SKWPG

SKWPG heißt die Bonner Notverordnung vom Oktober 1993: *"Spar-, Konsolidie-*

Fortsetzung v. vorheriger Seite

stieren, bestehen in der Direktheit oder Brutalität bei der Thematisierung des "Unvermeidlichen". Da wird dann, um das Gesicht zu wahren, mal die Lohnsenkung als Einstieg in die Viertagewoche, die Saisonarbeit als "Blockschichtmodell" verkauft; oder die unausweichliche Debatte um Sondertarife und Billiglöhne über Wunschkataloge zum "Zweiten Arbeitsmarkt" schmackhaft gemacht.

Systematisch steht hinter allem aber dies: Die Internationalisierung der Arbeitsmärkte beseitigt die "nationale Tarifautonomie". Diese implizierte, daß das Angebot der Ware Arbeitskraft regional oder national monopolartig begrenzt war: Das Kapital konnte nur dort investieren, wo auch die Absatzmärkte lagen und wo ausgebildete Facharbeiter verfügbar waren. Das ermöglichte es nationalen Gewerkschaftsbünden, den Preis der Ware Arbeitskraft weit über deren Wert zu erhöhen, was den Charakter der Wohlstandsgesellschaften prägte. Die neuere Entwicklung führte aber dazu, daß einerseits jedes Produkt in alle Welt transportiert und andererseits fast jede Massenproduktion überall hinverlagert werden kann. Damit ist, marktwirtschaftlich gesprochen, die Monopolstellung der Ware Arbeitskraft in den hochentwickelten Ländern beseitigt. Ihr Preis kann dem Wert angeglichen werden, und der orientiert sich, wie Marx definierte, an dem zu ihrer Reproduktion notwendigen Minimum. Das wird jetzt ausgelotet. Und da sich auch Transferleistungen und Sozialhilfe immer am Lohnstandard orientierten, geraten sie automatisch mit ins Rutschen. Was also gegenwärtig unter Hinweis auf Konjunkturkrise, Ostgebiete und Krisenbranchen als Ausnahmezustand behandelt wird, ist tatsächlich neue Normalität: Die Umformung der Wohlstandsgesellschaften nach den Gesetzen von Konkurrenz und Tauschwert.

Dieser epochale Einschnitt wird als solcher fast nirgends wahrgenommen; auch nicht innerhalb der DGB-Gewerkschaften, obwohl sie eigentlich unmittelbar drinstecken und die Einzelfakten durchaus wahrnehmen: Sie wissen um die strukturelle Unverwertbarkeit der Arbeit, kennen die Daten der Standortverlagerungen, wissen um die seit Jahren sinkende Lohnquote und ihre tarifpolitische Ohnmacht, registrieren die eigene Mitgliederentwicklung. Aber sie registrieren nur die immer stärker werdende Strömung, einige fordern Schwimmkurse für Absaufende, andere jubeln über die neue Beweglichkeit – nur niemand thematisiert den Wasserfall, auf den alles zusteuert.

Die Marktwirtschaft infragestellen, das will oder wagt niemand. Ist die Mitglieder- und finanzielle Entwicklung katastrophal, so wird der Umbau der Gewerkschaft zum Dienstleistungsunternehmen angepeilt, für die, die als kaufkräftige Restkunden verbleiben: schlanke Gewerkschaft. Wird der Belegschaftskörper als zu feist und unbeweglich gegeißelt, stehen die gewerkschaftlichen Modernisierer auf der Matte, um Kurse in alternativer Lebenskultur zu verordnen: Mehr Freizeit, größere Mobilität und Flexibilität, Umschulung, partnerschaftliches Job-sharing and so on. Setzt sich die Erkenntnis durch, daß Überleben nur durch Privatisierung gesichert werden kann, kommen sofort die gewerkschaftlichen Konzepte zum "Umbau", zu größerer Autonomie oder neuen Dienstleistungsangeboten öffentlicher Unternehmen.

Christian Schmidt

rungs- und Wachstumsprogramm Gesetz". "Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" nannte Brüning zwischen 1930 bis 1932 seine Spar- und Deflationspolitik zu Lasten der Armen, die zu einem raschen Verfall der Kaufkraft und einer ebenso raschen Verschärfung der Krise für Arbeitende und Arbeitslose führte. Nach Brünings vierter Notverordnung gab es 1932 offizielle 6,128 Millionen (geschätzte 10 Mio.) Arbeitslose in Deutschland. Dem Kabinett Brüning folgten in immer kürzeren Abständen zwei weitere Präsidialkabinette von Papens (sechs Monate) und Schleichers (zwei Monate), die nur noch nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung unter Ausschaltung des Parlaments regierten, ehe am 30. Januar 1933, die verfassungsmäßige Übertragung der Macht an Adolf Hitler stattfand.

Kaum war das SKWP Gesetz, kündigten Kohl, Waigel, Schäuble weitere Einsparungen an. Die zweite demokratische Notverordnung, der die dritte, vierte usw. folgt?

An dieser Stelle muß von einigen Unterschieden gesprochen werden. Der erste wichtige: die Wirtschaftskrise. Die Weimarer erfolgte im Kontext einer Weltwirtschaftskrise, die nicht nur Absatzstockungen und konjunkturelle Rückgänge brachte, sondern eine tiefgreifende Akkumulationskrise war. Der übliche Krisenbehebungs-Mechanismus war durch Kapitalmangel infolge der Bankenkrise (Abzug ausländischen Kapitals aus Deutschland) und der Lasten aus den Reparationen des Versailler Vertrages nicht anwendbar. Die deutschen Kapitalbesitzer verlangten vom Staat daher einen quasi Totalschnitt in die soziale Sicherung und das kollektive Arbeits- und Tarifrecht.

Die Mittel "zur Belebung der Wirtschaft" (wie die späteren Notverordnungen hießen) mußten daher nahezu ausschließlich von den Arbeitenden und Arbeitslosen im Lande geholt werden. Innerhalb von 1 1/2 Jahren, hatte der ADGB Ende 1931 errechnet, waren die Löhne um durchschnittlich 28% gesunken, mehr als das Doppelte der gleichfalls versprochenen Preissenkungen. Die binnenwirtschaftliche Krise war damit dramatisch verschärft worden. Die außenwirtschaftliche Expansion haperte an den Folgen der Weltwirtschaftskrise auf dem Weltmarkt, der zum großen Teil zusammengebrochen war, zumal das Deutsche Reich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg immer noch nicht in den Rang einer ökonomischen Großmacht aufgestiegen war. Den erreichte es erst mit allen weiteren Folgen durch das gänzlich auf Aufrüstung und territoriale sowie kriegerische Expansion ausgerichtete nationalsozialistische Programm.

Und Anfang 1994? Der Unterschied ist augenfällig: Die Bundesrepublik ist nach wie vor die zweitgrößte Exportnation hinter den USA, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl sogar die Nummer Eins. Anders als 1929 tobt der Kampf um Weltmarktanteile aus deutscher Sicht also nicht vom Ausgangspunkt eines wirtschaftlichen Nachzüglers aus, sondern im Spitzenkampf.

Alles für den "Standort Deutschland"

Ist also die Krisenlage unterschiedlich zu Weimar, so gibt es dennoch strukturelle Ähnlichkeiten. In der Krise wird der, vornehm "Umbau des Sozialstaats" umschriebene, Abbau von Lohn- und Sozialleistungen in einem Ausmaß betrieben, wie es die Bundesrepublik noch nicht erlebt hat. Nach dem Sieg der Marktwirtschaft 1989/90 auf Weltebene soll künftig auch die Sozialpolitik auf Marktkriterien umgestellt werden. Neben dem technologischen Wettlauf ist der Kampf um die Höhe (besser: Tiefe) des Lohns zum maßgeblichen in der Krise geworden. Dabei wird auf einen nationalen Konsens zurückgegriffen, der den heutigen sozialen Widerstand so hilflos erscheinen läßt: der "Standort Deutschland" muß Weltspitze sein, dem hat sich alles andere unterzuordnen. Entsprechend defensiv ist die Ablehnung sozialer Einschnitte; die Lage ist nicht nur aufgrund der Widerstandsbedingungen strategisch ungünstig, sondern die Formulierungen der Gegner des Sozialabbaus, allen voran der Gewerkschaften, folgen keiner anderen Logik. Da es keine gesellschaftliche und ökonomische Alternative zum marktwirtschaftlichen Raubzug des Leistungsstärkeren gibt, orientiert sich auch der soziale Widerstand an der Standortpolitik. Und das heißt: wir auf Kosten der anderen, zunächst im internationalen Rahmen und sodann auch national. Was dem "Standort Deutschland" nicht nützt, schadet ihm. Also beginnt der innere Raubzug bei denen, die den Standortkriterien nicht entsprechen. Kein Wunder, daß es zuerst die Nichtdeutschen getroffen hat und als nächste Arbeitslose und Sozialhilfebezieher.

Die heutigen Krisenbewältigungsmaßnahmen, Sparpolitik und Kürzungen folgen nahezu identisch dem Weimarer Muster. Um investives Kapital freizumachen, wurden von Notverordnung zu Notverordnung in mehreren Schritten: die Arbeitslosenhilfe gekürzt, immer größere Gruppen davon ausgenommen, die damalige "Fürsorge" reduziert, die Zumutbarkeitsanordnungen verschärft, die Krankenversicherung verschlechtert, Verbrauchs- und Einkommenssteuern erhöht, Unternehmenssteuern gesenkt.

Krisenbewältigung wie in Weimar

Der Unterschied zu heute besteht im Niveau der Leistungen, nicht aber in der Tendenz, den Standort Deutschland und deutsche Ambitionen in der Welt zu Lasten der sozial Schwächsten fit zu machen. Beispiel Arbeitslosenunterstützung: galt in der Bundesrepublik bis vor kurzem als Dauer des Arbeitslosengeldbezugs mindestens ein Jahr (altersmäßig nach oben verlängert), danach Arbeitslosenhilfe praktisch auf "Lebenszeit", zusätzlich abgesichert durch die Sozialhilfe, die vom grundlegenden Lebensbedarf ausging (also ein quasi "Existenzminimum" formulierte), gab es in Weimar nur 26 Wochen Arbeitslosengeld. Danach setzte die sogenannte "Krisenfürsorge" für weitere 26 Wochen ein, so daß nach einem Jahr der Arbeitslose auf das Hungerniveau der "Fürsorge" angewiesen war. Bereits Mitte 1932 waren mehr als die Hälfte der damals 5,7 Millionen Arbeitslosen aus den Leistungen der Versicherung rausgefallen und mußten von der "Fürsorge" leben, die wiederum die kommunalen Haushalte enorm belastete.

Die Kürzungsspirale warf Anfang 1933 jeden Erwerbslosen mit Beginn der Arbeitslosigkeit auf ein so niedriges Niveau zurück, daß er praktisch "Fürsorge"empfänger war. 1993 scheiterte erst im letzten Augenblick am Widerstand der Kommunen der Plan der Bundesregierung, die Arbeitslosenhilfe nach zwei Jahren auslaufen zu lassen, so daß der heutige Arbeitslose nach zumeist drei Jahren auf die Sozialhilfe zurückgeworfen wäre. Angesichts der aktuellen Entwicklung dürfte klar sein, daß aufgeschoben nicht aufgehoben bedeutet. Der nächste Sparhaushalt ist in Vorbereitung. Die Tendenz ist dabei nicht neu. Bereits in den ersten beiden Jahren der "Wenderegierung" Kohl wurden Arbeitslosengeld und -hilfe gekürzt. Die jüngsten Kürzungen, vor allem der Hilfe, werden die Zahl der Sozialhilfebezieher vervielfachen. Ähnlich die Entwicklung der Sozialhilfe seit 1982: die Kürzungsdynamik hat einen Stand erreicht, der den Grundgedanken der Sicherung des Lebensbedarfs de facto aufgegeben hat. Sozialhilfe orientiert sich immer mehr an der ausgabenpolitischen Seite, um den Staatshaushalt zu entbzw. nicht ansteigend zu belasten und das gesamte Lohnniveau zu senken.

Der erste große Anlauf gegen bisherige Sozialstandards ist "erfolgreich" gemeistert. Die Vielzahl der in die Diskussion

gebrachten Vorschläge (von der 7-Tage-Woche, 10-Stundentag, über Streichung von Urlaubsgeld bis hin zu Karenztagen) folgt zum einen der Methode "steter Tropfen höhlt den Stein". Zum anderen dürfte der nächste große Einschnitt ein knappes Jahr auf sich warten lassen. 1994 ist bekanntlich "Superwahljahr". Da verbietet sich aus Rücksichtnahme auf die Wähler so mancher Schnitt, der real bereits vorbereitet wird.

Im Kern geht es bei allen Maßnahmen um den Lohn. Macht man sich die Logik der Standortsicherung zu eigen, dann stimmen die Rechnungen, die besagen, daß diese am ehesten über die Senkung der Arbeitskosten zu erreichen ist. Ein Blick auf die verschärfte weltwirtschaftliche Konkurrenz wirkt dabei durchaus überzeugend. Daß die "soziale Frage" seit einem guten Jahr so massiv in der öffentlichen Diskussion aufgeworfen wird ("Sozialabbau" ist "das Wort des Jahres" 1993), soll diese Einsicht verallgemeinern.

Der Angriff auf Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe soll das gesamte Lohngefüge nach unten verschieben, mit einer Tendenz der Anpassung an vergleichbare Standards der Konkurrenten. "Die Wahrung des Lohnabstandsgebots in der Sozialhilfe", wie es im Rexrodt-Papier der Bundesregierung vom September 1993 heißt, meint genau diese Abwärtsorientierung. Der bisherige "Soziallohn" ist eben nicht nur eine Belastung der öffentlichen Haushalte, sondern behindert auch das Absenken des Lohns auf eine Höhe, die bislang als ausreichendes Sozialeinkommen für all jene galt, die keine Arbeit haben. Die Summen, die dabei eingespart werden und die deutschen Produkte konkurrenzfähger machen sollen, liegen bei weitem über den zweistelligen Milliarden-Beträgen, die beim Soziallohn derzeit gespart werden.

Der nächste große Angriff gilt dem Tarifrecht, auch hier ist (ausgehend von einer veränderten Entwicklungsstufe dieses Rechts) die Parallele zu Weimar verblüffend. Um *"Die Macht des Tarifkartells zu verringern"*, schreibt die FAZ 1994, böten sich *"erste Reformschritte"* an: *"Die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit"* der Tarifverträge. Genau diese erfolgte durch Staatseingriff seit 1930. Die FAZ will weiter: *"Die zwingende Einführung von Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen und die Einrichtung von Tarifgruppen für Arbeitslose"*. Letzteres ist bereits Teil von Rexrodts Forderungskatalog an die Tarifpartner.

Die Tariföffnungsklauseln sind zwar noch nicht "zwingend", aber zunehmend Realität. Dabei sind die Vereinbarungen verwirrend unterschiedlich. Bei Opel verzichten die Beschäftigten auf Lohnerhöhung und Weihnachtsgeldanteile, um den "Standort zu retten". Im Ruhrbergbau werden Freischichten gegen Lohnverzicht eingetauscht, um Entlassungen zu vermeiden. Bei IBM wird bei gleichbleibendem Gehalt die Wochenarbeitszeit um zwei Stunden verlängert.

VW – Modell neuer Solidarität?

VW kürzt die Arbeitszeit um 20% bei gleichbleibendem Monatslohn, weil alle Lohnbestandteile wie Sonderzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeldanteile sowie Verzicht auf die Tariferhöhung als monatliche Zahlung einberechnet sind. Per saldo läuft das auf ca. 15% weniger Lohn hinaus. Der VW-Vorstand sieht in der Arbeitszeitverkürzung eine flexiblere Möglichkeit des Arbeitskräfteeinsatzes, die *"zusätzliche Produktivitätseffekte freisetzt"*. Dieser Weg soll weitergegangen werden. Nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit folgt das VW-"Blockmodell" (acht oder neun Monate Arbeit im Jahr, Freizeit für Fortbildung) und das "Stafettenmodell" (Teilzeitarbeit für junge und ältere Beschäftigte). Immer steht dabei das Interesse im Vordergrund, den Beschäftigten an den Betrieb zu binden und ihn in der Arbeitszeit optimal zu verwerten.

Wie da Grüne oder die "taz" (*"Teilen in der Klasse"*) auf die Idee kommen können, es handele sich um eine Chance für eine "solidarische Gesellschaft", bleibt nur dann rätselhaft, wenn man nicht mitbekommen hat, wie sehr ihnen seit 1989 das nationale Wohl ans Herz gewachsen ist. Alle unterschiedlichen Modelle der Flexibilisierung haben nur das Ziel, Kosten zu senken und Produktivität zu erhöhen. Sie schaffen nicht einen neuen Arbeitsplatz, was spätestens dann deutlich werden wird, wenn die Absatzflaute vorüber ist und die Beschäftigten bedarfsweise auch wieder länger arbeiten müssen.

Auch die Gewerkschaften fügen sich in das "Unvermeidliche" und propagieren ihrerseits den Tarifabbau als Möglichkeit, den "Standort Deutschland" zu bewahren. Diese Haltung erinnert an die Politik des ADGB gegenüber den Weimarer Notverordnungen: *"Mit Zähneknirschen muß das Ärgste hingenommen werden, um das Allerärgste zu verhüten"* (Dezember 1931, 14 Monate vor der Machtübertragung an Hitler).

Die Akzeptanz solcher Lohnnivellierungsmodelle wie bei VW hat ihren einzigen Grund im relativ hohen Standard des Lohns und aller sozialen Bestandteile bei VW, das die höchsten Gehälter in der Industrie zahlt, und im Ruhrbergbau, der keine expansive Zukunft hat, sondern seit den sechziger Jahren ständig an Bedeutung verliert. Übertragen auf den gesellschaftlichen Durchschnitt, wird deutlich, daß was bei VW finanziell vielleicht verkraftbar ist, den Durchschnittsverdiener erheblich mehr belasten und die sozial Schwachen abstürzen lassen wird.

Arbeitgeberpräsident Murmann liegt sicher richtig, wenn er das Modell VW als Muster dafür sieht, daß der *"Flächentarifvertrag selbst auf dem Spiel steht"*. Konsequenz wäre dann nicht einfach die Abschaffung jeglichen Tarifrechts, wohl aber die Aufsplittung kollektiver Tarifverträge, die ja u.a. auch die Funktion haben, die gewerkschaftlich schwächer organisierten Teile vor unternehmerischer Willkür zu schützen. Das Tarifrecht wäre dann letztendlich vom jeweiligen Unternehmensinteresse regierbar. Die verwirrende Vielzahl von Lohnsenkung, Arbeitszeitverkürzung oder Anhebung erfährt hier ihre Auflösung. Verfügbarkeit, nicht Solidarität ist Trumpf.

Von der "Gemeinschaftsarbeit" zum Arbeitsdienst

"Gemeinnutz geht vor Eigennutz" war ein volkstümlicher Slogan der Nazis, mit dem ein vermeintlich gemeinsames Interesse erzwungen werden sollte. Die aktuelle "Wertediskussion" müht sich just an solcher Demagogie ab. Ob Rexrodt in seinem schon erwähnten Papier *"Verantwortungsbewußtsein, Mitmenschlichkeit, Zuverlässigkeit, Treue, Pünktlichkeit, Entscheidungs- und Gestaltungsbereitschaft"* einklagt, oder die sozialdemokratische Symbolfigur preußischer Sekundärtugenden, Helmut Schmidt, sich seiner Jugend und Reichswehrzeit erinnert und kriegsgleiche Gemeinschaftsanstrengungen für "unser Land" einfordert, immer geht es dabei um das Eine: die Bevölkerung soll fit gemacht werden für die Nation und ihr Kapital.

Damit bin ich bei den verschiedenen Formen des Arbeitseinsatzes für "die Gemeinschaft", die vorzuschlagen Konjunktur hat. Bundespräsident Weizsäcker fordert "Dienstpflicht für alle" (möglicherweise auch für Frauen) z.B. in der Entwicklungshilfe, im Umweltschutz, in den sozialen Diensten. Rexrodt wirbt allerorten für "Gemeinschaftsarbeit" (GemA) unter Tarif, die zudem den Vorteil hat, anders als ABM-Tätigkeiten keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld nach sich zu ziehen. Der Schmidt-Schüler Voscherau in Hamburg geht angesichts rechter Wahlerfolge sogar so weit, im "Spiegel" in Vorbereitung auf

die weiter sinkende Zahl von Industriearbeitsplätzen nicht nur eine Ausdehnung "öffentlicher Arbeitsplätze" vorzuschlagen, sondern an Arbeitszwang zu denken. Man müsse *"eine Sanktion für Menschen schaffen, die arbeiten können, aber trotzdem nicht wollen"*.

Dafür wurde, öffentlich kaum registriert, die gesetzliche Grundlage bereits geschaffen. Durch Änderung eines Wörtchens im Bundessozialhilfegesetz hat die Bundesregierung die bisherige Kann-Vorschrift, daß die Träger der Sozialhilfe die Bezieher zu "gemeinnütziger Arbeit" heranziehen können, in eine Soll-Vorschrift umgewandelt. Künftig haben die Kommunen die Pflicht, im Einzelfall *"die Gewöhnung eines Hilfesuchenden an eine berufliche Tätigkeit besonders zu fördern oder seine Bereitschaft zur Arbeit zu prüfen"*, indem *"ihm für eine notwendige Dauer eine hierfür geeignete Tätigkeit oder Maßnahmen anzubieten"* ist. Allein, an der Realität der Kommunen wird die massenhafte Umsetzung dieses Muß scheitern. Es gibt kein umfassendes Konzept für solche "gemeinnützigen" Tätigkeiten. *"So viel Laub, wie da gefegt werden soll, gibt es nicht mal im Herbst"*, spottete die Berliner Sozialsenatorin. Doch wird dies ein ungelöstes Problem bleiben?

Angesichts der Tatsache, daß industrielle Arbeitsplätze hierzulande trotz Kostensenkungen nicht vermehrt werden, daß nach dem Wegfall der Systemgrenze die Billiglohnproduktion vor der deutschen Haustür in Osteuropa liegt (ein gut ausgebildeter tschechischer Arbeiter erhält 15% des Lohn eines deutschen), wird ganz offensichtlich mit einer steigenden Zahl Arbeitsloser kalkuliert. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis man sich "bewährter" Rezepte nicht nur erinnern, sondern sie auch praktizieren wird.

Hat Hitler den Arbeitsdienst erfunden?

Es war die liberale Gräfin Dönhoff in der "Zeit", die die Erinnerung präzisierte. Nazi-Brandstifter und Mörder motivierten sie zu der Überlegung, die jungen Leute im Osten dürften *"nicht ohne Arbeit"* und *"ohne Jugendklubs" "sich selbst überlassen"* werden. Was liegt da näher, als ein *"Dienst an der Gemeinschaft"*? Gräfin Dönhoff fuhr fort: *"Es ist absurd, wenn man vor dieser Maßnahme zurückschreckt, weil angeblich Hitler den Arbeitsdienst erfunden hat. Er hat ihn gar nicht erfunden, er hat ihn nur zu einer vormilitärischen Organisation pervertiert. Seine Konzeption, an der Helmut von Moltke und seine Freunde vom späteren Widerstand mitgewirkt haben, war das Bestreben, Arbeiter, Bauern und Studenten in Bildungslagern zusammenzuführen. Dieser Arbeitsdienst hatte schon zur Zeit von Brüning 100.000 Mitglieder."*

Im September 1932 "durften" exakt 144.100 Jugendliche unter 25 Jahren einen zunächst 20-, später 40-wöchigen "Freiwilligen Arbeitsdienst" (FAD) ableisten. Im Straßen-, Wald- und Wanderwegebau, bei der Kultivierung von Moor und Heide, beim Bau von Sportanlagen, aber auch in der Arbeit in Steinbrüchen und Kiesgruben wurde *"systematische Arbeitsschulung"* und *"kollektive Selbsthilfe"* eingeübt, wie es – man glaubt es kaum – der ADGB formulierte. Der FAD war Teil der ersten Brüningschen Notverordnung vom Juni 1931 und sollte der *"produktiven Verwendung der Arbeitslosenunterstützung"* dienen. Die Vergabe und Prüfung erfolgte durch die Arbeitsämter. Träger waren Kommunen, Körperschaften öffentlichen Rechts, Stiftungen, Kirchengemeinden, Genossenschaften, Gewerkschaften, Technische Nothilfe und Sportvereine.

Der FAD war ein Tummelplatz deutschnationaler und nationalsozialistischer Gruppierungen und bot die Grundlage für den Reichsarbeitsdienst der Nationalsozialisten, die ihn 1935 zur gesetzlichen Dienstpflicht für jeden Jugendlichen ab 18 Jahre (Dauer: sechs Monate) machten. Ehemalige Offiziere brachten Jugendlichen – häufig in großen Arbeitslagern – Arbeitsdisziplin bei.

Gräfin Dönhoff hat also recht. Hitler hat so wenig den Arbeitsdienst erfunden, wie die Arbeit, die Ausbeutung, den Krieg. Interessanter als die Frage, wer das Erfinderpatent besitzt, ist aber, ob solche Maßnahmen den Weg für die Hitlers bereiten. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg waren "Notstandsarbeiten" (*"um unverschuldete Arbeitslosigkeit außerhalb des Rahmens der Armenpflege durch unfreie Arbeit zu bekämpfen"*) gesetzlich fixiert. Im Ersten Weltkrieg wurden sie zur Dienstverpflichtung im "Vaterländischen Hilfsdienst" 1916 ausgebaut, wenngleich nicht mit dem Ziel, Arbeitslose zu beschäftigen, sondern jenem, den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel zu beseitigen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die "Notstandsarbeiten" eine Form der "Erwerbslosenfürsorge": *"Seine* (des "Notstandsarbeiters") *Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung dar, die er erhält"* (1923). Bei Verweigerung wurde die Unterstützungszahlung eingestellt. In der Folge wurden "gemeinnützige Arbeit" (Fürsorgearbeit) und "Pflichtarbeit" bei Bezug von Unterstützung Gesetz. Wer sich dem wiederholt entzog, kam ins "Arbeitshaus". In der Weltwirtschaftskrise wurde per Notverordnung die Pflichtarbeit auf alle Unterstützungsempfänger ausgedehnt und mit dem FAD die Arbeitszwangmöglichkeiten erweitert.

Kern des Arbeitsdienstkonzepts waren nie rein militärische Konzepte. Drei Hauptargumente für den Arbeitsdienst waren ausschlaggebend. Neben dem Aspekt der vormilitärischen Ausbildung standen vor allem ökonomische und pädagogische Erwägungen im Vordergrund. Die pädagogische ging – und da dürfte sich Frau Dönhoff wiederfinden – davon aus, daß praktisch jede Art von Beschäftigung besser sei als Arbeitslosigkeit. Erziehung durch Arbeit galt in der Pädagogik als ein Wert, der heute wiederbelebt wird gegen die sogenannte "permissive society".

Genau hier setzten also ADGB und Sozialdemokratie an. Er stellte seine Bedenken gegenüber dem FAD aus "sozialpädagogischen" Gründen zurück, um "Verwahrlosung, Radikalisierung und Kriminalität" von Jugendlichen zu verhindern. Mit dem "sozialen Dienst" beteiligten sich ADGB, "Arbeiterwohlfahrt" und andere SPD-nahe Organisationen am FAD, ohne allerdings dessen Ausgestaltung den Konservativen und Nationalsozialisten entziehen zu können. Daß damit Werte unterstützt wurden, die den Nazis nutzbar waren, war das eine Problem. Das andere bestand in der mit dem Arbeitsdienst erfolgenden faktischen Untergrabung von Arbeits- und Tarifrecht, das den Gewerkschaften dadurch zunehmend entzogen wurde. In der Krise ersetzten die Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Pflichtarbeit und Arbeitsdienstverhältnisse zunehmend den "freien" Arbeitsvertrag und den Tariflohn.

Arbeitszwang durch Zwang zur Arbeit

Die Nationalsozialisten haben für den Arbeitsdienst ein System des *"Dreischritts"* entwickelt: *"Schulpflicht, Arbeitspflicht, Wehrpflicht"*, um am Ende den total verfügbaren deutschen Staatsbürger zur Verwendung zu haben. Doch auch sie wußten ihr Vorhaben gemeinschaftlich zu formulieren: *"Die Schule des Arbeitsdienstes (sollte) der Jugend unseres Volkes auch die so notwendige staatsbürgerliche Erziehung zu nationaler Pflicht... und sozialem Gemeinschaftsempfinden geben"*, wie Oberst a.D. Konstantin Hierl ("Beauftragter des Führers für den Arbeitsdienst") 1932 formulierte.

Auch der FAD war so freiwillig, wie er sich ausgab, nicht. In dem Maße, wie die

Gesellschaft keine Alternative ließ, erzwangen die Verhältnisse, daß er "angenommen" wurde. Freiwilligkeit läßt sich also auch herstellen, und der Gräfin sei's geglaubt, sie will keinen Reichsarbeitsdienst. Zur Zeit muß man davon ausgehen, daß alle Überlegungen zwischen Dienstpflicht und "Gemeinschaftsarbeit", die behaupten, Alternativen gegen Arbeitslosigkeit zu sein, weniger realen Wert haben, als vielmehr ideologische Bedeutung. Sie sollen die Einsicht in die Notwendigkeit von Verschärfungen verstärken und als jederzeit anwendbares Druckmittel gegen die Arbeitslosen fungieren. Derzeit ist der billigste Weg zu Niedriglohnarbeit noch jener, der tarifrechtlich regelt, daß der bisherige Schutz von Arbeitsverhältnissen aufgehoben und abgestufte Arbeit unterhalb der geltenden Tarife zugelassen werden kann. So ließe sich aus der Not der Zwang zur Arbeit ohne staatlich organisierten Arbeitszwang realisieren.

Mittelfristig (das kann schneller gehen, als heute oft vermutet) dürften allerdings Überlegungen zunehmen, das wachsende Heer der Arbeitslosen angesichts viel zu teurer Arbeit in produktive Tätigkeiten zu schieben. Das SPD-Konzept, *"Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren"*, dürfte dann einen neuen Akzent erhalten, den ihm die Erfinder nicht zugedacht hatten. Der nationalsozialistische Reichsarbeitsdienst war eine Form der Verwirklichung solcher Forderung. Voraussetzung für solche Lösungen ist indes die staatskapitalistische Organisierung anderer Tätigkeiten als der Arbeit in vereinzelten kommunalen Beschäftigungsgesellschaften oder das Laubharken; Voraussetzung wäre weiter ein Konsens zwischen den Trägern des Staates und dem Großkapital, denn nicht zuletzt würden solche Überlegungen zu Lasten mittelständischer und kleiner Unternehmen gehen. Für eine solche Übereinkunft gibt es aber immerhin ein "erfolgreiches" Vorbild in der deutschen Geschichte.

Geschichtsvergleich und Faschisierung

Drei abschließende Überlegungen:

1. Hier soll keineswegs eine durchgehende Verbindungslinie zwischen Nationalsozialismus und heutiger Realität gezogen werden, zumal auch 1933 der Weg in den deutschen Faschismus keine Notwendigkeit, keine Zwangsläufigkeit, sondern eine politische Entscheidung war. Allerdings gehe ich von einem Prozeß der Faschisierung aus, der strukturelle Identitäten aufweist und zugleich auf deutsche, spezifisch deutsche Kontinuitäten verweist. Das hier Beschriebene konnte nur einzelne Aspekte betreffen. Es wäre auf die Entwicklung deutscher Großmacht-, Europa-, Außen- und Militärpolitik ebenso einzugehen, wie auf ein zunehmendes "faschisiertes Massenbewußtsein", das sich am offenkundigsten rund um die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock artikuliert hat.

2. Ich habe auf den Unterschied in der Wirtschafts- und Armutsentwicklung zwischen 1930 und 1993 verwiesen. Der muß insoweit relativiert werden, als Armut eine schwer objektivierbare Größe ist. Gemessen an den Standards der Gesellschaft, kultureller und Konsum-Entwicklung sind gesellschaftliche Isolierung und relative Verarmung 1993 anders zu bewerten, als der lineare materielle Vergleich zu 1930 ergäbe.

Hinzu tritt eine andere Komponente, die sehr deutsch ist. Der deutsch-nationale und später nationalsozialistische Begriff der "Herrenrasse" hat sich in "modernisierter" Form bis heute erhalten. Im "made in Germany", im "wir müssen selbstverständlich überall Spitze sein, und wenn wir es nicht sind, dann sind in der Regel andere daran schuld", gibt es eine Kontinuität. Die Entwicklung zwischen 1990, als Kohl "blühende Landschaften" und "keinem wird es schlechter, vielen wird es besser gehen", versprach, und 1993, wo allerorten Verbitterung angesichts des Ausbleibens dieses Versprechens herrscht, verlief u.a. deswegen so rasant nach rechts, weil die Attribute einer Großmacht Deutschland als eine vermeintliche Selbstverständlichkeit eingeklagt werden. In der verkürzten und verklärten Wahrnehmung der Wiedervereinigungs-Euphorie liegt ja nicht nur D-Mark-Verdummung, sondern auch eine Selbstherrlichkeit des "wir sind ein Volk" – die Angst machen muß, weil ihr Umschlag in Aggression ihr eingeschrieben ist. Der neue Rassismus verweist als Volks-"reflex" darauf, daß Faschismus und Faschisierung nicht nur eine Staatsveranstaltung und eine Verschwörung von Staat und Kapital sind.

3. Der oben angesprochene Widerspruch zwischen Internationalisierung von Produktion, Märkten und Arbeitsmärkten und zunehmender nationaler Rhetorik – einem neuen Nationalismus – seit 1990 bedarf der Erklärung. 1990, als das "Ende der Geschichte" nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus vorhergesagt wurde, mochte es kurzzeitig so scheinen, als stünde eine "Weltgesellschaft" auf der Tagesordnung. Das Gegenteil ist der Fall. Zunehmende Konkurrenz als notwendiger Bestandteil des Kapitalismus beherrscht seither das Weltgeschehen. Diese Konkurrenz wird sich mit verstärkender Tendenz national organisieren, und zwar nicht nur in den Verlierergesellschaften des Ostens.

Man wird also erleben, daß kapitalistische Modernisierer wie Stoiber ihren Anti-Europaismus regionalistisch (was nur eine Spielart des Nationalismus ist) artikulieren, und trotzdem für den immer schwieriger werdenden freien Welthandel, den ungehinderten Zugang zu Ressourcen anderswo und Deutschlands Spitzenstellung auf dem Weltmarkt eifern werden, weil der Reichtum dieses Landes darauf basiert. In dem Maße, wie die Konkurrenz in internationalen Abkommen nicht mehr bruchlos regulierbar ist, was sich nicht zuletzt bei GATT, aber auch in den veränderten Interessenlagen in Europa (Deutschlands Objekt wirtschaftlicher Begierden ist Osteuropa geworden) zeigt, nehmen nationale Konflikte und Nationalismus zu.

Dieser Nationalismus, der eine "Volksgemeinschaft" einen kann, wenn sie bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Interessen auf ein Gemeinsames sich einigt – nämlich Deutschlands Spitzenstellung in der Welt zu verteidigen, die durch andere gefährdet sei – ist eine weitere Quelle von Faschisierung.

Heiner Möller

"Madame Geschichte" und die Kämpfe

Zur Kritik der Rosa-Luxemburg-Nostalgie

Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf den Rosa-Luxemburg-Tagen Ende Januar 1994 in Stuttgart; Zwischenüberschriften wurden redaktionell ergänzt.

Mit Rosa Luxemburg verbindet die Linke die Idee eines aufrechten, demokratischen Sozialismus, der den Integrationsmechanismen der sich entwickelnden parlamentarisch repräsentativen Demokratie genauso widerstand wie dem Parteikommunismus bolschewistischer Prägung.

Einerseits kritisierte Rosa Luxemburg bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt – 1903 – Lenins Organisationsmodell als "ultrazentristisch"(2). Andererseits galt ihr Kampf in der deutschen Sozialdemokratie zwei theoretischen und politischen Tendenzen, die – vereinfachend – mit den Namen Kautsky und Bernstein verbunden werden können. Während Kautsky die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihren großen revolutionären Auftritt sah: *"Unsere Aufgabe ist es nicht, die Revolution zu organisieren, sondern uns selbst für die Revolution zu organisieren; nicht die Revolution zu machen, sondern sie zu benutzen" (3),* sah Bernstein die Aufgabe im täglichen Ringen um kompromißhafte Verbesserungen für das soziale und politische Leben, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern tendenziell aller Menschen.

Massenstreik und "objektive Notwendigkeit"

Kautsky und Bernstein repräsentieren in gewisser Hinsicht mit ihren unterschiedlichen Strategien das Parteiprogramm und die Praxis der frühen SPD. Minimalforderungen, die von der Tendenz her kapitalismusimmanent gelöst werden können, standen dem proklamierten Endziel, der Erreichung des Sozialismus, unvermittelt gegenüber. In diesem programmatischen Auseinanderklaffen sah Rosa Luxemburg die zentrale politische Schwäche der SPD. *"Der weltgeschichtliche Vormarsch des Proletariats (...) ist ein Prozeß (...) Diesen Willen können sich die Massen (...) nur im alltäglichen Kampfe (...) ausbilden. Die Vereinigung (...) des alltäglichen Kampfes mit der revolutionären Umwälzung, das ist der dialektische Widerspruch der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig auf dem ganzen Entwicklungsgang zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Preisgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, vorwärtsarbeiten muß." (LGW 1/2, 442)* Ihre Forderung, daß der alltägliche Kampf mit der Idee des Sozialismus glücklich zusammenfallen müsse, explizierte und konkretisierte Rosa Luxemburg an den Ereignissen der gescheiterten Russischen Revolution von 1905. Das von ihr entwickelte Konzept wurde unter dem Kürzel "Massenstreik" bekannt, bezeichnete jedoch nicht, wie der Name vielleicht nahelegt, eine einmalige und von oben verordnete, zentral gelenkte Erhebung der Menschen, sondern einen permanenten Prozeß des Kampfes.

Schon vor Abschluß ihrer konzeptionellen Überlegungen zum Massenstreik im Jahre 1905 ging sie mehr und mehr davon aus, daß weder eine revolutionäre Programmatik, noch die *eine* Führung die Massen zum Ziel bringen könne, sondern nur von den Massen selbst initiierte und getragene, regional und thematisch begrenzte ökonomische wie politische Kämpfe. Die kämpfenden revolutionären Subjekte allerdings sind auf eine durch den ökonomischen Prozeß hergestellte revolutionäre Situation angewiesen, da ansonsten die Spaltung des politischen vom ökonomischen Kampf, welche ein *"künstliches, wenn auch geschichtliches Produkt der parlamentarischen Periode"* (LGW 2, 155) ist, nicht überwunden werde könne.

"Nur in der Gewitterluft der revolutionären Periode vermag sich nämlich jeder partielle kleine Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu einer allgemeinen Explosion auszuwachsen. In Deutschland passieren jährlich und täglich die heftigsten, brutalsten Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Unternehmern (...) Kein einziger dieser Fälle (...) schlägt jedoch in eine gemeinsame Klassenaktion um. Und wenn sie sich selbst zu einzelnen Massenstreiks auswachsen (...), so entzünden sie auch dann noch kein allgemeines Gewitter." (LGW 2, 129)

Diese revolutionäre Periode entsteht, wenn es in einer kapitalistischen Vergesellschaftung nur noch Kapitalisten und Arbeiter gibt; wenn alle sozialen und geographischen Räume kapitalistisch erschlossen sind und wenn die Realisierung und Kapitalisierung des Mehrwerts und damit die Kapitalakkumulation nicht mehr möglich ist. Es handelt sich bei ihrer Argumentation um eine Lektüre und Interpretation der Marxschen Thesen zur erweiterten Reproduktion des Kapitals, wie sie in Kapitel 22 des 1. Bandes, insbesondere aber im 2. Band des Kapitals aufgestellt wurden (4). Die Argumentation bei Luxemburg läuft auf folgendes Schema hinaus: In der monopolkapitalistischen Phase dehnt sich die Herrschaft des Kapitals über den sich entwickelnden Weltmarkt ungeheuer aus. Zur Reproduktion der Produktionsbedingungen bedarf das Kapital immer neuer Regionen und Menschen. Sie negiert dabei die Möglichkeit einer intensiv (und nicht nur extensiv) erweiterten Reproduktion ebenso wie die mit Lohnsteigerungen erzielte erweiterte Nachfrage. Die einzig von ihr als relevant angesehene quantitativ erweiterte Reproduktion und die damit einhergehende Ausdehnung ist aber nun einmal objektiv begrenzt, woraus sich für Rosa Luxemburg die objektiven Schranken der Weiterentwicklung des Kapitalismus notwendig ergeben. *"Die Unmöglichkeit der Akkumulation bedeutet kapitalistisch die Unmöglichkeit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und damit die objektive geschichtliche Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus"* (LGW 5, 364). Für das Konzept des Massenstreiks heißt das, daß sich die Aktivitäten der kämpfenden Massen in einem klar umgrenzten, ökonomisch vorgegebenen Rahmen abspielen. Diese Einschätzung führt bei Luxemburg dazu, daß sie sich kaum Gedanken um die Organisierung des Proletariats macht, ja konzeptionell folgerichtig auch gar nicht machen muß. Sie geht sogar davon aus, daß die bislang nicht organisierten Teile des Proletariats in der revolutionären Periode die stärkste Kraft bilden (5).

Rosa Luxemburg schreibt: *"Der Massenstreik ... ist die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution"* (LGW 2, 125), zugespitzter noch: *"In Wirklichkeit produziert nicht der Massenstreik die Revolution, sondern die Revolution produziert den Massenstreik"* (LGW 2, 130). Was also auf den ersten Blick spontan und aktionistisch scheint – Streiks, Aufstände, Kämpfe –, ist streng genommen krude ökonomistisch. Die Subjekte erreichen in ihren Kämpfen immer nur das, was *"Madame Geschichte"* (LGW 2, 117) den massenhaft Streikenden an Möglichkeiten eröffnet. Bei genauem Hinsehen erweist sich Rosa Luxemburgs tiefer Glaube an den *"edlen intellektuellen Durst und revolutionären Tatendrang der Arbeiter"* (LGW 2, 101) als Nuancengeber auf einem streng determinierten Weg; als unhinterfragte, humanistisch-existentialistische Phrase zur Dekoration des Hauptwiderspruchs. In der "Akkumulation des Kapitals", ihrem ökonomischen Hauptwerk, schreibt sie dazu: *"Die politische Aktion des proletarischen Klassenkampfes (... ist) ein Reflex ökonomischer Vorgänge,*

(sonst hört) der Sozialismus (...) auf, eine historische Notwendigkeit zu sein" (LGW 5, 277). Und noch deutlicher wird sie in ihrer "Antikritik" (LGW 5, 413 ff.), die sich mit der Kritik an ihren Thesen auseinandersetzt. Dort wird die These vom notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus zum *"spezifisch Marxsche(n) Grundpfeiler des Sozialismus"* erklärt: *"Nach Marx ist die Rebellion der Arbeiter, ihr Klassenkampf – und darin liegt gerade die Bürgschaft seiner siegreichen Kraft –, bloß ideologischer Reflex der objektiven geschichtlichen Notwendigkeit des Sozialismus (...)"* (LGW 5, 445). Natürlich müsse dieser Prozeß nicht bis zum Ende ausgeschöpft werden, da die soziale Verschärfung, die mit ihm einherginge, dem System schon vorher das Ende bereite. Aber auch diese Verschärfung und die daraus resultierenden politischen Gegensätze seien *"in letzter Linie nur Produkt der* ökonomischen *Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems"* (LGW 5, 446, Hervorh. v. R.L.). Werde diese Notwendigkeit geleugnet, so *"schwindet dem Sozialismus der granitene Boden der objektiven historischen Notwendigkeit unter den Füßen"* (ebd.).

Was ist dann aber die Aufgabe der Sozialdemokratie? Diese wird bei Rosa Luxemburg zu dem, was Max Weber der SPD in der Kritik des Ökonomismus vorgeworfen hatte: zu einem Verein zur Herbeiführung einer ohnehin stattfindenden Sonnenfinsternis. Oder genauer: zu einem Verein zur Erläuterung und Ankündigung der unaufhaltsamen Ankunft der ohnehin stattfindenden Sonnenfinsternis. Lesen wir bei Luxemburg nach: *"Wenn aber die Leitung des Massenstreiks, im Sinne des Kommandos über ihre Entstehung, (...) Sache der revolutionären Periode selbst ist, so kommt dafür die Leitung bei Massenstreiks in einem ganz anderen Sinne der Sozialdemokratie und ihren führenden Organen zu" (LGW 2, 133).* Die Sozialdemokratie muß nämlich *"den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode" (LGW 2, 146)* klarmachen.

Streng genommen modifiziert Luxemburg nur die Kautskysche Position, indem sie diese dynamisiert. Polemisch formuliert, warten die Massen nicht mehr, wie bei Kautsky, diszipliniert auf die Revolution, sondern sie *üben* – im Sinne von Leibesübungen – Revolution. Daß dabei theoretisch nur Bernstein, also dem Kapitalismus immanente Reformen, herauskommen kann, solange die Ökonomie nicht die revolutionäre Periode eingeleitet hat, ist eine etwas eigenwillige Art, die auseinandertreibenden Pole der Sozialdemokratie theoretisch wieder zu verbinden. Anders ausgedrückt, sind der auf dem Ökonomismus basierende Humanismus der Luxemburg – der Glaube an das sozialistische Wesen der proletarischen Masse – und der Ökonomismus – der Glaube an den aus der Akkumulation des Kapitals abzuleitenden Zusammenbruch des Kapitalismus – zwei strategische Einsätze, die auf der theoretischen Ebene ihr Ziel verfehlt haben. Sie vermochten den Alltag des Klassenkampfes nicht mit dem sozialistischen Ziel zu verbinden.

Es wäre falsch, diese Kritik an der Luxemburgischen Theorie mit einer Bewertung ihrer Politik gleichzusetzen. Politisch wählte sie nicht nur oft die richtigen Gegner (6), sondern sie hätte auch mit dem Konzept des Massenstreiks richtiger gelegen, wenn sie den Kämpfen der Menschen das gleiche theoretische wie praktische Gewicht gegeben hätte. Deutlicher: die Kämpfe nehmen bei der Luxemburg zwar den politisch zentralen Platz ein, bewirken aber – folgt mensch ihrer Annahme – so gut wie nichts. Diesen Sinnzusammenhang faßt sie in folgender Bemerkung brillant zusammen:

"Der wissenschaftliche Sozialismus hat uns gelehrt, die objektiven Gesetze der geschichtlichen Entwicklung zu begreifen. Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist im gleichen Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und ihre Folge ist. Seine Aktion selbst ist mitbestimmender Teil der Geschichte. Und wenn wir die geschichtliche Entwicklung sowenig überspringen können wie der Mensch seinen Schatten, so können wir sie doch beschleunigen oder verlangsamen." (LGW 4, 61) (7)

Luxemburg verläßt nie diesen Rahmen. Sie entwickelt ihn im Revisionismusstreit gegen Bernstein und dessen Epigonen, also bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Richtig ausgearbeitet wird die Zusammenbruchstheorie dann in ihren ökonomietheoretischen Schriften (8). Insofern wäre es völlig falsch, allein "Die Akkumulation des Kapitals", dessen zusammenbruchstheoretische Selbstgewißheit selbst engagierte Luxemburg-Anhänger verstört, als theoretisches Zugeständnis an die Epoche zu werten, als Einzelstück in Luxemburgs Werk. Die Grundannahmen des Ökonomismus (9) ziehen sich durch das gesamte Werk und konstituieren es gleichsam (10). Das Proletariat kann zwar den Zeitpunkt der Revolution in gewissem Maße beeinflussen (beschleunigen oder verlangsamen), aber der Untergang des Kapitalismus kommt, und wenn es sein muß, auch ohne jedes menschliche Zutun.

Ökonomismus und Demokratietheorie

Doch wir müssen in unserer Kritik weiter gehen. Nicht nur ziehen sich der Ökonomismus und die Zusammenbruchstheorie durch das gesamte Werk Rosa Luxemburgs. Dann könnte man uns einfach entgegenhalten, daß wir ja vielleicht Recht hätten – es gebe aber (und die Zitate, die uns da entgegengehalten würden, sind uns bekannt) eben auch die andere Rosa Luxemburg: die humanistische Sozialistin, die sozialistische Demokratin. Wir behaupten aber mehr. Es gibt nicht nur einen ökonomistischen Strang in Rosa Luxemburgs Werk, vielmehr ist ihre gesamte Theorie (einschließlich des angeblichen Spontaneismus, ihre Demokratietheorie, ihr revolutionärer Existentialismus) nur dann zu verstehen, wenn man sie als auf der Grundlage des Ökonomismus stehend und nicht Teile unabhängig davon interpretiert (11).

Auf der Grundlage dieser historischen Gewißheit entfaltet Rosa Luxemburg nicht nur ihren Glauben an die Massen, sondern auch ihre demokratische Liberalität. Die Frage der Organisierung nach geglückter Revolution, von Lenin und Trotzki nach der russischen Revolution gestellt und zugunsten der Diktatur des Proletariats mit schon deutlichen Tendenzen zu einer Diktatur über das Proletariat beantwortet, findet sie genauso falsch gestellt wie die Frage der deutschen Sozialdemokratie nach Reform oder Revolution.

Für sie ist Sozialismus ein Experiment. Mehr als Hinweisschilder existieren nicht. Um den Sozialismus aus der Kraft aller zu schaffen, fordert sie gegen das Organisationsmodell der Bolschewiki, daß die *"wichtigsten demokratischen Garantien"* (LGW 4, 358) wie das Wahlrecht, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht beibehalten bzw. eingeführt werden, da *"ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist"* (ebenda). Für sie bedeutet die *"Ausschließung der Demokratie, die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts"* (LGW 4, 360) abzusperren.

Die demokratische Form garantiert bei Rosa Luxemburg, daß die besten Wege gesucht und gefunden werden können. Wem das zu einfach scheint, möge bedenken: Wenn der Stand der Produktivkräfte die revolutionäre Periode eingeleitet hat und damit wie im Zeitraffer Unterschiede jedweder Art nivelliert (vgl. Massenstreiktext), die Machtfrage zugunsten des Proletariats entschieden ist, ist alles, was dem Mensch zum Menschsein fehlte, beseitigt. Das klassenbewußte proletarische Subjekt ist auferstanden. Vor diesem Hintergrund wirft sie Lenin und Trotzki vor: *"Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das dann nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider – oder je nachdem: zum Glück – nicht so (...)*

Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus." (LGW 4, 359 f.)

So richtig die Kritik an den Bolschewiki auch sein mag, so falsch ist es, mit Formen bürgerlicher Herrschaft derart naiv umzugehen. Diese Naivität basiert auf zwei theoretischen Überlegungen: Erstens setzt sie Formen neutral. Die Form Demokratie ist in Zeiten bürgerlicher Herrschaft im Kern durch soziale Ungleichheit und Unfreiheit bestimmt. Die Proletarier müssen während des Abbaus der Klassenherrschaft diesen Kern mit neuen sozialen Inhalten füllen. So entsteht aus der bürgerlichen Demokratie eine sozialistische (vgl. ebenda 363). Man wende hier nicht gegen uns ein, Rosa Luxemburg sei doch eine engagierte Kritikerin des Parlamentarismus und Verfechterin der Rätedemokratie gewesen. Denn ihre Forderung nach Räten und ihre Polemik gegen das Parlament wird zentral und fast ausschließlich damit begründet, daß das Parlament in Zeiten sozialer Revolution nicht die notwendige Entschiedenheit repräsentiere und somit kein Instrument der Revolution sein könne (12). Auch die prinzipielle Kritik der *Form* Staat, wie sie Marx seit der Pariser Kommune formuliert hat (13), ist Rosa Luxemburg fremd: von ihrer 1899 auf dem Parteitag in Hannover aufgestellten These, die Umbildung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei nur durch die *"Ergreifung der Staatsgewalt"* (LGW 1/1, 571) zu bewerkstelligen, bis hin zum Programm des Spartakusbundes, nach der die lebendige Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den *"Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen"* (LGW 4, 442) solle.

Zweitens, und das basiert auf der eben dargestellten Unterschätzung der Form, ist aber in diesem Zusammenhang wichtiger, daß Rosa Luxemburg bürgerliche Herrschaft und deren institutionelle und ideologische Fundierung gründlichst unterschätzt. *"Die bürgerliche Klassenherrschaft braucht keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse, wenigstens nicht über gewisse eng gezogene Grenzen hinaus"* (LGW 4, 359).

Die Debatte um die Neutralität von Formen wollen wir hier nicht wiederholen, sondern darauf hinweisen, daß sie ausführlich in der Staatsdebatte oder in Bezug auf die Teilnahme an Wahlen geführt worden ist. Die zweite Annahme der Luxemburg bedarf aber der kritischen Würdigung. Sie ist mehr als die Doppelung der ersten, also mehr als die irrige Annahme, daß Formen – im Kern – neutral seien. Luxemburgs Standpunkt legt nahe, daß bürgerliche Herrschaft und demokratische Formen einander äußerlich sind (14). Dies folgt aus ihrer Annahme, daß bürgerliche Herrschaft ausschließlich auf ökonomischer Macht beruht. Ist diese der herrschenden Klasse erst mal entrissen, muß nichts mehr gefürchtet werden. Die Fragen des Politischen, der Hegemonie und der Ideologie, werden aus dem Kontext zumindest von bürgerlicher Herrschaft ausgeblendet. Sie spielen – und das ist die konsequente Folge ihres Ökonomismus – keine Rolle. Und insofern ist die Kritik an den bolschewistischen Formen der Herrschaft in der jungen Sowjetunion natürlich recht billig zu haben. Wenn Rosa Luxemburg davon ausgeht, daß demokratische Formen nach der Beseitigung der ökonomischen Herrschaft der bislang herrschenden Klasse sowieso nur der Sache der Revolution dienen, dann ist es allerdings kaum verständlich, warum die Bolschewiki diese bürgerlich-demokratischen Formen beschränkten. Teilt man diese Grundannahme, wie wir, nicht, so wird eine Kritik an diktatorischen Formen – und diese ist, um nicht falsch verstanden zu werden, völlig berechtigt – schwieriger, da sie sich den Problemen ideologischer Herrschaft und Hegemonie stellen muß.

Luxemburg – Reformismus – Revisionismus

So falsch es auch theoretisch sein mag: die naive Demokratietheorie der Luxemburg ist, entkleidet man sie des Ökonomismus, der ideale Anknüpfungspunkt für ehemals Linke, die die bestehende Bundesrepublik, dieses kapitalistische, parlamentarisch verfaßte System, für den optimalen Ausgangspunkt für einen "demokratischen Sozialismus" – in dem die Formen demokratischer Herrschaft verfeinert und einer breiteren TrägerInnenschaft zugänglich gemacht werden – halten. Nur wird im Gegensatz zur Prämisse von Rosa Luxemburg die Eigentumsfrage nicht mehr gestellt, sondern Eigentum als gut und ewig unterstellt. Kein Sozialismus ohne Scheckkarte! Ob diese Demokratietheoretiker sich des Wortes Sozialismus noch bedienen, hängt mit ihrer Tradition und ihrem ausgesuchten Adressatenkreis zusammen. Wahlweise tun es auch Begriffe wie Basisdemokratie, Radikaldemokratie u.ä.m. Die hier Beschriebenen stellen nur den einen Flügel der Zivilgesellschaftstheoretiker dar. Die anderen behaupten schon gar nicht mehr, ein Ziel zu haben, da für sie dieses System schon die angestrebte Zivilgesellschaft (diese Position ist z.B. vertreten durch Micha Brumlik) darstellt. Sie greifen auf Locke zurück, was dann auch richtiger ist als auf Gramsci und Luxemburg.

Mit ihren ökonomistischen Grundannahmen, auf denen sich ihr Aktionismus, ihr revolutionär-idealistischer Existentialismus und ihre Demokratietheorie entfalten, bleibt Rosa Luxemburg im Rahmen des Denkens ihrer Gegner. Er findet sich nicht nur bei Kautsky, sondern auch bei Bernstein. Er ist zentrales Merkmal des Marxismus der II. Internationale, auch von Rosa Luxemburgs theoretischem Hauptgegner Eduard Bernstein. Dieser verband sein revisionistisches Politikkonzept mit der Annahme einer stetigen Entwicklung zum höheren, besseren Staat. Der Staat werde unumkehrbar und quasi automatisch zum Staat des "ganzen Volkes". Was Rosa Luxemburg und den Revisionismus Bernsteins trennt, ist eine rein mathematische Frage (15). Für Bernstein war das unvermeidliche Ende des Kapitalismus und der Übergang zum Sozialismus rechnerisch nicht nachweisbar, sondern lediglich höchst wünschenswert im Sinne der praktischen Vernunft Kants. Luxemburgs Antwort auf den Bernsteinschen Revisionismus war, wir hatten oben bereits darauf hingewiesen, die Behauptung, daß die politische Aktion Reflex ökonomischer Vorgänge sein müsse, da ansonsten *"der Sozialismus ... auf(höre), eine historische Notwendigkeit zu sein"*. Dabei verkannte Rosa Luxemburg, daß Bernstein (und hier sollte mensch mal auch theoretisch Revisionismus und Reformismus trennen) nur der ersten der beiden Thesen widersprach. Auch für ihn war der Sozialismus eine historische Notwendigkeit, welche sich jedoch im Rahmen des Kapitalismus schrittweise erreichen und durch politische Aktionen gestalten ließe. Rosa Luxemburgs Kritik und Abgrenzung gegen Otto Bauer und Eduard Bernstein mußte so zentral deren Behauptung, daß der Kapitalismus nicht allein auf Grund seiner Eigengesetzlichkeiten zusammenbreche, mit der These der Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs als dem "Grundpfeiler" des Marxismus kontern (16).

Paradoxerweise argumentierten damit alle führenden TheoretikerInnen der Sozialdemokratie innerhalb des gleichen Dilemmas. Die ökonomische Situation war noch nicht so weit fortgeschritten, daß sie die Klasseneinheit – qua revolutionärer Situation/ langsamen Hineinwachsens – herstellen konnte. Die Politik hingegen vermochte den Klassencharakter, und damit die unterstellten gleichen ökonomisch/politischen Absichten der Subjekte, nicht zu garantieren.

Dieses Dilemma reproduziert sich bis heute. Zwar eher als Farce (man kennt das einschlägige Marx-Zitat), aber dennoch befindet sich z.B. die PDS, die Partei des demokratischen Sozialismus, in der gleichen dualistischen Struktur. Am Ziel des Sozialismus wird wacker festgehalten, während die Praxis die soziale Marktwirtschaft hochleben läßt und Wirtschaftsförderung betreibt. Nur eins trennt die Mehrheit der PDS von der Mehrheit der Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende: Die SPD wollte die Revolution, die PDS will nur noch die sozialistische Tradition. Nicht jede, versteht sich, nur die unbefleckten Ahnen dürfen es sein. Rosa Luxemburg ist dafür wie geschaffen – obwohl theoretisch Bernstein viel näher stände. Der jedoch ist erstens nicht so werbewirksam und wird zweitens – fälschlicher-

weise – von der derzeitigen Sozialdemokratie als Ahnherr mitbeansprucht.

Idol Luxemburg: Wirkung eines Mythos

Aber wir wollen versöhnlicher enden. Zum einen hatten wir oben betont, daß Rosa Luxemburgs Praxis als Antimilitaristin, als Agitatorin, als Kritikerin der Anpassung der Sozialdemokratie und als Gründerin der KPD nicht mit ihrer theoretischen Praxis verwechselt werden sollte. Letzteres haben wir kritisiert, weil eine Linke, die ihre Theorie zum Ausgangspunkt neuer Überlegungen macht, zwei Fallen – solange sie theoretisch stringent argumentiert – nicht entgehen kann. Behält mensch den Ökonomismus bei, werden wir noch ewig auf die Revolution warten, verläßt mensch ihn, so landen wir bei den Apologeten dieses Systems. Diese Fallen lassen sich auch nicht durch das berühmte Sowohl-als-auch, welches sich meist hinter der hochtrabend marxistisch klingenden Formulierung eines dialektischen Verhältnisses (hier dann zwischen Ökonomie und Spontanität) versteckt, umgehen. Es gibt keinen irgendwie heraustrennbaren Ökonomismus der Luxemburgschen Theorie (17).

Dennoch: eine Linke, die die Kraft und Militanz der Luxemburgschen Praxis entfaltet, wäre nur zu wünschen und ist, so absurd sich das vor dem Hintergrund unserer eigenen Argumentation auch anhören mag, von ihr mit initiiert worden. Sie stand denen zur Seite, die gegen Parteidisziplin agierten, Kämpfe wagten, auch wenn diese nicht von oben verordnet waren: Frauen, die sich in der sozialistischen Männerwelt zu behaupten wagten, Menschen des Trikonts und TheoretikerInnen internationaler Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen. Sie war Patin wider Willen – als Parteisoldatin, die Disziplin schätzte, als offensive Verfechterin der Hauptwiderspruchsthese, die neben der Ökonomie keine anderen Konflikte zuließ ... Aber die Kämpfenden glaubten an den Mythos Luxemburg. Dieser war und ist wirkungsmächtig, auch jenseits der Luxemburgschen Theorie.

Daß sie zum Idol wurde, ist nicht zuletzt auch ein Resultat ihrer Kritiker aus den Parteioligarchien und ihrer Ermordung durch die Reaktion mit Billigung der Sozialdemokratie. Die Haßtiraden aus der stalinisierten KPD (18) und die parteioffiziellen Vorworte zur Ausgabe der Gesammelten Werke auf der einen, die Hypostasierung zur aufrechten, menschlichen Vorkämpferin (19), zur "Leidensmutter der Linken" (vogue) auf der anderen, zeitigt Effekte, die sich mit der Theorie (ja selbst mit der Praxis) Rosa Luxemburgs schlicht und einfach nicht erklären lassen. Dies ist aber auch ein Beleg für die These, daß Politik nicht das ist, was sich mensch am Schreibtisch ausdenkt und – Primat der Kämpfe über die Theorie – Theorien als Fragmente in den Kämpfen leben und ihre Bearbeitung erfahren und damit ein Eigenleben bekommen. In diesem Sinne kann selbst Luxemburg fruchtbar gemacht werden durch gnadenlosen Ideenklau. Wir tun es und landen in einer ganz anderen Theoriegeschichte.

Denn auch in Rosa Luxemburgs theoretischen Überlegungen lassen sich Hinweise finden, die über die ökonomistische Lesart des Sozialismus hinausgehen. Ein Punkt war bereits angedeutet. Die Kämpfe, die in ihrer politischen Konzeption einen zentralen Platz einnehmen, müssen dergestalt auch in der Theorie radikalisiert werden, daß Kämpfe zentral wirken. Daß dabei von einer, wie Luxemburg sagt, gegenseitigen politischen und ökonomischen Befruchtung ausgegangen werden muß, zeigt dafür einen Weg, auch wenn die Äußerlichkeitsbeziehung von Ökonomie und Politik, die hinter derartigen Formulierungen steckt, in Frage gestellt werden muß.

Hernach trennen sich aber die Wege. Kein technizistisch oder ökonomistisch bestimmter Stand irgendeines Produktionszweiges oder der Produktion als solcher ist maßgeblich für eine revolutionäre Situation verantwortlich, sondern nur die Kämpfe selbst. Diese können überall ausbrechen und in einer Art Dominoeffekt aus allen Bereichen der Gesellschaft kommen und alle ergreifen. Eine revolutionäre Situation entsteht durch die Überdeterminierung verschiedener fragmentarischer, sich zuspitzender Widersprüche. Dies hat Lenin im übrigen besser analysiert als Rosa Luxemburg (20), und es hat etwas mit dieser scheinbaren Unbeflecktheit der Luxemburgschen Theorie, deren gesellschaftlicher Akzeptanz in links-liberalen Kreisen zu tun, daß dies zu sagen in Kreisen der undogmatischen, radikalen Linken fast als Sakrileg erscheint.

Konsequenzen

Doch unsere Behauptung, Kämpfe in verschiedensten Bereichen seien Voraussetzung grundsätzlicher Umwälzung, hat weitgehende Konsequenzen. Wenn Kämpfe von überall herkommen können, können auch alle kämpfen, das heißt: es gibt kein historisch feststehendes revolutionäres Subjekt. Dies so offen zu formulieren impliziert, daß Kämpfe nicht per se von den Richtigen geführt werden und/oder zum richtigen Ziel führen. Kämpfe garantieren nicht die Richtung. Neue soziale Bewegungen können von rechts oder sonstwoher kommen. Das heißt, die Organisationsfrage in all ihrer Ambivalenz muß deutlich in den Mittelpunkt gerückt werden. Kämpfe entstehen nicht aufgrund irgendeines objektiven, ökonomischen Zustandes, sondern müssen initiiert werden. Dies wirft einerseits das Problem von "Führern und Geführten" auf. Eine Problematik, der sich Luxemburg aufgrund ihrer teleologischen Geschichtsauffassung nie gestellt hat und nie stellen mußte. In Anlehnung an Antonio Gramsci können wir nur kursorisch feststellen, daß das Verhältnis der beiden und die innerparteiliche Struktur einer revolutionären Organisation Gegenstand linker Überlegungen sein müssen. Wildwuchs führt nicht zu Basisdemokratie, sondern zu informellen hierarchischen Strukturen. Konzepte zum Weiterdenken sind unter anderem die Gedanken zum organischen Intellektuellen und zur Partei des demokratischen Zentralismus, wie sie bei Gramsci zu finden sind. Wir behaupten hier nicht, fertige Antworten geben zu können, sondern nur, daß man dem Problem nicht so einfach aus dem Weg gehen kann, wie es Rosa Luxemburg getan hat.

Doch hier stehenzubleiben, wäre zu früh. Kämpfe zu initiieren und diese zu "leiten", sagt noch nichts über die Mechanismen zur Erlangung von Herrschaft. Auch das im Anschluß an Gramsci und Louis Althusser nur kursorisch: Die Hegemonie in der Gesellschaft muß erkämpft werden. Ohne die Erlangung und ständige Erneuerung dieser Hegemonie kann Herrschaft nicht existieren. Dies gilt für jede Herrschaft, auch die bürgerliche. Eine Gesellschaft muß sich beständig reproduzieren, und dies passiert nicht automatisch. Der Kampf um Hegemonie wird in ideologischen Staatsapparaten geführt. Dies sind auch Institutionen, die gemeinhin als privat gelten, ist "privat" doch eine staatliche Definition.

Drittens: Man muß sich der Frage der Ideologie stellen und zwar als zentralem Moment von Herrschaft wie von Widerstand. Warum kämpfen Menschen, wenn nicht – wie der Humanismus oder der Existentialismus auch in der Linken behauptet, aufgrund ihres Wesens oder – wie es die klassisch ökonomistische Begründung ist – aufgrund eines über die "objektive Klassenlage" vermittelten Bewußtseins? Wenn wir diese beiden, theoretisch fatalen Erklärungen, deren Amalgam bei Rosa Luxemburg fröhliche Urstände feiert, ablehnen, so bleibt unseres Erachtens nur eine konkrete Auseinandersetzung mit den Bedingungen, in denen auch unter der Hegemonie des Kapitals Widerstand entstehen kann. Weil in der Ideologie der Herrschaft immer auch die Gegenideologie vorhanden, weil Herrschaft widersprüchlich und kein monolithischer Block ist, finden Kämpfe in den Brüchen und Klippen der alten Herrschaft, nicht jenseits von ihr statt. Dies zu behaupten birgt einige theoretische und dementsprechend praktische Probleme (21).

Was wir also leider nicht bieten können, ist ein Marxismus mit Gewähr, ein Marxismus als Religionsersatz, wie er sich – nicht nur – bei Rosa Luxemburg finden läßt, sondern nur Ansätze zu einer Theorie, die ver-

sucht, Widersprüche zu zeigen (und sie damit auch zu produzieren), um die realen Kämpfe, die stattfinden, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Krise des Marxismus, die Krise der Linken darf, soll sie auch produktiv genutzt werden, nicht in besinnlicher Nostalgie enden.

Manon Tuckfeld/Jens Christian Müller

Anmerkungen:

1) entfällt.

2) Vgl. "Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie", Luxemburg Gesammelte Werke, Bd. 1/2, S. 422 ff. Rosa Luxemburg zitieren wir im Folgenden nach der sechsbändigen Ausgabe der Gesammelten Werke, die im Dietz-Verlag Ostberlin erschienen ist, und zwar: LGW, Bd., S.

3) Symmachos (Karl *Kautsky*), "Verschwörung oder Revolution?" In: Der Sozialdemokrat Nr. 8, 20. Februar 1881.

4) Vgl. dazu zusammenfassend das Stichwort "Reproduktion" von Jacques *Bidet*, Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6, Berlin 1987, S. 1136 ff.

5) Vgl. LGW 2, 145: "Und wenn die Verhältnisse [!] in Deutschland für eine solche Periode den Reifegrad erreicht haben, werden im Kampfe die heute unorganisierten, zurückgebliebensten Schichten naturgemäß [!] das radikalste, das ungestümste, nicht das mitgeschleppte Element bilden."

6) Diese Aussage beschreibt eine Tendenz. Sie zu differenzieren, würde hier zu weit führen, doch einen Hinweis wollen wir geben: Rosa Luxemburg war engagierte Vertreterin der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Bewilligung der Kriegskredite. Sie teilte mithin im Kern die Programmatik der Sozialdemokratie, die *Marx* völlig zu Recht in seiner Kritik des Gothaer Programms einer beißenden Ironie unterworfen hatte (vgl. MEW 19, S. 11 ff). Insbesondere teilte sie auch den Staatsglauben und den Parlamentarismus, die in der Sozialdemokratie von Beginn an konstitutiv waren. *Marx*' Kritik war 1891 in "Die Neue Zeit" veröffentlicht worden, so daß sie Rosa *Luxemburg* 1898 kennen konnte. Denn dort sah sie sich – zu Recht – gegen *Bernstein* u.a. als engagierte Vertreterin der Mehrheitssozialdemokratie. Man lese ihre Ausführungen zum Stuttgarter Parteitag, LGW 1/1, S. 231 ff. Noch interessanter sind ihre Nachbetrachtungen zum Parteitag. Mit dem in der radikalen Linken verbreiteten Mißverständnis, Rosa Luxemburg sei eine spontaneistische Linksradikale gewesen, räumt sie selbst am Besten auf: "Damals (von der Konstituierung der Partei bis 1891, die Verf.) war es die zum Anarchismus neigende antiparlamentarische äußerste *Linke*, die es zu bekämpfen galt". Dieser Streit konnte "nicht durch Debatten, er mußte durch Tatsachen endgültig erledigt werden (...) Damit war der innere Kampf der Partei nach der *einen* Seite beendet" (LGW 1/1, S. 242 f.). Und so hat Rosa Luxemburg 1898 völlig recht, wenn sie schreibt: "In der Partei gibt es keine Opposition der Linken (wir konnten eben gerade lesen, wieso, die Verf.), es gibt bloß eine Opposition der Rechten. Die Partei in ihrer Gesamtheit steht, wie sie immer stand, auf *unserem* Standpunkt ..." (LGW 1/1, S. 257). Eine recht brauchbare Zusammenfassung dessen, worauf sich Rosa Luxemburg hier euphorisch bezieht (Ausgrenzung der radikalen Linken aus der Sozialdemokratie, Programmatik der Mehrheitssozialdemokratie) läßt sich recht gut nachlesen bei: Horst *Karasek*, Belagerungszustand!, Reformisten und Radikale unter dem Sozialistengesetz 1878-1890, Westberlin 1978.

7) Ein Bonmot, daß die Rezeption Luxemburgs als Spontaneistin vielleicht etwas erhellt: Dieses Zitat findet sind in dem von Franz *Neumann* herausgegebenen "Handbuch Politischer Theorien und Ideologien", Reinbek 1981, das dem linkssozialdemokratisch-marxistischen Spektrum zugeordnet werden kann. Dort wird der Vorwurf des Ökonomismus aufgegriffen, und zwar dergestalt, daß das hier genannte Zitat wiedergegeben und behauptet wird, daß dieser Aspekt der Luxemburg immer zu kurz gekommen sei. Dieses Zitat wird dann so interpretiert: "Das bewußte Handeln der Menschen selbst ist für Rosa Luxemburg das bewegende Moment im historischen Prozeß" (ebd., S. 365). Doch hier war wohl der Wunsch Mutter des Gedankens, und so wurde kurzerhand das Zitat um den ersten und letzten Satz gekürzt. Der Sinn verkehrt sich so ins Gegenteil.

8) "Die Akkumulation des Kapitals" (1913) und in den während des 1. Weltkriegs geschriebenen Werken "Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik" und "Einführung in die Nationalökonomie" (alle in LGW 5).

9) Man muß hier wohl noch einmal hervorheben, was Ökonomismus, insofern mensch sich im diskursiven Feld des Marxismus bewegt, heißt: "In der Tradition der marxistischen Orthodoxie stellt sich der Ökonomismus als ein Determinismus der Entwicklung der Produktivkräfte dar" (Etienne *Balibar*, Rasse Klasse Nation, S. 7).

10) Vittantonio *Gioia*, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci: Zur ökonomischen Entwicklung im Monopolkapitalismus, in: G. Benussan u.a., Die Linie Luxemburg-Gramsci (Argument-Sonderband 159), Berlin/Hamburg 1989, S. 33 ff, beschreibt, daß eine Lektüre des gesamten Werks von Rosa Luxemburg ergebe, daß das Thema der "objektiven Schranken" des Kapitalismus der Angelpunkt ist, um den sich ihr ganzes Denken dreht. Ebenso kommt Norman *Geras*, gewiß ein Mensch, der der Luxemburgschen Theorie wesentlich näher steht als wir, zu der These: für Rosa Luxemburg bleibt "erwiesen, daß die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation einen Punkt erreicht, an dem sie zur Unmöglichkeit wird und – mit oder ohne Rebellion der Arbeiterklasse – unvermeidlich zusammenbricht. Wie wir sehen werden, gibt es keine Belege für die Vermutung, daß Rosa diese Ansicht je aufgegeben hätte" (N. Geras, Rosa Luxemburg, Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Berlin 1979, S. 12). Allein Peter *Bierl*, der Mitglied im BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken ist, behauptete als Referent auf den Rosa-Luxemburg-Tagen im Januar 1994 in Stuttgart, Rosa Luxemburg habe zu keiner Zeit ihres Lebens ökonomistische Positionen vertreten. In seiner im ISP-Verlag veröffentlichten Magisterarbeit "Alle Macht den Räten: Rosa Luxemburg", Köln 1993, modifiziert Bierl diese These dahingehend (vgl. S. 83 ff, 87 ff), daß Rosa Luxemburg von Anbeginn nicht "nur" ökonomistisch argumentiert habe. Insbesondere aber habe sie einen "schrittweisen Ablösungsprozeß vom Ökonomismus der II. Internationale" vollzogen. Das ist natürlich ziemlich falsch, da – wie wir gesehen haben – die theoretischen Ausformulierungen des Luxemburgschen Ökonomismus dem Spätwerk angehören. Wirklich ärgerlich ist aber, daß Bierl den Leser mit vielen Belegen für den Luxemburgschen Klassenexistentialismus und Humanismus versorgt, jedoch keine analytische Aussage zum Verhältnis dieser Denklinie mit ihren Ökonomismen trifft. *Bierl* scheint dieses Problem implizit im kategorialen Nebel eines "dialektischen" Verhältnisses beider Denklinien verschwinden lassen zu wollen. Damit ist es dann – im Hegelschen Sinne – *aufgehoben.*

11) Im Rahmen der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne wurde zu Recht der Nationalismus und Antisemitismus, der selbst in der radikalen deutschen Linken, die eben häufig das zweite Adjektiv dem ersten vorzog, geschichtliche Tradition hat, an Beispielen dargestellt und kritisiert. Rosa Luxemburg wurde dann in ihrer Kritik an Lenins Nationalitätenpolitik als eine herausragende Ausnahme geschildert. Wir denken, daß diese Bewertung einer Überprüfung bedürfte. Nicht daß die Position der Luxemburg falsch wäre (sie ist uns in ihrer Konsequenz – im Gegenteil – recht sympathisch), fraglich ist aber, ob nicht nur einmal mehr ihr grundlegender Ökonomismus das Problem, vor dem Lenin stand, als pures Scheinproblem thematisierte. Ähnliches läßt sich in Bezug auf Rosa Luxemburgs Befassung mit der "Frauenfrage" oder der "Judenfrage" sagen. Auch hier sieht Luxemburg bestenfalls randständige Nebenwidersprüche. Vgl. dazu z.B. Gérard *Benussan*, Rosa Luxemburg und die Judenfrage, in: ders. u.a., aaO., S. 147 ff.

12) Vgl. dazu "Nationalversammlung oder Räteregierung?", LGW 4, S. 460 ff.. Dort heißt es, daß das Parlament Arena des Klassenkampfes für das Proletariat gewesen sei. "Es war die Tribüne, von der die Massen um die Fahne des Sozialismus gesammelt, für den Kampf geschult" werden konnten. Das Parlament habe aber in der Phase der Revolution sein "Daseinsrecht verwirkt", denn "Kapital und Arbeit haben sich nichts mehr zu sagen".

13) Vgl. das Vorwort von 1872 zum Kommunistischen Manifest, MEW 4, S. 574: "Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die 'Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann", oder wiederum die Kritik des Gothaer Programms: "Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielleicht ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben" (MEW 19, S. 31). Rosa Luxemburg bezieht sich nicht ohne Grund positiv auf Gotha und auf Lassalle.

14) Diese Beschreibung läuft im Kern darauf hinaus zu behaupten, daß Parlamente, Vereine, Gewerkschaften, Medien etc. vom Proletariat erkämpfte Beigaben der bürgerlichen Herrschaft seien. Diese Position verkennt die Ambivalenz, das heißt den doppelten Charakter der Institutionalisierung. Parlamente etc. sind eben für das Proletariat nicht nur Tribüne (wie Rosa Luxemburg meint, vgl. Anm. 12), sie sind zumindest auch und meist zuerst zentrale Integrationsinstanzen von Protest, Transmissionsriemen bürgerlicher Hegemonie. Aber da Rosa Luxemburg die Herrschaft des Kapitals rein ökonomisch und militärisch analysiert, entgeht ihr die Notwendigkeit hegemonialer Politikkonzeptionen auch und gerade des Kapitals.

15) Das hat Georg *Fülberth* in dem Kapitel "Rosa Luxemburg und die Grundrechenarten" in: Sieben Anstrengungen den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991, S. 10 ff kurz und knapp erläutert.

16) Eine aufschlußreiche Lektüre dieser Problematik bieten Ernesto *Laclau* und Chantal *Mouffe* im ersten Kapitel ihres Buches "Hegemonie und radikale Demokratie", Wien 1991.

17) Es wäre absurd und verlogen, *ex-post* genau zu erklären, warum Rosa Luxemburg theoretisch Unrecht hatte. Ob und inwieweit ihre theoretischen und praktischen Interventionen in ihre rZeit richtig waren,oder zumindest weit richtiger als alternative Strategien, wäre eine historische Frage. Sie hat letztendlich mit ihrem Leben dafür bezahlen müssen, daß sie versuchte, den großen vaterländischen Frieden, den das Kapital und die Sozialdemokratie geschlossen hatten, aufzubrechen. Eine Kritik an ihrer theoretischen Praxis – vom sicheren Schreibtisch, in ruhiger Zeit – wäre lächerlich und war unser Ziel nicht. Letztendlich ändert dies aber nichts daran, daß die Luxemburgsche Theorie eher ein Hindernis denn ein Wegweiser bei der Entwicklung theoretischer und praktischer Perspektiven einer radikalen Linken ist.

18) Ruth *Fischer* (1925): Rosa Luxemburgs Theorie als "Syphilisbazillus" in der Arbeiterbewegung; Ernst *Thälmann* (1932): "(...) in all den Fragen, in denen Rosa Luxemburg eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig".

19) Exemplarisch: "Wichtig erscheint an der Theorie Rosas letztlich nicht so sehr das WAS (...), wichtig ist vor allem das WIE (...) Wenn es darum geht, nach einem Vorbild Ausschau zu halten, bei dem Engagement Sympathie für die Erniedrigten und Unterdrückten bedeutet – in ihrer Person ist es verkörpert", Frederik *Hetmann*, Rosa Luxemburg, Reinbek 1986, S. 130 ff oder der Film von *v. Trotha*.

20) Vgl. dazu Louis *Althusser*, Widerspruch und Überdeterminierung, in: ders., Für Marx, Frankfurt/M. 1968, S. 52 ff. mit Bezug auf die im folgenden zitierte These *Lenins*, Briefe aus der Ferne, Werke Bd. 23, S. 316: "Wenn die Revolution so rasch und – dem Anschein nach, bei erster, oberflächlicher Betrachtung – so radikal gesiegt hat, dann nur deshalb, weil sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation *völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige Klasseninteressen, völlig entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen vereinigten*, und zwar bemerkenswert 'einmütig' vereinigten". Die Revolution ist hier, im Gegensatz zur Luxemburgschen Theorie, eine historische Besonderheit, die sich der Zuspitzung relativ autonomer Widersprüche verdankt.

21) Einen Versuch, dies ausführlicher zu diskutieren, haben wir in Jens Christian *Müller*/Sebastian *Reinfeldt*/Richard *Schwarz*/Manon *Tuckfeld*, Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas, Mainz 1994 unternommen. Nicht nur aus Gründen der Public Relations muß hier darauf verwiesen werden, sondern weil wir dem Vorwurf des Subjektivismus und Idealismus, der mit Sicherheit erhoben werden wird, hier nicht adäquat begegnen können.

Einsame versus verkommene Subjekte

Anmerkungen zu "Die Linke und die 'soziale' Frage", Bahamas 12

Vorausschicken möchte ich, daß ich Heiner Möllers Beitrag anregend fand, im Sinne einer nützlichen Provokation.

I. Es ist sicher notwendig, auch die eigene, *linksradikale Subjektivität*, Befindlichkeit, Stimmung zu untersuchen, um wieder zu Handlungsstrategien zu kommen. Wenn H.M. dabei den vaterlandslosen antikapitalistischen Subjekten die sozialrevolutionäre Rolle überträgt, die ursprünglich der Arbeiterklasse zugedacht war, dann bleibt offen, ob dies als Größenphantasie zu verstehen ist oder im Sinne eines Camusschen tragischen Sisyphos, der immer wieder den Felsblock den Berg hochwälzt, im Bewußtsein der Vergeblichkeit seines Tuns und Strebens. Es wird davon abstrahiert, daß die linken Individuen selber Teil des gesellschaftlichen Kontextes sind und daß z.B. (worauf K.H. Roth hinwies) auch die linke Intelligenz keine durchgehend sorgenfreie ökonomisch-soziale Situation genießt. H.M.'s revolutionäres Subjekt frönt, asketisch den profanen materiellen Interessen entsagend, der Ideologiekritik, sozusagen als Agent der objektiven Notwendigkeit des Antikapitalismus. Aber sind es nicht auch identifizierbare und mitteilbare soziale Bedürfnisse, die Linke zu radikaler Opposition gebracht haben und bringen?

II. Die *"sozialen Subjekte"* in den Metropolen, vor allem in Deutschland, sind für H.M. sozusagen a priori rassistisch und nationalistisch. Dabei entwickelt er selber aber den Zusammenhang von verschärfter kapitalistischer Konkurrenz einerseits, zunehmendem Sozialchauvinismus, Nationalismus und Rassismus andererseits. Daß breite Schichten der Arbeiterklasse sich an die Weltmarktinteressen ihrer nationalen Kapitalisten ketten lassen, ist nicht erst Ergebnis der Sozialintegration der letzten Jahrzehnte, sondern war schon zu Beginn des 1. Weltkriegs eine tragische historische Erscheinung. Innerhalb der kapitalistischen Ökonomie hat es eine gewisse Logik, daß z.B. VW-Arbeiter Markterfolge für dieses Unternehmen erhoffen, genauso wie es nachvollziehbar ist, warum bretonische Fischer rabiat gegen Billigimporte zu Felde ziehen. Die Interessen der ökonomischen Reproduktion bleiben nunmal ein mächtiges Handlungsmotiv, umso mehr, als tatsächlich die relative und absolute Pauperisierung, wie sich vielfältig zeigt, auch in den Metropolen durchaus wieder ins Haus steht. Deshalb wird die Abschottung der nationalen Märkte (wieder) zu einem wichtigen Thema in fast allen Staaten. Für die Linke notwendig wären konkrete internationalistische Strategien, um geeignete Antworten auf die Folgen der Globalisierung des Kapitalismus geben zu können.

Daß kapitalistisches Bewußtsein auch in den sozialen Auseinandersetzungen wirksam ist, sollte uns nicht so erschrecken; neue Antworten zu entwickeln, die über das Bestehende hinausführen, aber im "Hier und Jetzt" ihren Ausgangspunkt suchen, sollte die Herausforderung für uns sein.

Wir mußten uns von einem Geschichtsdeterminismus verabschieden, der den revolutionären Prozeß als quasi automatisch, unabhängig vom bewußten Handeln der Menschen sah. Nun sollten wir nicht einem (konservativ wirkenden) Determinismus verfallen, der die metropolitane, besonders deutsche Bevölkerung per Definition dem imperialistischen Lager zuschreibt; Bewußtsein wird verändert durch (zur Zeit rasch sich wandelndes) Sein, und Geschichte ist ein nach vorne offener Prozeß.

III. Völlig richtig finde ich, wenn H.M. sagt, nicht die *nationale,* sondern die *internationale kapitalistisch-imperialistische Wirklichkeit* müsse der Bezugsrahmen für linkes Denken sein. Es stimmt wohl auch, daß die größere soziale "Sprengkraft (...) heute in den Teilen der Welt liegt, die als Ödland imperialistischer Weltmarktpolitik dahinvegetieren." Aber die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß Emanzipationsbewegungen in diesen Ländern ohne Veränderungen in den Metropolen an enge Grenzen stoßen. Ich denke, auch für uns gilt, was E.F. Huidobro für die Tupamaros in Uruguay sagte: daß "wir mit der Veränderung in unserem kleinen Winkel beginnen müssen, bei den dortigen spezifischen Bedingungen."

IV. Die ökonomische, politische und militärische Machtentfaltung der Herrschenden, des deutschen Staates beruht auf *sozialen Arrangements*, und kann von innen nur durch Veränderungen der sozialen Kräfteverhältnisse, durch emanzipative soziale Bewegungen geschmälert, zivilisiert und eines Tages abgeschafft werden.

Die spontanen sozialen Forderungen, mit ihren partikularen Zielen, bergen innerhalb des Kapitalismus immer wieder inhärente Widersprüche und werden leichtes Objekt der Spaltung (Beispiel: Interessen der Auto-Arbeiter versus Ökologie-Interessen; schlimmer noch: Arbeitsplatz-Interesse der Rüstungsbeschäftigten gegen ja auch artikulierte Interessen am friedlichen Zusammenleben der Völker). Für mich war es spannend, bei einer Veranstaltung mit M. Ndube (ANC, SACP) dessen Einschätzung zu hören, daß auch in Südafrika die Gewerkschaften notwendig reformistisch, da primär an partikularen Zielen orientiert sind und der politischen Ergänzung durch die Kommunistische Partei bedürfen, um zur gesellschaftstransformierenden Kraft zu werden.

Wenn wir ausgehen von *grundlegenden, legitimen sozialen Bedürfnissen*: ökonomische Daseinssicherung; intakte natürliche Existenzbedingungen; friedliches, gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben der Menschen, hier und global; individuelle und kollektive Selbstbestimmung – so läge die Aufgabe der politisch bewußten Linken darin, der in der kapitalistischen Ökonomie und Politik angelegten *Spaltung, wechselseitigen Neutralisierung und Indienststellung* solcher Bedürfnisse eine diese Forderungen zu einem *kohärenten, emanzipativen Projekt* integrierenden Strategie entgegenzusetzen. Ein solches Projekt muß notwendig antinationalistisch und antikapitalistisch, also politisch radikal sein; aber genauso notwendig muß es an den konkreten Konflikten, am Hier und Jetzt, anknüpfen und könnte uns so vielleicht ermöglichen, aus der äußerst unbefriedigenden Rolle des einsamen Rufers in der imperialistischen Wüste herauszufinden.

Matthias Jochheim

Sogenannte "Privilegien" ...

Zu: "Die Linke und die 'Soziale Frage'" in Bahamas 12

I. Heiner Möller hat recht, wenn er dem Hamburger Wahlbündnis "Linke Alternative-Wehrt euch" vorwirft, daß es in seiner Aufarbeitung der Hamburger Senatswahlen den Tatbestand der ziemlich massenhaften Stimmerei für die Faschisten zum Anlaß für Überlegungen darüber nahm, welche sozialen Belange die Faschisten angeblich angesprochen hätten, so daß jene Belange und Auffassungen der Fascho-Wähler von den Linken jetzt umso geschickter angesprochen werden müßten. Das Urteil der Linken lautet hier nämlich: wenn Arbeiter (und andere) Faschisten wählen, dann muß da was dran sein; dann haben die Faschisten Bedürfnisse getroffen, die Leute mit ihren Interessen geködert, die sie im Gegensatz zu den Linken gar nicht richtig vertreten wollen. Anstatt den nationalistischen Unsinn und die in ihm implizierten Ungeheuerlichkeiten zu kritisieren, wird überlegt, wie man ihn aufnehmen, an ihm anknüpfen kann.

So radikal Möller dieser Anbiederei eine Absage erteilt, so wenig will er auf eine ganz andere Weise von dem Urteil abrücken, daß, wenn die Faschisten solche Erfolge einfahren, diese was Richtiges oder Objektives erwischt haben müssen, daß an ihrer Argumentation etwas dran ist. Faschisten haben sich der sozialen Frage zugewandt, der sich – so Möller – Linke nicht zuwenden sollen, weil sie da "unweigerlich vor der Tatsache" stünden, "daß (sie) es mit rassistischen und nationalistischen sozialen Subjekten zu tun" haben. Denn: "Der deutsche 'Proletarier' verteidigt seine relativen Privilegien ..." (S.13). Die Leute haben demnach also einen anderen Grund, Faschisten zu wählen: ihre Interessen passen ganz gut zu den Faschisten. Sie haben sie gewählt, also müssen sie einen guten Grund dafür gehabt haben, lautet hier die Scheinlogik. Dieser Scheinlogik aber gilt es entgegenzutreten! Wie wäre es etwa mit der Propagierung der Erkenntnis, daß Arbeiter und andere furchtbar danebengreifen, wenn sie Parteien wählen, die ihnen ihr unverschuldetes Dasein als Deutsche als das Gewichtigste ihrer Existenz ans Herz legen? Die unverhohlen den Dienst am Staat und im Kapitalinteresse propagieren, sie als Bestimmung ihrer Natur als Deutsche darstellen? Ist es denn nicht verdammt unvernünftig, angesichts von tagtäglichem Verschleiß der Arbeitskraft und von Massenarbeitslosigkeit ausgerechnet auf dem eingebildeten Recht zu bestehen, Deutscher zu sein und nur noch gegen Deutsche zur tagtäglichen Konkurrenz antreten zu dürfen, indem die Ausländer draußen gehalten werden?

II. Der Autor leistet keine Kritik der Ideologie der normalen Leute mehr. Daß sie ihre Lage falsch sehen, das sich selbst Schädigende ihres nationalisierten Materialismus, stört ihn nicht, weil für ihn Materialismus und Ideologie zusammenfallen: die relativ privilegierte Lage diktiert den Nationalismus. Abgesehen davon, daß Privilegien noch nicht dadurch zustandekommen, daß es anderswo Verhungernde en masse gibt und man selbst nicht verhungert: Die aktuellen Lohnkürzungen, die es so happig seit 40 Jahren nicht mehr gab, fressen alle sogenannten "Privilegien" auf. Das – wie von allen Seiten betont wird – größte Privileg am Standort Deutschland ist der Arbeitsplatz; zu dessen Gunsten darf der Lohn nicht mehr ins Verhältnis zur Wiederherstellung der Arbeitskraft gesetzt werden, weil das der Standort nicht mehr hergebe.

Der demokratische und faschistische Kampf um den Standort Deutschland beseitigt also die "Privilegien", die er verteidigen soll. Wenn es denn eine Entsprechung von Interessen und Ideologie gäbe, hätten die nationalistischen Parteien nichts zu lachen. Desweiteren bringt die Standort-Deutschland-Politik die Nationen gegeneinander auf, so daß absehbar ist, daß Arbeits- und andere Männer als Soldaten für die Belange der Nation einstehen müssen (vielleicht diesmal ja in der WEU). Interessensidentität von Staat und Untertanen?

III. Die Konsequenz aus der Ableitung der faschistischen Gesinnung aus dem ökonomischen Interesse ist auch nicht gerade erbauend. Danach bliebe uns Linken nichts anderes mehr übrig, als einen moralischen Wert hochzuhalten: den Internationalismus als die Solidarität mit denen, die im In- und Ausland ganz, ganz unten stehen und die über keine Staatsbürgergesinnung verfügen. Auf dem Feld der Moral statt dem des Interesses sollen wir uns jetzt schlagen, nur weil wir die Staatsbürgergesinnung als Materialismus pseudoverobjektieren und als unknackbar wegschieben!

A.K.

Kritik an Kurz-Kritik

Zu: "Auferstanden aus Ruinen" von Christian Schmidt in Bahamas 11

Es ist doch immer wieder zu beobachten, wie sich Linke krampfhaft an alte Wertevorstellungen klammern und bei deren Verteidigung auch nicht vor Verdrehungen und Unterstellungen zurückschrecken. Ebenso verhält es sich bei der obengenannten Kritik an Robert Kurz' Buch "Potemkins Rückkehr".

In altbekannter Manier wird hier polemisiert, daß "schon bei normalem Geschäftsverlauf (...) die Akkumulation von Kapital wahrlich genug an Krisen, Elend und Zerstörungen (...) produziert" und "der Kritik daran (...) nur die Spitze abgebrochen (...) wird (...) wenn mit dieser oder jener Theorie ihr Ende geweissagt wird". Außerdem wären, "wenn die nationale oder die Weltkonjunktur etwas ins Stottern gerät", immer "'marxistische Analysen' (...) auf dem Markt (...) die die Flaute zur Strukturkrise hochschreiben" (1).

Ernsthaft frage ich mich bei der Lektüre, ob es seitens des Autors nur gekränkte Eitelkeit ist, da dieser prognostizierte große Zerkrach so – gemäß Kurz – ganz anders stattfinden wird, als es sich Generationen marxistischer Theoretiker erhofft hatten, nicht mittels geballter revolutionär-proletarischer Kraft, sondern schlicht infolge innerer Widersprüche, ob es einfach nur Denkfaulheit ist, sich ausmalen zu müssen, was nun *danach* kommt, oder ob er schon derart systemintegriert ist, daß er sich eine Gesellschaft jenseits von Kapitalverwertungslogik einfach nicht vorstellen kann?

Dringend möchte ich dem Autor auch einen Besuch beim Augenarzt empfehlen! Selbst der dümmste und ignoranteste Politiker dürfte mittlerweile begriffen haben, daß trotz – oder vielmehr infolge – des Endsieges der einzigen alleinseeligmachenden Marktwirtschaft diese in der schwersten Krise der letzten Jahrzehnte steckt. Am Barometer der – trotz befürchteter sozialer Unruhen – durchgezogenen "Reformen" kann mensch es ablesen.

Außerordentlich merkwürdig ist auch die Unterstellung, Kurz würde einen "Ansatz zur Weltrevolution (...) aus Deutschlands Osten" postulieren. Falls der Autor

jemals die Zeitschrift "Krisis" gelesen hat, müßte er wissen, daß die Mitglieder der zugehörigen Gruppe (auch Kurz) sich längst "kritisch abgestoßen" haben von einer Linken, "die letztlich nichts anderes (ist) als die Avantgarde der warenförmigen Modernisierung" und betrachten als "Marxisten, die keine mehr sind" (2).

Und, so Kurz es vergessen hat, daß "hunderte von Millionen (...) 'konventionell' verelendeten, indem ihre Löhne an oder unter das Existenzminimum gedrückt werden", so hat der Autor schlichtweg vergessen, daß (gemäß UNICEF) 250.000 (zweihundertfünfzigtausend) Kids im Trikont an Hunger und Krankheiten krepieren – jede *Woche*!!!

Eine zusätzliche Einbindung infolge der Zerschlagung von Subsistenzwirtschaften wurzellos gewordener Menschenmassen in das System der kapitalistischen Warenproduktion war möglich, solange diese sich in der Phase der Expansion befand, ständig neue Märkte erschlossen wurden. Dieser Prozeß ist jedoch spätestens seit den 70er Jahren weitgehend abgeschlossen – was jetzt abläuft ist nackter Raubbau, die Zerstörung der Lebensgrundlagen ganzer Bevölkerungsgruppen, ohne daß diese jemals die Chance erhalten, sich eine neue Existenz im Rahmen des Systems aufzubauen.

Nicht Kurz, sondern der Autor selbst leidet an Sehschwäche, wenn er schreibt: "... wie inzwischen in den USA Millionen Arbeitsplätze geschaffen wurden (Fast Food u. a. Dienstleistungen)". Kurz schrieb dazu: "Das Problem besteht vor allem darin, daß die Dienstleistungssektoren im Unterschied zur industriellen Warenproduktion keine substantielle und monetär darstellbare Eigenständigkeit besitzen, also auch keine primäre Quelle von Kapitalakkumulation sein können. Die physische Natur dieser Tätigkeiten läßt sie nicht in demselben Maße als 'abstrakte Arbeit' in das Warensystem integrierbar erscheinen wie die industrielle Produktion. Als vor- und nachgeordnete *infrastrukturelle* Tätigkeiten stehen sie in Abhängigkeit von anderer (industrieller oder agrarischer) Produktion. Diese mangelnde Abstraktionsfähigkeit zeigt sich etwa in der Standortfrage. Eine Chemie- oder Automobilfabrik kann im Prinzip überall auf der Welt hingestellt werden und von dort aus Abnehmer beliefern; Dienstleistungsanbieter können dies nur in eingeschränktem Maße und sind in der Regel auf einen dazugehörigen Industriestandort angewiesen. Ihr Fertigprodukt besitzt keinen selbständigen, abgelösten Charakter als Ware, sondern ist *unmittelbarer* Bestandteil eines gesellschaftlichen, sozialökonomischen Beziehungsgeflechts, aus dem es nicht heraustreten kann." (3)

Die von dem Autor in den höchsten Tönen gelobten gigantischen Wachstumsraten in verschiedenen Gebieten Chinas und den "fünf ostasiatischen Tigern" widerlegen Kurz' Thesen keinesfalls, sondern bestätigen sie. Dieser "Aufschwung" wird finanziert teils durch finanzielle Ausplünderung der Landbevölkerung, teils durch Kreditaufnahme, was eine Schuldenspirale ins Rotieren bringt. Die Folge wird sein eine massenhafte Verelendung der Bauernschaft, die dann naturgemäß in die Städte strömt und eine Schicht von Billigst-LohnarbeiterInnen bildet. Die chinesischen Sonderwirtschaftszonen werden zu Umschlagplätzen für einen ständigen Strom an Kapital, Rohstoffen und Halbprodukten in die Metropolen – eine Rolle, die die fünf ostasiatischen Zwergstaaten heute schon innehaben. Die Verwandlung Chinas in eine ausgepowerte Armutszone ist vorprogrammiert.

Noch blödsinniger ist seitens des Autors der Vergleich der gegenwärtigen Bundeswehreinsätze mit der deutschen Kolonialperiode, "als das Deutsche Reich 1890 massiv daran ging, den 'Platz an der Sonne' zu erobern". Ging es im vorigen Jahrhundert darum, die Allmacht bürgerlicher Produktions- und Eigentumsverhältnisse mit militärischer Gewalt weltweit durchzusetzen (und dabei für die 'eigene' Bourgeoisie einen möglichst fetten Happen auch außerökonomisch zu sichern), so ist dies inzwischen längst erfolgt. Im Zuge der Entkolonialisierung wurden die europäischen Gouverneure durch geeignete Marionetten, die Kolonialtruppen durch einheimische Söldner ersetzt. Das System funktioniert (noch) weitgehend. Militärisches Eingreifen ist nur dann notwendig, wenn einer der Statthalter mal aus der Reihe tanzt (zweiter Golfkrieg) oder die inneren Konflikte der nach-kolonialen Gesellschaften außer Kontrolle geraten (Somalia).

Der Autor beschwört einen Geist des Annexionismus, wo keiner ist. Ökonomisch kann mensch einerseits für eine Handvoll Dähmark ganze Länder käuflich erwerben, dagegen sind Kriege unbezahlbar teuer geworden. Vom betrunkenen Fascho bis zum verspießerten SPD-Wähler drängt alles eher auf eine Abschottung nach außen als auf einen "Ritt nach Osten". Und selbst die ewiggestrigen "Vertriebenen" sind eher auf diverse "Entschädigungen" scharf, als ihre Ex-Heimat "Heim ins Reich" zu holen!

Berechtigt wäre allerdings eine Kritik an Kurz' völlig undifferenzierter Bewertung der "Ossis". Zwar wurden die ersten Fakkeln der rassistischen Gewaltwelle im Osten entzündet – aber daraus ist längst ein Flächenbrand geworden. Und daß "eine linke Gegenbewegung und ein sie stützen-

des Milieu (...) völlig fehlen" (4), ist nicht mehr zutreffend – ich weiß es!

Zutreffend ist es, daß Kurz' "Perspektiven einer anderen Transformation" einen eher hilflosen Eindruck machen. "Inoffizielle Kooperation, Selbstversorgung, Nischenproduktion" (5) können zwar unter Umständen für Einzelne eine Lösung bedeuten, aber nicht für eine gesamte Gesellschaft. Der Fundamentalkritiker fürchtet sich vor den Konsequenzen seiner eigenen Theorie und kann keinen Ausweg bieten!

Statt jedoch in Häme auszubrechen und ansonsten Augen und Ohren verschlossen zu halten, sollte mensch lieber beginnen, darüber zu diskutieren – über eine Alternative!

Gerd Bedszent

Anmerkungen:

1) Bahamas Nr. 11, S. 14, Christian Schmidt, "Auferstanden aus Ruinen – Robert Kurz' deutsche Bereinigung der 'allgemeinen Weltkrise'"

2) Krisis Nr. 12, Editorial

3) Robert Kurz, "Potemkins Rückkehr", S. 86f.

4) ebenda S. 198

5) ebenda S. 239

Zirkelschlüsse im Zirkular

Zur Erfindung des Anti-Antinationalismus des Autonomen Zentrums Marbach oder die neue (alte) Unbefangenheit bei der Textexegese

Marbach/BAHAMAS. In der BAHAMAS Nr. 12 versuchte "Karl Nele", eine "Kritik" unseres Aufsatzes "Mystifikation des Doitschseins" auf einer anti-antinationalen Umlaufbahn zum Zirkulieren zu bringen. Der Treibstoff reichte immerhin für zweieinhalb Seiten, um die Kritik in den Cyberspace des vermeintlichen Anti-Nationalismus der Gruppe K zu katapultieren. Doch sehr bald zeigte sich, was für einen Rohrkrepierer unser "Karl" zusammengezappt hatte. Virtuelle Horizonte verknüpft mit politischem Wunschdenken und schwupp: "Der Anti-Antinationalismus des Autonomen Zentrums Marbach" war erfunden.

Eine Diskussion (insbesondere unter GenossInnen) zu führen, heißt, mitunter den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen. Niemand kann sich heutzutage sicher sein, ob seine Einschätzungen bezüglich künftiger Entwicklungen zutreffen oder von dem Gang der Ereignisse überrollt werden. Dazu bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung. In dem Text von "Karl Nele" wimmelt es aber, abgesehen von so manchem puren Stuß, an Verkürzungen, Unterstellungen und Behauptungen, so daß es eines Mehrfachen an Platz bedürfte, dieses Wirrwarr zurechtzurücken. Es fällt schwer, angesichts dieses Potpourris eine gewinnbringende Debatte zu entfachen. Dies hieße, unseren Aufsatz ein zweites Mal zu schreiben. Dafür fehlt es uns aber schlicht an Zeit und vor allem Lust. (1)

Denn offenbar gehört es zu jenen unproduktiven Gepflogenheiten linksradikaler Politzirkel, die Kritik an anderen Positionen in einer Weise zu inszenieren, bei der das Gesagte mehr verunstaltet als aufbereitet wird, um auf den schiefen Brettern der Schaubühne des wohlfeilen eigenen Weltbildes nicht ins Schlittern zu geraten. Was Ihr macht, ist, Pappkameraden aufzubauen, die dann ziemlich leicht auseinandergenommen werden können.

Wir müssen mit unserem Text die BAHAMAS ziemlich unsicher gemacht haben. Wie sonst läßt sich erklären, daß ein derart abgelegener Aufsatz (Auflage: 400) zweier völlig unbekannter Autoren die Generalmobilmachung und die Exkommunizierung (Anti-Anti-Nationalismus = Nationalismus) nach sich zog? Wo eigentlich liegt verdammt nochmal Marbach? Von Hamburg und Berlin aus gesehen, wohl irgendwo in a.f.r.i.k.a? Na dann ist ja alles klar.

Der verbale Taschenspielertrick und klassische Zirkelschluß besteht in der nie ausgesprochenen, aber stets vorausgesetzten Gleichsetzung von anti-deutscher bzw. Nie-wieder-Deutschland-Position und Anti-Nationalismus. Derselbe behauptet die Identität von antideutsch und antinational. Jede Kritik an dieser Position ist folglich anti-antinational. Das Ganze wird dann anhand verschiedener Kritikpunkte vorgeführt.

Es ist aber absurd zu behaupten, daß wir die bundesdeutsche Bevölkerung gegen Eure wohlüberlegten und auf gründlichen Analysen beruhenden Beschimpfungen in Schutz nehmen. Wir dichten ihr auch keinen Antimilitarismus an, sondern stellen in erster Linie die Frage, ob existente (militärische) Großmachtambitionen derzeit tatsächlich analog zu historischen Vorbildern

realisiert werden und sich über Parallelisierungen (Faschisierung, IV. Reich etc.) angemessen bekämpfen lassen.

Eine Bemerkung auch zu der eingestreuten 'Erkenntnis', daß in der bürgerlichen Gesellschaft der "Schritt zum Faschismus ein gradueller und kein prinzipieller ist". Das hätten wir nun nicht mehr von Euch erwartet, diese in offenbar noch nicht vergangener ML-Manier implizite Leugnung der Singularität des Nazi-Faschismus.

Rundum erfunden ist, daß wir "Antinationalisten" bzw. Antideutsche für den herrschenden Nationalismus verantwortlich machen würden. Demgegenüber lautet unsere zentrale Frage: Ist die von Euch vertretene antideutsche Position wirklich antinational? Unser Kritiker unterschlägt den Kern der Fragestellung: Nämlich inwiefern es möglich ist, daß über bestimmte antinationale Argumentationsfiguren (aufgrund ihrer völkischen Bestimmung des Doitschseins) nationale Kategorien paradoxerweise zu einer vermeintlichen Substanz zusammengeschweißt werden können, wenn sie diese Kategorien essentiell nimmt. Denn selbst die negative Charakterisierung des Doitsch-Seins macht ohne den unterschwelligen Appell an ein "deutsches" Nationalgefühl keinen Sinn.

Vor dem Hintergrund, daß "die" Linke keineswegs über die hegemoniale Deutungsmacht gegenüber dem gegenwärtigen völkischen Diskurs verfügt und somit keine andere Sinngebung verbindlich machen kann, verdoppelt diese Argumentation in letzter Konsequenz die Vorstellung von der Möglichkeit des Doitsch-Seins. Unser Ziel sehen wir aber vornehmlich darin, das Doitsch-Sein undenkbar, d.h. insbesondere seine Artikulationsform unmöglich zu machen, um sie dann aufzulösen.

Das Credo des Negativen Nationalismus war neulich im konkret-extra Nr. 1/1994 (S. 7) nachzulesen und lautet: "Die Linke ist antideutsch, oder sie ist nicht." Dem halten wir entgegen: Die Linke ist antinational, oder sie ist nicht.

Klaus Schönberger/Claus Köstler

Anmerkung:

1) Spannender und weiterführender erscheint uns die gegenwärtige Diskussion in der links. Vgl. Henning, Eike: "Die Rückwirkung der REPs. Bemerkungen zur Ethnisierung des politischen Zentrums in der BRD". In: links 10/93, S. 30ff und Wieczorek, Manfred: Faschismus in linken Köpfen. In: links 2/94, S. 30f. Auch wenn wir im einzelnen andere Einschätzungen haben, bietet der Aufsatz von Kühnl, Reinhard: Weimar und Bonn. Zum Problem von Kontinuität und Bruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1993, ebenfalls eine vernünftigere Diskussionsgrundlage, als die in Eurer Zeitschrift zu diesem Thema erscheinenden Artikel.





Das Wetter:
Bahamas/Nassau
12.3.94 14 Uhr Ortszeit

Wind Stärke 4
Höchsttemperatur 29,2°C